Nr. 243. 25. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 16. Oktober 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Stellung der Presse in der Strafprozeßnovelle.

Die Novelle ist weit davon entfernt, die alte Forderung zu erfüllen, daß Preßvergehen von Schwurgerichten abgeurteilt werden sollen. Die süddeutschen Ausnahmen, die die Zuständigkeit des Schwurgerichts für Preßsachen begründen, sollen zwar nicht beseitigt, aber beileibe nicht endlich auf das ganze Deutsche Reich ausgedehnt werden. Im Gegenteil: der Instanzenzug ist erheblich verschlechtert. Bei Uebertretungen und bei Vergehen, die nur mit Haft oder Geldstrafe bis 3000 M. bedroht werden, soll fortan als erste Instanz nicht mehr das Schöffengericht, sondern der Einzelrichter fungieren. Der Mißhandlung des Groben Unfug-Paragraphen durch gelehrte Rechtsprechung werden neue Bahnen damit eröffnet. In zweiter Instanz sitzen abermals keine Laien, sondern das berüchtigte Dreimännerkollegium zu Gericht. Gegen dessen Spruch gibt es dann eine Art verklimmerte Revisionsinstanz, wieder nur an gelehrte Richter. Für die „gute" Presse soll freilich nach der Novelle die Staatsanwaltschaft eintreten. Sie soll nach dem Entwurf berechtigt sein, von einer Verfolgung bei allen Uebertretungen abzusehen, wenn die Verfolgung nach Ansicht der Staatsanwaltschaft „durch das öffentliche Interesse nicht geboten erscheint". Dem Staatsanwalt wird also die Rolle eines Erziehers zur völligen Gesinnungslosigkeit der Presse zugewiesen. Handelt es sich um strafbare Handlungen einer lammfrommen Presse, die für die Interessen der herrschenden Klasse und gegen die der Arbeiterklasse eintritt, handelt es sich insbesondere um Delikte der aus den Kanälen des Reichslügenverbandes gespeisten Presse, so darf der Staatsanwalt die Verfolgung unterlassen. Desto kräftiger wird die Strafverfolgungsbehörde Arbeit durch Verfolgung der unabhängigen, freimütigen, charaktervollen Presse suchen.

Der fliegende Gerichtsstand ist durch § 2 der Novelle von neuem ausdrücklich eingeführt. Daß die Fortlassung des Wortes „nur" aus dem § 7 der heutigen Strafprozeßordnung auf einem Versehen beruhe, wie wir in dem Artikel vom 1. Oktober noch annehmen zu dürfen glaubten, ist bislang von offizieller Seite nicht bestätigt. Demnach würde der Verfasser und verantwortliche Redakteur nunmehr folgende Gerichtsstände gegen sich gelten lassen müssen: 1. das Gericht, in dessen Bezirk die Druckschrift erschienen ist, 2. das Gericht am Orte der begangenen Tat, 3. das Gericht am Wohnsitze des Beschuldigten, 4. das Gericht des gewöhnlichen Aufenthaltes des Beschuldigten, 5. das Gericht, in dessen Bezirk der Verdächtige ergriffen ist, 6. das Gericht, an dessen Ort der Redakteur oder Verfasser vorläufig festgenommen und vorgeführt wird. Bei dieser Musterkarte, unter der der Staatsanwaltschaft die Auswahl des Richters zusteht, den sie für am zuverlässigsten hält, ist noch zu beachten, daß nach der Judikatur des Reichsgerichts jeder Ort, an dem das zur Verfolgung stehende Buch oder die verfolgte Zeitung gekauft, abonniert oder gelesen wird, als Ort der begangenen Tat in Betracht kommt. Ziemlich alle Gerichte des Deutschen Reiches wären demnach solche, vor deren Forum der Staatsanwalt ihm mißliebige Redakteure oder Verfasser ziehen könnte.

Kommt hinzu das „schleunige Verfahren". Bereits im Artikel vom 1. Oktober hatten wir darauf hingewiesen, daß jedes Preßdelikt in die Quetsche dieses von jeder Garantie der Rechtsprechung denaturierten Verfahrens gebracht werden kann. In allen Fällen, in denen ein „Verdächtiger auf frischer Tat betroffen oder verfolgt ist und dem Amtsrichter zur Vernehmung vorgeführt wird", soll fortan ohne Anklageschrift möglichst am nächsten Tage nach der Festnahme ein schleuniges Verfahren stattfinden. Das gilt nicht nur für Uebertretungen. Dies schleunige Verfahren soll auf alle Fälle Anwendung finden, die zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehören, also nicht nur auf Uebertretungen, sondern auch auf Vergehen, z. B. auf angebliche Sittlichkeitsdelikte und Beleidigungsklagen, die im öffentlichen Interesse erhoben werden. Als Richter fungiert auch hier der Amtsrichter als Einzelrichter — ohne Zuziehung von Schöffen. Der Staatsanwalt hat also die billigste Gelegenheit, freimütige Kritiken im öffentlichen Interesse durch Beleidigungsklagen zu verfolgen und durch Wahl des beschleunigten Verfahrens den Preßsünder auf lange Zeit hinaus hinter die schwedischen Gardinen mindestens der Untersuchungshaft zu bringen. Die Garantie freilich gibt der Entwurf, daß der Einzelrichter nicht auf Zuchthaus erkennen darf. Insbesondere für die Zeiten politischer Erregtheit könnten durch dieses Verfahren in dem Großbetrieb der Justiz massenhaft schnelle und ungerechte Urteile gegen die Presse fabriziert werden.

Gegen die Presse direkt gerichtet ist die Vorschrift im § 87 des Entwurfs. Während bislang die Beschlagnahme nur Sachen treffen durfte, die als Beweismittel für die Untersuchung von Bedeutung sind oder der Einziehung unterliegen, sollen fortan auch Sachen beschlagnahmt werden können, die der Vernichtung oder Unbrauchbarmachung unterliegen. Dahin gehören in erster Reihe die bei der Herstellung eines Preßerzeugnisses zur Vervielfältigung dienenden Platten und Formen. Es soll also fortan auch das Geschäft des Verlegers in weit größerem Maße, als das früher zulässig war, ohne daß das geringste allgemeine Interesse hieran bestände, belästigt, durchstöbert und benachteiligt werden können.

Dem Versuch des Zwanges, eine unanständige und ehrlose Handlung zu begehen, soll der Redakteur, Verleger, Drucker und das technische Personal nach wie vor unterliegen, indem das Zeugniszwangsverfahren gegen sie angewendet werden kann. Während im § 47 des Entwurfs mit Recht die neue Bestimmung eingefügt ist:

> ein Geistlicher darf als solcher nicht über solche Tatsachen vernommen werden, über die er nach Annahme des Gerichts oder nach seiner ausdrücklichen Versicherung nicht aussagen kann, ohne die ihm obliegende Pflicht zur Verschwiegenheit zu verletzen,

fehlt eine solche Bestimmung gegenüber der Verschwiegenheitspflicht des Redakteurs, Verlegers, Druckers oder des technischen Personals über die Person des Verfassers eines Artikels. Vielmehr gibt der Entwurf nur im § 49 folgende völlig unzulängliche Bestimmung, die sogar eine Verschlechterung der bestehenden Ungeheuerlichkeit darstellt, daß Richter Zwangsmittel anwenden dürfen, um einen Bürger zur Begehung einer ehrlosen Handlung zu drängen:

> Redakteure, Verleger und Drucker einer periodischen Druckschrift sowie die bei der technischen Herstellung der Druckschrift beschäftigten Personen dürfen die Auskunft über die Person des Verfassers oder Einsenders eines darin enthaltenen Artikels strafbaren Inhalts verweigern, sofern rechtlich und tatsächlich kein Hindernis besteht, wegen des Inhalts des Artikels die Bestrafung eines Redakteurs der Druckschrift als Täter herbeizuführen.
>
> Diese Vorschrift findet keine Anwendung, wenn der Inhalt des Artikels den Tatbestand eines Verbrechens begründet.

Danach werden also zunächst alle die Fälle ausgenommen, die die Strafverfolgungsbehörde als Verbrechen, z. B. als Hochverratsunternehmen konstruiert wissen will. Gleiche Ausnahmen finden sich mit Recht da nicht, wo es sich um das Zeugnisverweigerungsrecht eines Geistlichen, Verteidigers, Rechtsanwalts, Arztes, Beamten usw. handelt. Der Haß gegen die Presse und der Widerwille dagegen, zuzugestehen, daß ein Richter und ein Gesetzgeber ehrlos handelt, der Zwangsmittel veranlaßt, um einen anderen zu einer ehrlosen Handlung zu nötigen, kommt in dieser Ausnahmevorschrift klar zum Ausdruck. Aber weiter: Das im § 49 dem Redakteur usw. scheinbar eingeräumte Zeugnisverweigerungsrecht ist bei genauerem Hinblick kein solches, sondern eine Verschlechterung des bestehenden Zustandes. Das Reichsgericht hat durch seine Judikatur gebilligt, daß man den Redakteur, Verleger, Drucker, Setzer, Setzerlehrling, vielleicht auch die Reinmachefrau und den Briefträger als Teilnehmer der vom Verfasser begangenen strafbaren Handlung betrachtet. Er darf daher heute bereits sein Zeugnis ablehnen, weil auch ohne ausdrückliche Bestimmung in der Strafprozeßordnung niemand gezwungen werden darf, gegen sich selbst zu zeugen. Die Versuche, aus der Vorschrift, daß Teilnehmer (nach § 56 der Strafprozeßordnung) unbeeidigt zu vernehmen sind, zu deduzieren: also kann der Redakteur, der nur als Teilnehmer verdächtig ist, zur freilich nur unbeeidigten Aussage gezwungen werden, sind verfehlt. Es wäre freilich gegenüber derartigen Deduktionen notwendig, in der Strafprozeßordnung dies selbstverständliche Recht des Angeschuldigten ausdrücklich hervorzuheben, zumal die Strafprozeßnovelle im § 58 Ziffer 3 nunmehr auch die der Täterschaft Verdächtigen als solche bezeichnet, die unbeeidigt zu vernehmen sind. Wir trauen dem Verfasser der Strafprozeßordnung nicht zu, daß er den Unsinn billigt, daß nun gar auch der Täter zur Zeugenschaft nach dem neuen § 58 gezwungen werden könne, glauben vielmehr, daß er mit uns der Ansicht ist, daß Täter oder Teilnehmer einer strafbaren Handlung als Zeugen zur Verweigerung ihres Zeugnisses berechtigt sind. Ist die Rechtslage aber so, so kann, wie im Reichstage wiederholt von verschiedenen Seiten dargelegt ist, schon heute nach dem Gesetz ein Redakteur usw. die Auskunft über die Person des Verfassers oder Einsenders verweigern, da auch er möglicherweise zur Verfolgung gezogen werden könnte. Dies heute bestehende Recht engt der oben wiedergegebene neue § 49 ein. Er will das Verweigerungsrecht nur geben, „sofern rechtlich und tatsächlich kein Hindernis besteht, wegen des Inhalts des Artikels die Bestrafung eines Redakteurs der Druckschrift als Täter herbeizuführen". Demnach würde der Redakteur und das gesamte bei der Herstellung des Preßerzeugnisses beteiligte Personal nunmehr beispielsweise verpflichtet sein, den Namen des Einsenders anzugeben, wenn die sechsmonatliche Verjährungsfrist vom Staatsanwalt verbummelt oder wenn der verantwortliche Redakteur in der Zwischenzeit verstorben ist. Es ist eine Ungeheuerlichkeit, daß in einer Strafprozeßreform das Zeugnisverweigerungsrecht der bei einem Preßerzeugnis Beteiligten nicht ausdrücklich glatt anerkannt wird.

Notwendig ist ferner, was § 49 nicht tut, das Zeugnisverweigerungsrecht auf alle Fälle, in denen es sich um Ermittelung der Person des Einsenders oder des Verfassers einer Druckschrift oder eines Teiles eines solchen handelt, auszudehnen. Es muß endlich mit dem Unfug aufgeräumt werden, der in der Herstellung der berüchtigten Verfahren gegen „Unbekannt", insbesondere der Disziplinarverfahren liegt. Liegt irgendeiner Behörde daran, zu erfahren, wer der Verfasser eines Artikels ist, so wird ein Aktendeckel genommen, darauf geschrieben: „Disziplinarsache gegen Unbekannt" und dann der Richter ersucht, den Redakteur, Verleger usw., eventuell durch Zwangsmittel, zur Angabe des Verfassers zu veranlassen.

Das ist ein heute freilich gebräuchlich gewordener, aber nichtsdestoweniger ungesetzlicher Brauch. Noch Anfang der achtziger Jahre wurden derartige Ansinnen von den Gerichten, zum Beispiel vom Oberlandesgericht in Frankfurt am Main, als absolut unzulässig zurückgewiesen. Immer wieder und wieder ließen aber die Verwaltungsbehörden die Gerichte durch die Staatsanwaltschaft anbohren. Schließlich haben sich Richter gefunden, die ein solches Verfahren für gesetzlich zulässig erachten. Ja, heute muß man leider sagen, daß die übergroße Anzahl der höchsten Gerichte solche Zwangsmittel zur Herbeiführung ehrlosen Verhaltens als gesetzlich zulässig erachten. Es zeigt sich in diesem Falle wie in so vielen anderen, daß in der Tat durch die Institution der Staatsanwaltschaft, die den Befehlen ihrer Vorgesetzten auch gegen das Gesetz zu folgen hat, die Richter intellektuell und moralisch depraviert sind, wie seinerzeit der Ministerialdirektor Freyesdorf als notwendige Folge der Institution der Staatsanwaltschaft prophezeite.

Die barbarische Tortur, die in der Anwendung des Zeugniszwanges gegen Redakteure, Verleger usw. zwecks Ermittelung eines Verfassers besteht, ist in anderen Kulturstaaten längst weggefegt. Noch im 17. Jahrhundert wurden Verleger in England zum Tode verurteilt, weil sie sich weigerten, die schmachvolle Infamie zu begehen, den Namen des Verfassers zu nennen. Seit dem Jahre 1695 besteht infolge des allgemeinen Unwillens, der gegen diese staatliche Infamie der Verleitung zur Treulosigkeit und zum Verrat sich erhob, in England ein derartiges Zeugniszwangsverfahren nicht mehr. Ein Richter, der sich in England erdreisten würde, einen Redakteur, Verleger usw. Geld- oder Haftstrafe aufzuerlegen, um ihn zu zwingen, den Namen des Verfassers eines Artikels zu nennen, würde selbst als Angeklagter vor die Jury gestellt und zweifellos verurteilt werden. Unsere Zivilprozeßordnung gestattet die Zeugnisverweigerung dann, wenn die Aussage „zur Unehre" dem Aussagenden gereichen würde. Eine Strafprozeßordnung, die solche praktisch ja völlig versagenden Zwangsmittel gegen die Presse beibehält, und diese zum Himmel schreiende Unsitte nicht mit Stumpf und Stiel ausrottet, ist ein Dokument für eine weit gröbere Unkultur, als der herrschenden Klasse eigen ist. Oder glaubt diese in der Tat, nur durch Zwangsversuche zu ehrlosen Handlungen ihre Herrschaft verlängern zu können?

Der Entwurf bringt also der Presse ganz erhebliche Nachteile. Gegen diese vorzugehen, sollte Pflicht der anständigen Presse ohne Unterschied ihrer politischen Richtung sein.

Die Steuer-Drückeberger.

So klar und deutlich die Regierung durch den Mund des Herrn v. Sydow hatte verkünden lassen, daß auch ihrer Meinung nach bei weitem der größte Teil der geforderten 500 Millionen Mark neuer Steuern nicht in Form direkter, die Einkommen und das Vermögen der Besitzenden treffenden Steuern, sondern durch indirekte Steuern aufzubringen sei, so klar haben sich doch die Junker ihrerseits darüber ausgesprochen, daß für sie nicht einmal das Wenige an Steuern akzeptabel sei, das ihnen die Regierung zumutet. Nicht nur die „Deutsche Tageszeitung", sondern auch die „Kreuzzeitung" hat rundheraus erklärt, daß die Herren Agrarier gar nicht daran denken, eine Nachlaßsteuer zu bewilligen, die auch die notleidenden Junker trifft. Und selbst die Versicherung der Regierung, daß ja die Nachlaßsteuer selbstverständlich „im Sinne der Gerechtigkeit und des Wohlwollens für die Landwirtschaft" gestaltet werden müsse, daß sie deshalb auch die Hoffnung hege, daß den Plänen der Regierung nicht länger „durch vorzeitigen Pessimismus in bedauerlicher Weise entgegengetreten werde", beantwortet das Oertel-Organ mit dem kühlen Hohn, daß es zur Erfüllung dieser Hoffnung nichts beitragen könne! Und die „Kreuzzeitung" erklärt abermals klipp und klar, daß für sie die Ausdehnung der Nachlaßsteuer auf Abkömmlinge und Ehegatten „unannehmbar" sei. Ohne eine solche Ausdehnung würde die Nachlaßsteuer aber nichts bringen! Dafür empfiehlt das führende konservative Organ abermals die „mittelbare Aufbringung eines Teils der Mittel durch einzelstaatliche Vermögenssteuern". Mit Hilfe des preußischen Junkerparlaments soll also für den größten deutschen Bundesstaat mindestens diese Steuer so gestaltet werden, daß die notleidenden Agrarier davon ebensowenig getroffen werden, wie von der Nachlaßsteuer!

Noblesse oblige! Unsere Krautjunker wissen, was sie sich schuldig sind und was sie der Regierung und der liberalen Blocksippschaft bieten dürfen!

Was tut nun dieser Freisinn? Die „Vossische Zeitung" erklärt pathetisch, daß sie trotz der junkerlichen Erklärungen an einer „ausgedehnten" Nachlaßsteuer festhalte.

Außerdem aber schließe die Nachlaßsteuer die Vermögenssteuer nicht aus. Für den Freisinn schrumpft also die Frage, wie die 400 oder 500 Millionen neuer Steuern aufzubringen sind, bereits zu der Frage zusammen, wie mit Ach und Krach durch eine agrarisch verhunzte Nachlaßsteuer und eine schwächliche Vermögenssteuer vielleicht ein Fünftel oder Sechstel dieser Summen aufzubringen sind! Der Rest kann dann in Gottes Namen durch indirekte Steuern gedeckt werden, die in der Hauptsache wiederum die proletarischen Massen belasten!

So einfach wird der Freisinn und auch das wieder einmal die Rolle des Neutralen postierende Zentrum über diesen ungeheueren Aderlaß am Volke freilich nicht hinwegkommen! Die Sozialdemokratie wird diesen Volksfreunden die Biedermannsmaske vom Gesicht reißen!

Die Balkankrise.

Die „Agence Havas", also das offiziöse französische Depeschenbureau, meldet aus London, daß England sich mit dem vom russischen Minister des Aeußern, Iswolski, vorgelegten Konferenz-Programm vollständig einverstanden erklärt habe. Die Dardanellenfrage sei vom Programm ausgeschaltet, aber zwischen beiden Staatsmännern geregelt. Diese Regelung bedürfe aber noch der Zustimmung des Ministerrats. Andere Nachrichten besagen, daß die Zustimmung der Türkei noch eingeholt werden würde. In der Türkei beginne man Besorgnisse zu hegen, ob die geplante Konferenz nicht schließlich doch der Türkei Schaden bringen werde. Es ist auch in der Tat nicht zu verkennen, daß im Laufe der Verhandlungen England den russischen Wünschen ziemlich weit entgegengekommen ist. Ursprünglich wollte England nur die bosnische und bulgarische Frage auf der Konferenz behandelt wissen. Jetzt aber sollen auch die kretische Frage und die Ansprüche Serbiens und Montenegros zur Erörterung gelangen. Es handelt sich da um die Erfüllung eines russischen Wunsches, da Rußland seine alte Rolle des Beschützers der Balkanvölker gern wieder in Erinnerung rufen möchte.

Aber gerade diese Ausdehnung des Konferenzprogramms ist für die Türkei das bedenkliche. Muß sie doch fürchten, daß England für die neugewonnene Freundschaft Rußlands mehr tun wird, als — trotz aller englischen Beteuerungen — für die Türkei angenehm sein kann. Ob freilich England in der Dardanellenfrage wirklich nachgegeben hat, oder ob die Versicherung, daß diese Frage einer besonderen Vereinbarung zwischen der Türkei und Rußland vorbehalten bleiben soll, nur dem Zwecke dient, die Ablehnung der russischen Forderung zu verschieben, ist zweifelhaft. Es ist sicher, daß Herr Iswolski von den Plänen Aehrenthals verständigt war und es kann nach seinen eigenen Erklärungen höchstens zweifelhaft bleiben, ob er die diplomatisch verhüllten Eröffnungen Aehrenthals auch in ihrer Tragweite ganz erfaßt hat. Sicher ist auch, daß der österreichische dem russischen Minister die Frage der freien Durchfahrt durch die Dardanellen als mögliche Kompensation angedeutet hat. Eine Weigerung Englands, in dieser Frage Konzessionen zu machen, bedeutete daher für den russischen Minister eine schwere diplomatische Niederlage, die seinen Sturz nach sich ziehen müßte. Wird er doch ohnehin von der russischen nationalistischen Presse sehr scharf angegriffen. Ihm, unter dessen Ministerschaft England zum Einverständnis mit Rußland gelangte, die Niederlage zu ersparen, liegt auch im Interesse der englischen Diplomatie. So wird man vielleicht daran gut tun, das Hauptgewicht darauf zu legen, daß die Dardanellenfrage zunächst vom Konferenzprogramm gestrichen worden ist, Rußland also seine Forderung fürs erste jedenfalls nicht erfüllt bekommt, und wird abwarten müssen, ob der Widerstand der Türkei nicht ausreichen wird, diese Forderung endgültig zu Fall zu bringen.

Die Nachrichten vom Balkan lauten wieder ungünstiger. Aus Belgrad wird gemeldet, daß König Peter abdanken werde müssen; er fürchte ein Opfer der Volkserregung zu werden und wolle sein Leben in Sicherheit bringen. Da dieser König sehr genau weiß, wie man in Belgrad unbequem gewordene Monarchen beseitigt, wird man das Urteil über seine Situation ihm wohl beruhigt überlassen können. Er will natürlich zugunsten seines netten Sprößlings abdanken. Dagegen wird im Lande bereits Propaganda für die Proklamierung des englischen Herzogs von Connaught zum König gemacht. Ein Thronwechsel würde daher den Ausbruch arger Parteiwirren bedeuten, aber andererseits vielleicht einen Ausweg für die erhitzten Leidenschaften bedeuten. Offiziös wird zugegeben, daß die Lage ernster geworden sei, doch dementiert, daß die Stellung des Königs erschüttert ist. Bedenklicher sind die Nachrichten aus Bulgarien, die besagen, daß Bulgarien jede finanzielle Entschädigung der Türkei unbedingt ablehnen will. Da aber diese Unnachgiebigkeit Bulgariens wohl bei allen Mächten auf Widerstand stoßen wird, so dürfte es in den finanziellen Fragen doch schließlich zu einer Einigung kommen. In der Türkei nimmt der Boykott gegen österreichische Waren immer größeren Umfang an. Die Dampfer können nicht gelöscht werden und müssen die Häfen unverrichteter Dinge verlassen. Die fortgesetzten Vorstellungen des österreichischen Botschafters bei der türkischen Regierung sind nutzlos, da die Regierung, selbst wenn sie wollte, gegenüber der Volksstimmung machtlos ist.

* * *

Kein Appell an die Waffen.

Konstantinopel, 14. Oktober. Das Organ des jungtürkischen Komitees „Schuraiummet" sagt, das alte Regime habe die Armee geschwächt, deshalb könne die Türkei auf die Provokationen Oesterreich-Ungarns und Bulgariens nicht mit den Waffen antworten, sondern müsse an eine Konferenz appellieren.

Die Dardanellenfrage.

London, 15. Oktober. Wie „Globe" aus Konstantinopel meldet, sei die Türkei geneigt, in der Dardanellenfrage Entgegenkommen zu zeigen, indem sie zulassen will, daß binnen 24 Stunden immer nur ein einzelnes russisches Kriegsschiff passieren dürfe.

Die Orientbahn.

Sofia, 14. Oktober. Gestern und heute beriet der Ministerrat über die Angelegenheit der Orientbahn. Wie in Regierungskreisen versichert wird, ist die Regierung geneigt, die materiellen Forderungen der Bahngesellschaft vollkommen zu befriedigen. Die baldige Lösung der Frage dürfte jedoch daran scheitern, daß zu ihrer Regelung die Zustimmung der Pforte erforderlich ist, welche aber gegenwärtig schwer erreichbar ist.

Bulgarische Unnachgiebigkeit.

Paris, 15. Oktober. Der Spezialberichterstatter des „Matin" in Sofia hatte eine Unterredung mit dem Kabinettchef Malinow, worin dieser erklärte, es könne sich bei den Verhandlungen über Kompensationen für die Türkei nicht um eine finanzielle Entschädigung durch Bulgarien handeln.

Eine Kriegserklärung.

Cettinje, 15. Oktober. Die Skupschtina hat in geheimer Sitzung mit großer Majorität sich für den Krieg ausgesprochen, jedoch die endgültige Entscheidung dem Fürsten überlassen.

Die Reichsverbandsmethode vor Gericht.

Kassel, 15. Oktober.

Eine interessante Prozeßsache beschäftigte heute zum dritten Male die hiesigen Gerichte. Die Vorgeschichte des Prozesses ist, kurz skizziert, folgende:

In den Monaten September bis Dezember erschienen im „Kasseler Volksblatt" acht teils spaltenlange Artikel und Notizen, in welchen die perfide Methode des reichsverbändlicheren Kampfes in der schärfsten Weise gebrandmarkt wurde. Unter anderem wurde das „schofle Gebahren" jener reichsverbändlichen Helden" an den Pranger gestellt, „die die Vorkämpfer der Sozialdemokratie verleumden und mit Kot bewerfen". Unter der Ueberschrift „Politische Giftmischer" wurde auseinandergesetzt, daß da, wo der Reichsverband eingreift in die Politik, es mit der sachlichen Auseinandersetzung politischer Gegner vorbei ist, daß da die **Verhetzung, die Lüge und Intrige** beginnt. So habe denn auch der liberale Verein in Schöneberg lebhaft gegen das Vorgehen des Reichsverbandes protestiert und der bürgerliche „Nürnberger Anzeiger" habe geschrieben,

„daß der Reichsverband eine Organisation ist, die durch ihre prinzipienlose und unanständige Kampfesweise die politische Erziehung unseres Volkes auf das äußerste erschwert".

Jeder anständige Mensch, so fügte unser „Volksblatt" hinzu, muß „dieser Reichsverbandssippschaft entgegentreten".

In einem anderen Artikel wurde die Art, wie der Reichsverband Mitglieder zu werben und Gelder einzutreiben beliebt, gekennzeichnet, und von einem parteigenössischen Arbeiter, dem der Reichsverband neben einem Jahresbeitrag auch noch eine „einmalige Spende" von 10 M. abzunehmen gedachte, wurde gesagt, der Genosse würde „eher alles andere tun, als das dreckige Reichsverbandshandwerk mit seinen Notgroschen zu unterstützen". Weiter wurde ein „Reichsverbandsspitzel" an den Pranger gestellt, der in Hannover von dem Reichsverband gedungen worden war.

„Aus der Sudelküche des Reichsverbandes" wurden in einem anderen Artikel einige übelduftende Kostproben serviert und beiläufig erwähnt, daß „so ziemlich alle anständigen Leute" Gegner des Reichsverbandes seien. In einem siebenten Artikel wieder wurden die reichsverbändlerischen Marxvernichter verulkt und nebenbei bemerkt, daß die immer wiederkehrende Abkürzung R. V. nicht etwa „Rind — Vieh" bedeute. In einem achten Artikel endlich wird der Plan der Errichtung von fliegenden Reichsverbands-Rednerschulen, in denen „R.-V.-Idioten" zu Rednern wider die Sozialdemokratie hergerichtet werden sollen, sathrisch besprochen.

Durch diese Artikel fühlten sich 22 Vorstandsmitglieder der Kasseler Filiale des Reichsverbandes — von dem Vorsitzenden General v. d. Boeckh bis hinunter zu dem Arbeiter Werner — beleidigt. Sie wandten sich an den Staatsanwalt zwecks Eröffnung eines Verfahrens „im öffentlichen Interesse", wurden aber von der Staatsanwaltschaft abgewiesen, so daß sie den Weg der Privatklage gegen den Genossen Redakteur Hauschildt beschreiten mußten. Sechs der Herren fühlten sich nun nicht mehr beleidigt, sondern traten von der Anklage zurück, während der von den übrigen 16 Reichsverbändlern angestrengte Privatbeleidigungsprozeß am 12. April 1908 zur Verhandlung vor dem Schöffengericht kam. Der Anwalt der Herren, das Reichsverbandsvorstandsmitglied Dr. Weiß, wollte sich die Sache recht leicht machen und jedes politische Moment ausgeschaltet wissen, da es sich nach seiner Meinung um eine Reihe schwerer formaler Beleidigungen handelt, über deren Strafbarkeit gar kein Zweifel bestehen könne. So leicht kamen die klagenden Herren aber nicht davon. Hauschildts Verteidiger, Genosse Dr. Frank-Mannheim, bot den Beweis dafür an, daß Leute der verschiedensten politischen Richtung sich abgestoßen fühlten durch die Kampfesweise des Reichsverbandes, die für unser politisches Leben, für das sittliche Empfinden der Nation schwer schädigend gewirkt habe. Das Schöffengericht beschloß dann auch — zum nicht geringen Erstaunen der Reichsverbändler — die Aussetzung der Verhandlung zwecks Beweisführung darüber, daß die Kampfesweise des Reichsverbandes unanständig und minderwertig sei.

In der Schöffengerichtssitzung vom 2. Juli sollte dieser Nachweis geführt werden, Genosse Hauschildt erklärte, daß die Artikel sich nicht gegen die klagenden Vorstandsmitglieder der Kasseler Filiale des Reichsverbandes wenden. Das gehe aus ihrem Inhalt unwiderleglich hervor. Es handle sich lediglich um eine Kennzeichnung der unqualifizierbaren Methode des Reichsverbandes, erläutert an besonders markanten Stellen. Der Verteidiger, Genosse Dr. Frank, sagte, die Sachlage sei so, daß, wenn überhaupt jemand, dann nur der Reichsverband beleidigt sein könne, und zwar ohne jede Ausnahme in seiner Gesamtheit als Verband. Es heiße aber im Gesetz ausdrücklich, daß mit Ausnahme von Behörden nur physische Personen, nicht aber Vereine beleidigt werden könnten. Da die Mitgliedschaft des Reichsverbandes eine fluktuierende sei, so könne man nicht den Schutz des Gesetzes für einen Teil der Mitglieder anrufen, zumal die Vorwürfe der Artikel sich nicht gegen die klagenden Reichsverbändler richteten, sondern die Gesamtheit der Mitglieder betroffen haben, d. h. nur insoweit sie mit der Methode und Kampfesweise des Reichsverbandes einverstanden seien.

Da das Gericht sich trotz der gegenteiligen Meinung des reichsverbändlerischen Anwalts dieser Auffassung über die Rechtslage anschloß, so konnte leider von dem umfangreichen Material zum Beweise der perfiden Kampfesweise des Reichsverbandes nur in beschränktem Maße Gebrauch gemacht werden. Immerhin sei festgehalten, daß Genosse Dr. Frank die Verlesung des Reichsverbandsflugblattes Nr. 85 beantragte, in dem sich in bezug auf die Sozialdemokratie folgende Ausdrücke befinden:

„Pack schlägt sich, Pack verträgt sich!" „Zweifelhafte Kumpane." „Der Genosse darf der schäbigste Schuft sein, wenn er nur auf das Parteiprogramm schwört." „Leute, die mit der ehrlichen Arbeit meist auf einem sehr gespannten Fuße stehen." „Unfähige faule Elemente mit losem Mundwerk." „Freche Schnauzer." Mit Bezug auf Bebel wird gesagt: „Ein solcher Umsturzwüterich, der keinerlei positive Arbeit leisten will und kann, steht nicht höher als ein Brandstifter." — Dann heißt es an anderer Stelle: „Sozialdemokratischen Arbeitern ist die Pflege des Bauches das höchste Lebensziel. Sie sind im Essen und Trinken oft viel unmäßiger, als die Kreise des bürgerlichen Mittelstandes." In der Flugschrift Nr. 3 des Reichsverbandes vom Jahre 1906 findet sich mit Bezug auf die sozialdemokratische Presse, in welcher der Angeschuldigte tätig ist, folgende Behauptung: „Die sozialdemokratische Presse bedarf der Lüge, der Beleidigung und der Ehrabschneiderei, um zu wachsen."

Wie eine Bombe schlugen diese Beweisanträge unter den im Gerichtssaal anwesenden Männern ein. Geradezu harmlos erschienen diesen Gemeinheiten gegenüber die paar kräftigen Worte und drastischen Wendungen in dem „Volksblatt"-Artikel, durch die Hauschildt die 16 Reichsverbändler angeblich beleidigt haben sollte.

Der Ausgang des Prozesses vor dem Schöffengericht war denn auch die Freisprechung Hauschildts.

Zur Begründung des freisprechenden Erkenntnisses führte das Gericht aus:

„Nach geltendem Recht kann eine Personengesamtheit, abgesehen von dem Ausnahmefall des § 196 St.-G.-B., der hier nicht in Betracht kommt, nicht beleidigt werden. Es ist aber anzuerkennen, daß eine Mehrheit von Personen dadurch beleidigt werden kann, daß der Täter sich einer Kollektivbezeichnung bedient. In diesem Falle muß jedoch erwiesen werden, daß der Täter den Kollektivnamen gewählt hat, um damit die sämtlichen Personen zu treffen, welche unter den Kollektivbegriff fallen. Der Beleidiger muß den Vorsatz gehabt haben, mit der Kollektivbeleidigung alle einzelnen Personen zu treffen, welche unter den Begriff fallen, oder es muß dem Angeklagten nachgewiesen werden, im Falle nicht alle unter einem Kollektivbegriff stehenden Personen getroffen werden sollen, welche bestimmten Personen aus dieser Gesamtheit er hat beleidigen wollen, und daß gerade die Kläger diese bestimmten Personen sind. (Zu vergl. Entsch. d. Reichsger. in Nr. III. 247, XXXI 185, und R. III 606.)"

Da das Gericht nicht die Ueberzeugung gewinnen konnte, daß Hauschildt unterschiedslos sämtliche Mitglieder des Reichsverbandes hat beleidigen wollen, und daß er gerade die klagenden 16 Reichsverbändler in seinen Artikeln gemeint hat, mußte die Freisprechung erfolgen.

Die Reichsverbändler legten Berufung ein, und so mußte sich die Strafkammer zu Kassel heute ebenfalls mit der Sache beschäftigen. Mit Rücksicht auf die Begründung des in erster Instanz erzielten Freispruches handelte es sich heute nur um die Erörterung der rechtlichen Seite des Prozesses. Genosse Dr. Frank stellte sich auf den Boden des freisprechenden Erkenntnisses, während der Reichsverbandsanwalt Dr. Weiß Entscheidungen des Reichsgerichts heranzog, denen zufolge jedes Mitglied einer Personengesamtheit durch eine Kollektivbeleidigung getroffen werden könne und das Recht zu klagen habe. Genosse Dr. Frank entgegnete, daß diese Auffassung rechtsirrtümlich sei; wo das Reichsgericht so entschieden habe, wie Herr Dr. Weiß behaupte, sei die Personengesamtheit territorial begrenzt gewesen. Dieses wesentliche Merkmal der strafbaren Kollektivbeleidigung fehle hier und es handele sich nur um Aeußerungen, die gegen den Reichsverband in seiner Gesamtheit gerichtet waren und nicht strafbar seien.

Der neu hinzugetretene zweite Verteidiger des Reichsverbandes, Dr. Reegular-Altona, der Mitglied des Hauptvorstandes des Reichsverbandes ist, hatte die Aufgabe, den heutigen Prozeß politisch auszuschlachten. Zu fürchten hatten wir diese Absicht nicht. Da aber im jetzigen Prozeßstadium dieses Vorhaben sachlich unbegründet war, mußte Herr Dr. Reegular auf die Ausführung seiner Aufgabe verzichten und sein äußerst umfangreiches Material wieder einpacken.

Herr Dr. Weiß hatte um eine hoch zu bemessende Freiheitsstrafe gebeten. Das Gericht beschloß, die Verhandlung auszusetzen und das Urteil am Donnerstag, den 22. Oktober d. J. zu verkünden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Oktober 1908.

Die Verhöhnung der Entrechteten.

Die Meldung der „Frankf. Zeitung", daß die statistischen Arbeiten zur Vorbereitung einer preußischen Wahlreformvorlage durch Abberufung des die Arbeiten leitenden Beamten zum Stillstand gebracht worden seien, wird durch die „B. N.-N." in gewissem Sinne bestätigt. Danach gedenkt man sich mit der Bearbeitung des Zahlenmaterials sehr die Zeit zu lassen! Man rechnet damit, daß die Arbeiten 1909 noch nicht zu Ende geführt sein, sondern auch noch den Sommer 1910 in Anspruch nehmen werden, so daß die Regierung dem Landtage ihre Reformvorschläge **nicht vor dem Jahre 1911 unterbreiten dürfte!**

Natürlich handelt es sich um nichts weiter, als ein schnödes **Verschleppungsmanöver!** Daß die Regierung von Anfang an überhaupt keine anderen Absichten hatte, war ja für jeden Politiker von vornherein klar. Das entrechtete Volk aber wird Freisinn und Zentrum zur klaren und unzweideutigen Stellungnahme gegenüber diesen volksverhöhnenden Plänen der Regierung zu zwingen wissen!

Freisinnige Wahlrechtsfeinde.

Das geplante neue sächsische Wahlrecht dürfte an Erbärmlichkeit nicht weit hinter dem preußischen Dreiklassenwahlrecht zurückstehen. Angesichts dessen bringt es ein freisinniges Blatt, die „Vossische Zeitung", fertig, zu schreiben:

„Die Sozialdemokratie, die jetzt nur einen Vertreter in der Zweiten sächsischen Kammer hat, wird dann unter Umständen 15 bis 20 haben und sich also nicht mehr über ihre Mundtotmachung beklagen können."

Das schreibt ausgerechnet ein freisinniges Blatt, just in der Zeit, in der sich angeblich der preußische Freisinn rüstet, im preußischen Landtag einen Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechtes für Preußen einzuführen. An Gesinnungslumperei ist der Freisinn wahrlich nicht mehr zu übertreffen! —

Die Gebrüder Schücking.

Das „B. T." hatte gemeldet, daß das Eintreten des Marburger Professors Schücking für seinen Bruder, den Husumer Bürgermeister Schücking, auch noch zu einer Maßregelung des Marburger Gelehrten geführt habe, indem man ihn aus der Prüfungskommission für Referendare „ausgeschaltet" habe. Nach einer offiziösen Feststellung ist diese Maßregelung des Prof. Schücking tatsächlich erfolgt, aber schon vor der Aktion gegen seinen Bruder, den Husumer Bürgermeister. Wie das „B. T." weiter erzählt, erhielt Prof. Schücking bereits im Januar vom Ministerium einen Verweis, weil er die polnische Entrüstungsvorlage scharf kritisiert hatte. Auch wurden kurze Zeit später allerhand Schnüffeleien darüber angestellt, von welchem Geist die Schückingschen Vorlesungen getragen seien, ob er politische Aeußerungen in seine Vorträge einflechte, usw.

Zu diesen neuen Mitteilungen über die Affäre Schücking paßt es ganz ausgezeichnet, daß das „Berl. Tagebl." mitteilt, daß der Freisinn beschlossen habe, zunächst im Abgeordnetenhause von einer Interpellation Schücking Abstand zu nehmen, um nur jede Gefährdung des Blockfriedens zu vermeiden! Der Firma Fischbeck-Wiemer ist das schon zuzutrauen!

„Wir wollen keine Republik."

Graf Raben-Levetzau, der in dem über Albertis Schwindeleien gestürzten zweiten dänischen „Linken"-Ministerium Minister des Aeußeren war, hat einem Mitarbeiter von „Stockholms Dagblad" einiges über seine wichtigsten Amtshandlungen erzählt. Dazu rechnet er auch seine Mitwirkung bei der Versorgung Norwegens mit einem neuen König, dem Dänenprinzen Karl, der bekanntlich dann den Namen Haakon VII. angenommen hat. In Schweden war man damals auf das offizielle Dänemark und dessen Diplomatie nicht gut zu sprechen, weshalb es Raben-Levetzau nun wohl besonders am Herzen lag, die Sache klarzustellen. Aber von allgemeinem Interesse sind seine Aeußerungen in anderer Hinsicht. Er hat nach dem schwedischen Blatt nämlich u. a. folgende Aufklärungen gegeben:

„Die Verhältnisse lagen so, daß Deutschland gewünscht hatte, den Herzog von Augustenburg oder den Herzog von Glücksburg auf Norwegens Thron zu sehen. Da dies sich als unmöglich erwies, stand man vor der Alternative: Entweder Prinz Karl von Dänemark oder Republik in Norwegen. Das war auch der deutschen Regierung sofort klar und bei einem Gespräch zwischen dem leitenden deutschen Staatsmann und Graf Raben wurde die Sache dadurch entschieden, daß jener bestimmt erklärte:

„Wir wollen keine Republik haben!"

Als die Norweger im Juni 1905 den Schwedenkönig Oskar II. in ihrem Lande einfach abgesetzt hatten, war Norwegen in Wirklichkeit zeitweilig eine Republik. Um es dauernd dazu zu machen und dem Lande eine republikanische Verfassung zu geben, wurde eine lebhafte Agitation betrieben, und die Stimmung des Volkes war auch vorwiegend republikanisch. Wenn die damals leitenden Staatsmänner Norwegens mit wenigen Ausnahmen gleichwohl einem neuen Königtum den Weg zu bahnen suchten und Erfolg damit hatten, so wußte man, daß die Diplomatie der großen Monarchien dahinter steckte! Nach den Aussagen des dänischen Exministers sind es also die deutschen Diplomaten gewesen, die die entscheidende Rolle dabei spielten, daß Norwegen wieder mit jenem höchst überflüssigen und kostspieligen Dekorationsstück versehen wurde! —

Das Koalitionsrecht der Postunterbeamten

ist nicht anerkannt, wie kürzlich berichtet wurde. Man hat dem Leiter des deutschen Postwesens Kraetke sehr unrecht getan, als man ihm soviel Einsicht zutraute, daß er seinen grundsätzlichen Widerspruch gegen die Zusammenfassung der Organisationen der Postunterbeamten zu einem Reichsverbande aufgegeben habe, und den Postangestellten dasselbe Recht zugestehen könnte, wie es jeder andere Arbeiter beanspruchen kann. Es wird berichtet, daß noch nicht einmal die gemeinsame Beratung von Bezirksvertretern über Berufsfragen gestattet ist. Der Staatssekretär habe lediglich Erhebungen aus Anlaß der ihm unterbreiteten Wünsche der Postunterbeamten in bezug auf ihr Koalitionsrecht anstellen lassen. Durch diese „Erhebungen" soll wahrscheinlich festgestellt werden, ob die Postunterbeamten ein eventuelles Koalitionsrecht nur zu Ergebenheits- und Huldigungsadressen an Kraetke benutzen wollen, oder ob ihnen etwa beikommen könnte, sich auch einmal auf gemeinsame Wünsche zu einigen. Falls die letztere Annahme Wahrscheinlichkeit gewinnen sollte, dann gibt es sicher kein Koalitionsrecht!

Katholische Arbeiter gegen indirekte Steuern.

Der Verbandstag der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, der 878 Vereine mit 160 000 Mitgliedern umfaßt, beschloß, einer Resolution katholischer Arbeitersekretäre, die jüngst in Düsseldorf zu einer Konferenz versammelt waren, beizutreten. Diese Resolution, die sich mit der Reichsfinanzreform beschäftigt, soll der Zentrumsfraktion des Reichstages zur Kenntnis gebracht werden. Sie lautet:

„Es muß die Arbeiterschaft befremden, daß fast der ganze Betrag der zur Erhöhung der Einnahmen des Reiches notwendigen Steuern von der breiten Masse des Volkes getragen werden soll, wie das in der geplanten Erhöhung der Steuer auf Tabak, Bier und Branntwein zutage tritt. Gegenüber der Notlage des Reiches verkennt die Arbeiterschaft durchaus nicht die nationale Pflicht, eine Gesundung der Reichsfinanzen herbeizuführen. Indessen muß sie dagegen Einspruch erheben, daß der größte Teil der Steuern wiederum auf die breiten Massen des Volkes abgewälzt werden soll, während kein ernsthafter Versuch zu erkennen ist, die besitzenden Klassen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Bestreitung der Bedürfnisse des Reiches heranzuziehen. Letzteres ist um so mehr zu wünschen, als die arbeitenden Stände schon durch eine Reihe indirekter Steuern belastet sind und auch durch den gegenwärtigen Niedergang der Industrie in besonderer Weise betroffen werden. Auch aus dem Grunde ist eine stärkere Erfassung der leistungsfähigeren Kreise des Volkes, und zwar durch direkte Steuern geboten, weil dieselben durch indirekte Steuern in besonderer Weise nur wenig getroffen werden können, da sogenannte Luxussteuern geringe Einkünfte abwerfen."

Einen Askari erschossen.

Wie die „Tägl. Rundschau" mitteilt, ist dem Herausgeber der „Alldeutschen Blätter", Professor Samassa, auf seiner Reise durch Ostafrika „ein bedauernswertes Mißgeschick" passiert: Nach brieflichen Nachrichten, die in Berlin eingelaufen sind, habe er im Verlaufe eines Abstechers zum Kilimandscharo, in der Nähe des Bezirksamtes Aruscha, einen Askari, der im Busch auftauchte, erschossen. Die näheren Umstände, unter denen der Vorgang sich abgespielt habe, seien noch nicht bekannt. In Aruscha ist über den Vorgang ein Protokoll aufgenommen worden. Anscheinend habe Kurzsichtigkeit Prof. Samassa, der als ruhiger und besonnener Mann bekannt sei, einen Streich gespielt.

Man darf erwarten, daß eine strenge Untersuchung eingeleitet wird. Prof. Samassa ist als einer der alldeutschen Heißsporne bekannt. Was hat denn der Professor zu schießen, wenn seine Kurzsichtigkeit eine so außerordentlich große ist? Es muß verlangt werden, daß das Kolonialamt über diesen Vorgang so rasch als möglich unbeschränkte Aufklärung gibt!

Vom Beschwerderecht der Soldaten.

Wie den Soldaten das sich auf dem Papier ganz hübsch ausnehmende Beschwerderecht verkümmert und verekelt wird, ist hinlänglich bekannt. Viele Beschwerden werden schon im Keime erstickt, und es gehört ein gewisser Grad von Mut dazu, solche Widerstände zu beseitigen. Auch ein Soldat vom 31. Infanterie-Regiment hat erfahren müssen, daß die Ausübung des Beschwerderechts nicht ganz glatt von statten geht. Als er von dem Unteroffizier Dahlgrün geohrfeigt worden war, wollte er sich über diesen beschweren, aber er wurde von D. mit den Worten: „Was wollen Sie denn haben?" zurückgehalten. Dahlgrün, der wegen der Ohrfeigengeschichte zu vier Wochen Mittelarrest bestraft worden ist und inzwischen seine Uniform hat ausziehen müssen, stand am Mittwoch vor dem Kriegsgericht der 18. Division (Altona), angeklagt der Anwendung widerrechtlicher Mittel, um einen Untergebenen von der Ausübung des Beschwerderechts zurückzuhalten. Der Angeklagte will nur gütlich auf den Soldaten eingeredet und ihm zu verstehen gegeben haben, daß es sonst mit seiner Karriere aus sein würde. Das Gericht sagt, daß auch durch eine gütliche Zurede ein Untergebener nicht von dem ihm zustehenden Beschwerderecht abgehalten werden dürfe. Aber in den Worten: „Was wollen Sie denn haben?" liege auch eine Drohung. Das Urteil lautet auf vier Wochen Mittelarrest, beide Strafen zusammengezogen in sechs Wochen Mittelarrest.

Ein unerhörtes Urteil.

Vom Schöffengericht in Sonneberg (Sachsen-Meiningen) wurde der verheiratete Tischler Ernst Brand aus Sonneberg wegen Beleidigung des freisinnigen Reichstagsabgeordneten Enders und des Lehrers Greiners — außerdem wegen Bedrohung des letzteren — zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Man glaube aber nicht, daß das Sonneberger Schöffengericht immer so horrende Strafen ausspricht, es kann auch milde urteilen. Als vor einiger Zeit der sozialdemokratische Reichstagskandidat des Kreises, Genosse Reißhaus-Erfurt, einen Gegner wegen schwerer Beleidigungen vor den Kadi zitierte, wurde der Angeschuldigte zu — 80 Mark Geldstrafe verurteilt!

Und da behaupte noch jemand, wir hätten eine Klassenjustiz. —

Behandlung eines Preßsünders.

Noch immer ist im Staate mit den „weitgehendsten Rechtsgarantien" die Zeit nicht vorüber, daß Preßsünder genauso behandelt werden, wie ein gemeiner Verbrecher. Das mußte am 13. Oktober Genosse Leimpeters, Redakteur der St. Johanner Volkswacht" erfahren, indem er durch einen Schutzmann in Uniform nach Diedenhofen (Lothringen) vor das kaiserliche Schöffengericht geführt wurde. Allerdings nicht gefesselt. Leimpeters sollte den Ingenieur Kuk durch eine scherzhafte Notiz in der „Volkswacht" beleidigt haben, in der es hieß, daß es Herrn Kuk wohl am flüssigen Mammon fehle, da er einen entlassenen Arbeiter über acht Tage auf seinen Lohn habe warten lassen, obschon in seinem Betrieb keine Kündigung herrsche, folglich die Lohnauszahlung mit dem Verlassen der Arbeit erfolgen müsse.

Kuk glaubte durch den Artikel geschäftlich geschädigt zu sein und fühlte sich außerdem beleidigt; er strengte Privatklage an. Der erste Termin sollte am 8. September stattfinden. Leimpeters hatte zu diesem Termin die Ladung des betreffenden Arbeiters als Entlastungszeugen beantragt, die jedoch vom Gericht abgelehnt wurde. Darauf schrieb L. unterm 4. September an das kaiserliche Schöffengericht, daß er auf die Vernehmung des Zeugen nicht verzichten könne weshalb eine Vertagung notwendig sei; er beantragt deshalb Vertagung und nochmals Ladung des Entlastungszeugen. Das Schöffengericht beschloß jedoch die Vorführung des Angeklagten und, ohne daß Leimpeters dieser Beschluß zugestellt worden war, erschien am 13. Oktober, früh morgens gegen 6 Uhr, ein Schutzmann in seiner Wohnung, der ihn von Saarbrücken nach dem kaiserlichen Schöffengericht in Diedenhofen geleitete! Zur Verhandlung war der Entlastungszeuge wieder nicht geladen, jedoch gab Herr Kuk den Tatbestand zu. Es kam ein Vergleich zustande, indem Leimpeters die Bemerkung über die innere Beschaffenheit des Geldschranks des Herrn Ingenieurs als unrichtig zurücknahm. — Einer solchen Bagatelle halber läßt die deutsche Justiz einen Preßsünder durch die Polizei öffentlich durch die Straßen zweier Städte schleppen!

Frankreich.

Die Lieferungsskandale.

Paris, 15. Oktober. Infolge des Ergebnisses chemischer Untersuchung von Konfitüren, die für das Heer geliefert worden waren, hat der Unterstaatssekretär des Krieges Chéron 43 Lieferanten von den Armeelieferungen ausgeschlossen. Gegen einige von ihnen wird strafrechtlich vorgegangen werden.

Die Einkommensteuer.

Paris, 15. Oktober. In der heutigen Kammersitzung wurde die Diskussion über die Einkommensteuer bei Art. 37 fortgesetzt, der die Einnahmen aus landwirtschaftlichen Betrieben umfaßt. Die Kommission schlug eine neue Fassung für die Artikel 37, 38 und 39 vor, durch welche die Leistungen der Pächter und Kleinbesitzer herabgesetzt werden. —

Dänemark.

Das neue Ministerium.

Kopenhagen, 15. Oktober. In der heutigen Sitzung des Folkethings hielt der neuernannte Konseilpräsident Neergaard eine Programmrede, in der es heißt: Die Regierung wird in ihrer Politik dieselben politischen Grundlinien verfolgen und sich auf dieselbe Majorität der Linken stützen, wie das vorhergehende Kabinett. Im Verhältnis zum Auslande wird es das Hauptbestreben der Regierung sein, an der absoluten Neutralitätspolitik festzuhalten, die einzig und allein einem kleinen Staate nützlich ist. Im weiteren Verlaufe seiner Rede betonte der Konseilpräsident, daß, um eine neutrale Stellung behaupten zu können, Dänemark über eine seiner Größe entsprechende Wehrkraft verfügen müsse und daß daher die Regierung eine diesbezügliche Vorlage einbringen werde. Der Bevölkerung werde Gelegenheit geboten werden, durch neue Folkethingswahlen ihre Meinung über diese Angelegenheit zu erkennen zu geben. Das Kabinett werde für die Lösung dieser Aufgabe seine Existenz einsetzen. Auf den Fall Alberti übergehend, erklärte der Konseilpräsident, daß die Regierung eine durch alle persönlichen Verhältnisse ungehinderte Untersuchung wünsche und daß sie beabsichtige, jede Verbindung hervorragender öffentlicher Stellungen mit Privatstellungen zu verhindern. Der Konseilpräsident kündigte sodann an Vorlagen betreffend die Nüchternheitsfrage, die Ministerverantwortlichkeit, eine zweckmäßigere Verteilung der Folkethingswahlkreise, eine Revision des Gesetzes betreffend Kleinbauerngüter usw., und erbat schließlich die Unterstützung des Folkethings. —

England.

Eine stürmische Sitzung.

London, 15. Oktober. In der heutigen Sitzung des Unterhauses kam es infolge des Auftretens des Sozialisten Grayson, der die Frage der Arbeitslosen aufzurollen versuchte, zu erregten Zwischenfällen. Der Sprecher unterbrach den Abgeordneten, indem er darauf hinwies, daß die Sitzung der Besprechung des Schankstättengesetzes gewidmet sei. Grayson erwiderte, die Arbeitslosigkeit und das Elend seien so groß, daß die Geschäftsordnung beiseite bleiben müsse. Als die Mitglieder des Hauses hiergegen laut Protest erhoben, rief ihnen Grayson ärgerlich zu: „Sie sind ordentlich satt!" Daraufhin ersuchte der Sprecher den Abgeordneten, seine Ausführungen zu beenden und sich auf seinen Platz zu begeben, und auf die Erwiderung Graysons, er lasse sich nicht einschüchtern und zum Schweigen zwingen, befahl er dem Haus-Sergeanten, den Abgeordneten zu entfernen. Die Anwendung von Gewalt war jedoch nicht erforderlich. „Ich verlasse mit Vergnügen das Haus, und kehre zur Arbeit zurück!" rief Grayson aus und entfernte sich, nachdem er den Abgeordneten der Arbeiterpartei noch zugerufen hatte: Ihr seid Verräter an Eurer Klasse! Der Zwischenfall endete in einem allgemeinen Hohngelächter.

Rußland.

Defizit und neue Steuern.

Petersburg, 14. Oktober. Das neue Budget schließt in den ordentlichen Einnahmen mit einem Ueberschuß von 5 Millionen Rubel. Dagegen weist der außerordentliche Etat ein Defizit von 157½ Millionen Rubel auf, das durch eine neue Anleihe gedeckt werden muß. Der Finanzminister gibt dazu folgende Erklärungen: Das Budget von 1909 weist im Vergleiche zu den früheren äußerste Steigerung der ordentlichen Ausgaben und Einnahmen auf, so daß letztere nur einen kleinen Ueberschuß von 5 Millionen Rubel ergeben. Dennoch haben nicht alle von der Duma erwähnten Bedürfnisse befriedigt werden können. Die einzige Quelle zur Befriedigung der unumgänglichsten Bedürfnisse wäre jetzt die Erhöhung der Abgaben und Steuern. Die bei der Duma eingebrachten Gesetzesvorlagen sehen die Einführung einer Einkommensteuer vor, ferner die Einführung einer Immobilien-, steuer, die Erhöhung der Tabaksteuer und die Einführung einer Besteuerung von Zigarettenhülsen und zugeschnittenem Zigarettenpapier. Auf diese Weise könnten die Einnahmen und die Ausgaben wieder ins Gleichgewicht kommen, das aber leicht gestört werden kann, wenn die Einnahmen nicht voll eingehen. Daher ist es unbedingt notwendig, alle Ausgaben dem natürlichen Wachsen der Einnahmen anzupassen. Was die außerordentlichen Ausgaben betrifft, unter denen die Eisenbahnausgaben kaum ohne Schaden für das kulturelle und industrielle Leben eingeschränkt werden können, so müssen wir schon jetzt dieselben durch Anleihe decken. Praktisch sind jedoch jährliche mehr oder weniger große Anleihen kaum wünschenswert, besonders bei unserer Verschuldung, die jährlich ein Viertel des Nettobudgets für die Schuldenverpflichtungen erfordert. Nur auf dem Wege der Steuererhöhung und Einschränkung der Ausgaben ist ein dauerndes Gleichgewicht des Budgets zu erzielen; aber eine Steuerreform ist in jedem Staate nur allmählich durchzuführen. —

Der Universitätsstreik.

Petersburg, 15. Oktober. Heute fanden an der Universität drei Vorlesungen statt. Die übrigen Vorlesungen mußten ausfallen, da Zuhörer nicht erschienen waren.

In einer zahlreich besuchten Studentenversammlung kam es zwischen den Anwesenden zum Handgemenge, wobei einige Studenten Verletzungen erlitten. —

Reaktionäre Studenten.

Petersburg, 15. Oktober. An der Petersburger Universität sind neue Verbände parteiloser Studenten sowie ein oktobristischer Studentenverband entstanden. Beide Vereinigungen treten gemeinsam mit der Studentengruppe des Volksverbandes gegen den Studentenstreik auf.

Aus der Partei.

Westpreußischer Parteitag. Der westpreußische Parteitag tagte am Sonntag in Danzig. Anwesend waren 21 Delegierte, darunter ein weiblicher, der Provinzvorstand, zwei Redakteure der „Königsberger Volkszeitung", sieben Gauleiter verschiedener freien Gewerkschaften, ein Gewerkschaftssekretär und je ein Vertreter aus den Provinzen Ostpreußen, Pommern und Posen.

Der Geschäftsbericht des westpreußischen Parteisekretärs Genossen Crispien lag gedruckt vor. Von den 13 Wahlkreisen der Provinz ist nur noch einer ohne Organisation. Am Schlusse des Vorjahres waren es vier. Die Mitgliederzahl ist um 47,7 Proz. gestiegen. Am 1. Juli 1907 waren 916 und am 13. Juni 1908 1261 Mitglieder vorhanden. Etwa 10 Proz. der gewerkschaftlich Organisierten gehören den sozialdemokratischen Vereinen an. Trotz zahlreicher Schikanierungen unserer Genossen durch Behörden und Unternehmer macht die Sozialdemokratie in der Provinz immer größere Fortschritte.

Der Punkt „Presse" wurde in geschlossener Sitzung verhandelt. Es wurde ein Antrag angenommen, der dem Provinzvorstand aufgibt, Mittel und Wege zu suchen, für Westpreußen eine eigene Parteizeitung zu schaffen.

Nach einem Referat des Genossen Crispien über Gemeindewahlen wurde eine Resolution angenommen, die die Beteiligung an den Wahlen auch dann empfiehlt, wenn keine unmittelbaren Erfolge in Aussicht stehen. Sodann referierte Genosse Grünhagen vom Zimmererverband über Landarbeiterorganisationen. In einer Resolution, die darauf gefaßt wurde, wurde ausgesprochen, daß die Gründung einer selbständigen Land- und Waldarbeiterorganisation eine Notwendigkeit ist, die keine Verzögerung erleiden darf.

Außerdem wurde noch ein Referat über Frauen- und Jugendorganisation gehalten.

Gegen die Resolution Frohme und nicht dafür, wie es in der dieser Tage hier abgedruckten Abstimmungsliste aus dem Parteitagsprotokoll hieß, hat der Genosse Herm. Kahmann, Parteisekretär und Delegierter des Wahlkreises Dresden-Land, gestimmt. Genosse Kahmann schreibt uns:

„Der Irrtum entstand dadurch, daß der Genosse, der vor mir abzustimmen hatte, erst ja und gleich darauf nein sagte. Darob belustigte sich der Parteitag, und in der Unruhe ist mein lautes Nein mißverstanden worden."

Der Irrtum ist übrigens im Druckfehlerverzeichnis des Parteitagsprotokolls richtiggestellt.

Vom Fortschritt der Presse.

Die „Gleichheit", unsere Arbeiterinnen-Zeitung, hat ihren Inhalt abermals bereichert. Fortan erscheinen die bisher nur in jeder zweiten Nummer beiliegenden Beilagen: „Für unsere Mütter und Hausfrauen" und „Für unsere Kinder" mit jeder Nummer. Gleichzeitig hat die „Gleichheit" ein anderes Gewand angelegt und ihr Format etwas verkleinert, ohne jedoch den Inhalt zu verringern. Wir wünschen der tapferen Kämpferin in ihrer neuen und vermehrten Ausgabe weiteres erfreuliches Wachstum.

Warnung. Ein Mann unter den Namen Fr. Remitsch, angeblich geflüchteter russischer Revolutionär, sucht seit längerer Zeit in Gewerkschafts- und Parteikreisen Eingang zu finden. Er schreibt technische und gewerkschaftliche Artikel, auch für die Parteipresse. Mehrere haben auch seiner Zeit in der Parteipresse Aufnahme gefunden. Wie jetzt aus Wien mitgeteilt wird, hatte dieser Mann auf Empfehlung einen Posten als Redakteur bei dem Wiener Zentralverband der Maschinisten und Heizer erhalten. Von dort ist er, als man mißtrauisch geworden, nähere Einsicht in seine persönlichen Verhältnisse forderte, spurlos verschwunden.

Vom englischen Sozialismus. H. G. Wells ist aus dem Vorstande der Fabian Society ausgetreten, da er mit der Politik der Fabier unzufrieden ist. Er war Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen Arbeiterpartei, aber sein Temperament und seine kuriose Auffassung des Sozialismus passen in keine der vorhandenen sozialistischen Organisationen hinein. Er hat den modernen Sozialismus nie verstanden und gehört zum vormarxistischen Geschlecht der schriftstellernden Utopisten. Er ist ein phantasievoller Romanschriftsteller und nichts anderes.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Todesstrafe geheiligte Staatseinrichtung, das war die staatsanwaltliche Auffassung, die dem Genossen Barth vom „Thüringer Volksfreund" zu Sonneberg eine Anklage wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen bescheerte. Der „Volksfreund" hatte zur Hinrichtung der Grete Beier einen Artikel gebracht, der „Mordende Staatsgewalt" überschrieben war und die Todesstrafe scharf bekämpfte. Es hieß u. a. darin: Das Recht auf Mord, das die Staatsgewalt im Namen des Rechts sich anmaßt, ist der finsterste Rückstand einer barbarischen Zeit.

In der Voruntersuchung versuchte der vernehmende Untersuchungsrichter eine „Majestätsbeleidigung" aus dem Artikel herauszudestillieren, allerdings ohne Erfolg.

Am Montag stand nun gegen den Genossen Barth vor der Strafkammer in Koburg Termin an. Als Verteidiger fungierte Rechtsanwalt Genosse Landsberg-Magdeburg. Nach kurzer Verhandlung beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 250 M. In längeren Ausführungen zerpflückte Genosse Landsberg die staatsanwaltlichen Argumente und beantragte Freisprechung. Das Gericht gab dem Antrage des Staatsanwalts nicht statt. Es sprach den Genossen Barth frei. Eine Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen sei in dem Artikel nicht enthalten. Es sei lediglich Kritik geübt und dabei seien allerdings scharfe Worte angewendet worden.

Boykott als „Grober Unfug". Im November und Dezember des vorigen Jahres erschienen mehrere Notizen in der „Märkischen Volksstimme" zu Kottbus, die auf einen Boykott aufmerksam machten, den die organisierte Arbeiterschaft über das Lokal „Sanssouci" in Guben verhängt hatte. Die Staatsanwaltschaft nahm sich des Wirtes an, und am 30. Juli 1908 wurde ein amtsrichterlicher Strafbefehl, auf 50 M. Geldstrafe oder 10 Tage Haft lautend, gegen den Genossen August Freudenthal als verantwortlichen Redakteur erlassen. Gegen den Strafbefehl wurde Einspruch erhoben, doch in der Verhandlung am 10. Oktober wurde der Einspruch verworfen und auf die obige Strafe erkannt, trotzdem der Angeklagte hervorhob, daß an sich durch die Presse kein grober Unfug begangen werden könne.

Wegen Herausgabe bezw. Austragens eines Flugblattes, das bei der Lohnbewegung der Dresdener Bäcker zum Boykott einer Brotfabrik aufforderte, wurden vom Schöffengericht in Dresden die Genossen Bäcker Fichte und fünf Bäckergehilfen zu je 10 M. Geldstrafe verurteilt.

Strafkonto der Presse. Wegen Beleidigung eines „nationalen Arbeitervereinlers" wurde Genosse M. Müller von der „Volksstimme" zu Chemnitz durch das Schöffengericht zu Meerane zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt.

Soziales.

Bedeutung der Anstellungsurkunde eines Gemeindebeamten.

Der Militäranwärter Bureus war in Brandenburg als Assistent in der Kalkulatur angestellt worden. Unter anderem war eine sechsmonatliche Kündigungsfrist vereinbart. Da erst ein bestimmtes Formularmuster für Anstellungsurkunden beschafft werden sollte, so erhielt B. eine solche **Urkunde nicht.** Der Magistrat behielt sich vor, sie ihm später zu überreichen. Es sollte im November 1907 geschehen. Inzwischen erlangte B. die Aussicht auf eine bessere Stellung. Im August wurde ihm eröffnet, daß er in Delitzsch vom 1. Oktober ab die Stelle des Stadtsekretärs einnehmen könnten. Bureus ersuchte nun den Magistrat von Brandenburg, ihn zum 1. Oktober aus dem städtischen Dienst zu entlassen, d. h. auf die Innehaltung der sechsmonatlichen Kündigungsfrist zu verzichten. Der Magistrat tat es nicht. Gleichwohl blieb B. vom 1. Oktober ab dem Dienst fern. (Delitzsch beschäftigte ihn jedoch nicht vom 1. Oktober ab, weil Brandenburg ihn nicht freigegeben hatte.) — Der Regierungspräsident nahm B. in eine Disziplinarordnungsstrafe von 50 M., weil er einseitig vom Dienst weggeblieben sei und ein amtliches Schreiben nicht angenommen habe. — Der Oberpräsident verwarf die Beschwerde Bureus. Das **Ober-Verwaltungsgericht gab aber seiner Klage statt und setzte die Disziplinar-Ordnungsstrafe außer Kraft.** Begründend wurde ausgeführt: Es komme bei der Entscheidung darauf an, ob B. Gemeindebeamter gewesen sei oder nicht. Das Kommunalbeamtengesetz bestimme nun ausdrücklich, daß die **Anstellung durch Aushändigung** einer Anstellungsurkunde erfolge. Die Eigenschaft eines Gemeindebeamten werde durch die Aushändigung der Urkunde begründet. Alle Beziehungen, die innerhalb des Beamtenrechts als solche lägen, würden dadurch bestimmt, ob eine Anstellungsurkunde ausgehändigt sei. Weil B. eine Anstellungsurkunde nicht erhalten habe und der Vorbehalt, daß er sie später bekomme, als wirkungslos anzusehen sei, so habe er **nicht** die Eigenschaft eines Gemeindebeamten erlangt. Da aber das Disziplinarrecht innerhalb des Beamtenrechts sich bewege, so könne B. wegen jener Vorfälle **nicht disziplinarisch bestraft** werden. — — Inwieweit etwa der abgeschlossene Vertrag **zivilrechtliche** Wirkung habe, sei vom Standpunkt des Disziplinarrechts **nicht** zu entscheiden. —

Vom Recht der Züchtigung durch den Innungsmeister.

Eine prinzipielle Entscheidung von allgemeinem Interesse wurde soeben vom Strafsenat des Oberlandesgerichts Dresden gefällt. Der Bäckerlehrling Wiedemann, 16 Jahre alt, beim Bäckermeister Müller in Mittelbach b. **Chemnitz** beschäftigt, hatte Differenzen mit dem Lehrer Blinz an der Fortbildungsschule der Bäckerinnung gehabt. Seitens seines **Vaters** erhielt er darauf die Anweisung, den Lehrer nicht mehr zu grüßen. Als er nun eines Tages im März d. J. auf der Straße an dem Lehrer vorübergegangen war, ohne den Hut zu ziehen, wurde er am anderen Tage in die Schule bestellt. Der Lehrer hielt dem Jungen im Beisein des Innungsobermeisters Schmidt das Unpassende seines Benehmens vor und Schmidt ersuchte ihn, den Lehrer in Zukunft zu grüßen. Trotzdem verabschiedete sich der Lehrling beim Verlassen des Zimmers nicht und wollte ohne Gruß hinaus; Schmidt rief ihn zurück und gab ihm den Befehl, sich erst zu verabschieden, ehe er das Zimmer verlasse. Doch auch diesmal reagierte der Lehrling nicht und wollte die Herren ohne Gruß zurücklassen. **Der Innungsobermeister ergrimmte** darob so sehr, daß er dem Widerspenstigen **zwei schallende Ohrfeigen** gab. Der Vater stellte Strafantrag gegen Schmidt und wendete sich, als das **Schöffengericht** den Angeklagten **freisprach**, mit einer **Berufung** ans Landgericht. Hier erzielte er eine **Verurteilung** wegen einfacher Körperverletzung. Das Gericht führte aus, daß ein Züchtigungsrecht nach § 1631 B. G.-B. und § 127a der Gewerbeordnung nur dem Vater oder Lehrer zustehe. Gegen dieses Urteil legte Schmidt **Revision** ein, bezog sich auf ein Gutachten der Gewerbekammer Chemnitz (der Obermeister hat auf Zucht und Ordnung der Lehrlinge als Vertreter des Lehrherrn auch außerhalb der Arbeitsstätte zu sorgen) und erklärte, daß in diesem Falle eine sofortige Züchtigung am Platze gewesen sei. Die Revision wurde verworfen. Der Vater habe allein das Recht der Züchtigung gehabt; dem Sohne sei von ihm verboten worden, den Lehrer zu grüßen. Dies Verbot habe der Lehrling befolgt und sei deshalb vom Innungsobermeister ohne das Einverständnis des Vaters geohrfeigt worden. Außerdem sei eine Züchtigung von Fortbildungsschülern nach den Ausführungen zum sächsischen Volksschulgesetz verboten.

Gewerkschaftliches.

An die gesamte Tabakarbeiterschaft Deutschlands!

Alle offiziellen und offiziösen Blätter, sowie die aus der Regierungskrippe gespeisten und auch die freiwillig offiziösen, nicht aus Regierungsmitteln unterhaltenen Blätter machen seit geraumer Zeit Stimmung für das Sydowsche Finanzreformprojekt. Die duftigste Blüte in dem geplanten Steuerbukett soll die Tabaksteuerbelastung sein. Hier wird systematisch darauf hingearbeitet, die große Masse derer, die geschröpft werden sollen, mit Blindheit zu schlagen. Man will nicht, daß die Aermsten der Armen gewahr werden, wie man beabsichtigt, ihren Ruin herbeizuführen; man will nicht, daß diese Aermsten sehen, wie man den 500 Millionenraub in Sicherheit bringt. Unzweifelhaft und sicher ist hier ein Schweigegebot erlassen, dem sich nicht nur die nach Norderney berufenen, sondern auch die zu den Sydowschen Konferenzen hinzugezogenen Abgeordneten unterworfen haben; ebenso auch die von denselben inspirierten Parteien und deren Blätter. Diesen Preßtrabanten — Bismarck nannte sie geschmackvoll „Sauhirten", er mußte sie ja kennen — hat man wohl alles mögliche zugetraut, aber ihre jetzige Treibarbeit, die „oberen Zehntausend" zu entlasten, für die eigentlich die Aufbringung dieser 500 Millionen nur als ein Trinkgeld zu gelten hätte, hätte die kühnste Phantasie nicht vorausgeahnt! Wie ist es möglich, daß auch Reichstagsabgeordnete, Volksvertreter es glauben verantworten zu können, ihren Wählern, dem Volke, Dinge von schwerwiegendster Tragweite zu verheimlichen, wo es sich bei diesen indirekten Steuern für Hunderttausende um Sein oder Nichtsein handelt!

Tabakarbeiter Deutschlands!

Nichts mehr und nichts weniger als alles steht für Euch auf dem Spiele! Hier gilt es, Euch mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln zur Wehre zu setzen! Die Tabakarbeiter sind nicht gewillt, ein solches Unheil tatenlos über sich hereinbrechen zu lassen. Sie werden die ausgiebigste Gegenwehr anwenden! Darum alle Mann ans Werk! Hier gibts kein Säumen! Jeder, der abseits stehen würde, beginge ein Verbrechen an sich selbst, an seiner Familie und seinen Mitmenschen!

Kollegen und Kolleginnen! Wir verweisen noch einmal auf das in unseren letzten Aufrufen enthaltene und erwarten von Euch eine strikte Befolgung. Dann wird und muß der unsere Existenz bedrohende Plan der Reichsregierung und seiner Trabanten zu schanden werden!

Alle arbeiterfreundlichen Zeitungen **werden um Abdruck** gebeten.

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.
J. A.: Wilh. Boerner, Berlin, Ritterstr. 15 pt.
Karl Butry, Stettiner Straße 25 IV.

Berlin und Umgegend.

Die Firma Mosse läßt sich vom Tarifamt der Buchdrucker folgendes Attest ausstellen, das sie in der ihr zur Verfügung stehenden Presse an hervorragender Stelle veröffentlicht:

An die Buchdruckerei Rudolf Mosse, Berlin.

Wir bestätigen Ihnen auf besonderes Verlangen, daß die in der heutigen Nummer des „Vorwärts" enthaltene Lokalnotiz, wonach Ihre Firma einen Tarifbruch begangen hat, der Wahrheit nicht entspricht, ebensowenig ist dies der Fall bei dem Inserat des Gauvorstandes des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftgießer, wonach Ihre Firma eine Entscheidung des Tarifamtes nicht anerkannt hat. Beide Vergehen liegen seitens Ihrer Firma nicht vor.

Hochachtungsvoll

Georg W. Bürenstein, Prinzipal-Vorsitzender — L. H. Giesecke, Gehilfen-Vorsitzender

Schliebs

Wir haben bereits am Mittwoch folgende sachliche Darstellung des Falles seitens des Gauvorstandes der Buchdrucker gebracht:

„Die Stereotypeure haben, nachdem ihnen die Firma Mosse am letzten Sonnabend den seit etwa zwei Jahren bestehenden Vertrag gekündigt, und die vom Tarifamt festgesetzten Arbeitszeiten für ein neues Arbeitsverhältnis noch nicht vorlegen konnte, ebenfalls ihre Kündigung eingereicht, weil sie in der Annahme sich befunden hatten, es sei die Maßnahme der Firma ein Tarifbruch, den sie als tariftreue Gehilfen nur durch die Kündigung beantworten konnten, und zumal die Firma den Vertrauensleuten gegenüber äußerte, sie wolle weniger durch sie belästigt werden."

Der Gauvorstand fügt hinzu, er hätte von der Firma, ehe sie weitere Schritte unternahm, erwartet, daß sie mehr nach den Bestimmungen des Organisationsvertrages gehandelt hätte, die dahin gehen, daß bei Massenkündigungen die Tarifinstanzen in erster Reihe zu hören sind.

Die Firma Mosse, welche unsere erste Notiz durch ihre Redaktion abdrucken ließ, übergibt derselben vielleicht auch noch nachträglich die ihr seit Mittwoch bekannte zweite Darstellung im gewerkschaftlichen Teil des „Vorwärts" zum Abdruck!

Noch einmal Mißstände in den Brauereien. In dem in Nr. 242 befindlichen Bericht über „Mißstände in den Brauereien" ist im letzten Absatz die Rede von einer Klage gegen die Spandauer Bergbrauerei. Es ist dies ein Irrtum. Es muß folgendermaßen heißen: Daß in der Spandauer Bergbrauerei die Wasch- und Umkleideräume während der zweijährigen Dauer des Tarifes nicht geändert sind, sei nur nebenbei bemerkt, da diese Angelegenheit dem Einigungsamt übergeben ist. — Mit der Klage des Schlossers vor dem ordentlichen Gericht ist die Deutsche Bierbrauerei Pichelsdorf gemeint.

Deutsches Reich.

Eine Bauarbeiteraussperrung

droht in Köln. An dem dortigen Neubau des Oberlandesgerichtsgebäudes haben 200 Maurer und Hilfsarbeiter die Arbeit niedergelegt, weil 17 Kollegen sofort entlassen worden waren, nur aus dem Grunde, weil sie ohne vorherige Anfrage an der Beerdigung eines an dem Bau tödlich verunglückten Maurers teilgenommen haben. Die Arbeiter hielten mit Recht die Beteiligung an dem Begräbnis des sozusagen unter ihren Augen zu Tode gekommenen Arbeitskameraden für selbstverständlich. — Bei den gepflogenen Verhandlungen forderten die Unternehmervertreter, daß die Ausständigen zunächst bedingungslos die Arbeit aufnehmen sollten; erst dann wolle man das Gewerbegericht entscheiden lassen, ob die Entlassenen wieder einzustellen, oder ob sie mit Recht entlassen seien.

Eine Versammlung der beteiligten Arbeiter hat die Forderung der Unternehmer abgelehnt. Die Sperre über das Kölner Justizgebäude bezw. die Firma Riphahn u. Hegel bleibt bestehen.

Die Unternehmer erklärten, daß der Arbeitgeberverband, wenn ihr Vorschlag abgelehnt würde, eine allgemeine Aussperrung der Bauarbeiterschaft von Köln und Umgegend und wahrscheinlich noch darüber hinaus für unvermeidlich erachte. Ein frivolerer Akt von Unternehmerterrorismus wäre allerdings noch nicht dagewesen.

Die Tapezierer in Köln haben über die Möbelfabrik von Christian Meyer die Sperre verhängt, nachdem Herr Meyer eine Anzahl Kollegen wegen Zugehörigkeit zur Organisation entlassen hat. Eine Verhandlung vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts lehnt der Herr ab. Interessant ist, daß der unternehmerliche Terrorist Stadtverordneter der „arbeiterfreundlichen" Zentrumspartei ist.

Ausland.

Eine Staatsaktion.

Budapest, 15. Oktober. Der Handelsminister Kossuth **hat die Einstellung der Tätigkeit des Verbandes der Eisenbahnarbeiter verfügt, weil der Verband sich mehrfach weigerte, Anordnungen des Ministers nachzukommen, die Durchführung von ministeriellen Anordnungen kritisierte und die Unterbreitung einer Liste der Verbandsmitglieder verweigerte.**

Das ist ja ganz preußisch!

Die amerikanischen Brauereiarbeiter hielten jüngst ihren Verbandskongreß in New York ab. Der Verband nennt sich „international", das heißt er erstreckt sich über die Vereinigten Staaten und Kanada. Auf dem letzten Kongreß, der 1906 in Toronto (Kanada) stattfand, wurde die Mitgliederzahl auf 38 000 angegeben. Heute zählt der Verband 42 570 Mitglieder. Im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen hat nach dem Bericht des Vorstandes die Benutzung des „Labels" (Schutzmarken der Gewerkschaft) außerordentlich günstig gewirkt. Das „Label" ist das äußere Kennzeichen an jedem Faß und jeder Flasche, daß das Bier von Mitgliedern des Verbandes hergestellt ist. In den letzten zwei Jahren wurden 89 453 000 „Labels" verbraucht, deren Kosten sich auf 14 870 Dollar (etwa 60 000 Mark) beliefen. Die „Labels" werden den Brauereien kostenfrei geliefert. — Das Verbandsvermögen betrug vor zwei Jahren 268 329 Dollar (etwa 1 075 000 Mark), heute ist das Vermögen auf 366 192 Dollar (etwa 1 470 000 Mark) angewachsen. Die Organisation ist stark, und die Unternehmer bedenken sich gewöhnlich lange, ehe sie es auf eine Herausforderung ankommen lassen. Der Verband gibt unumwunden eine Sympathie für die sozialistische Partei zu erkennen. Es heißt in dem Bericht in bezug auf die Stellung der Gewerkschaft zur Politik: „Wir wissen, daß es nur ein Mittel für die Arbeiterschaft gibt, um sich aus der unwürdigen und erniedrigenden Lage, in der sie sich zurzeit befindet, zu befreien, und dies ist die politische Aktion, der Klassenkampf. Ohne eine rege Beteiligung auf dem politischen Felde stehen die Gewerkschaften dem organisierten Kapital und dem Ausbeutertum machtlos gegenüber und sehen ihrem Untergang entgegen." Es wird dann auf eine Reihe von Gerichtsentscheidungen hingewiesen, die beweisen, wie die Gerichte auch den Kapitalisten gegen die Arbeiterinteressen dienstbar sind. „Um nun hier Wandel zu schaffen ..., ist es absolut notwendig, die Gemeinde-, die Staats- und die Nationalverwaltung den Händen der kapitalistischen Klasse zu entreißen, und dies kann nur geschehen durch eine Vereinigung der gesamten Arbeiterschaft auf politischem Gebiet in einer Partei, durch Erwählung eigener Repräsentanten und Beamten und durch Schaffung und Ausführung solcher Gesetze, die zur Befreiung der Arbeiter von den Fesseln der Lohnsklaverei führen. Dies kann nur durch die sozialistische Partei geschehen ..." Der Anschluß an die Partei wird den Mitgliedern der Gewerkschaft warm empfohlen. (Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Kämpfe zwischen japanischen und chinesischen Truppen.

Söul, 15. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Zwischen China und Japan droht eine **ernste Verwickelung zu entstehen infolge eines Zusammenstoßes zwischen chinesischen und japanischen Truppen** in Kantoo (Nordkorea). Die hier vorliegenden Meldungen besagen: Die Chinesen eröffneten die Feindseligkeiten durch **Beschießung einer von japanischen Soldaten besetzten Polizeistation.** Das Gefecht dauerte **mehrere Stunden.** Die Zahl der Getöteten und Verwundeten ist **unbekannt.** Das japanische Auswärtige Amt erhob Vorstellungen in Peking, und wofern nicht unverzüglich Genugtuung gegeben wird, **werden japanische Truppen wahrscheinlich die Grenze überschreiten.**

30—60 Proz. Lohnherabsetzung.

Mannheim, 15. Oktober. (B. H.) **Heute legten die Arbeiter der Strebelschen Werke fast vollständig die Arbeit nieder. Von 700 Arbeitern hatten gestern in einer Fabrikversammlung 504 abgestimmt, davon 480 für den Streik. Es handelt sich um den Kampf gegen einen neuen Tarif, der bei den Akkordlöhnen Reduktionen um 30 bis 60 Proz. bringt.**

Temperamentvolle Parlamentarier!

Prag, 15. Oktober. (W. T. B.) In der heutigen Sitzung des Landtages setzten die Deutschen die Obstruktion fort. **Es kam zu großen Lärmszenen** und zuweilen hatte es den Anschein, **als ob es zu Tätlichkeiten kommen würde.** Der Oberstlandmarschall mußte **die Sitzung unterbrechen.** Der Lärm ließ jedoch nicht nach, **die Abgeordneten beschimpften und stießen einander;** einigen wurden die **Kleider zerrissen, andere trugen Kratzwunden im Gesicht davon.** Der Oberstlandmarschall erschien nur wieder, um die Sitzung zu schließen.

Gehaltsaufbesserung der Lehrer.

Elberfeld, 15. Oktober. (B. H.) Wie die hier erscheinende „N. Westd. Lehrerztg." aus bester Quelle vernimmt, wird das neue Lehrerbesoldungsgesetz **ein Grundgehalt von 1350 M.** für die gesamte Monarchie vorschlagen. In Städten mit über 100 000 Einwohnern kann das Grundgehalt die Höhe **von 1800 M. erreichen.** Die Alterszulagen sollen **mit je 200 M. normiert werden.**

Ein Minister, der die Kritik fürchtet!

Budapest, 15. Oktober. (W. T. B.) Der Handelsminister Kossuth hat die **Einstellung der Tätigkeit des Verbandes der Eisenbahnarbeiter verfügt,** weil der Verband sich mehrfach weigerte, **Anordnungen des Ministers nachzukommen, die Durchführung von ministeriellen Anordnungen kritisierte** und die Unterbreitung einer Liste der Verbandsmitglieder verweigerte.

Schwere Sühne für einen Diebstahl.

Dessau, 15. Oktober. (W. T. B.) In dem Prozeß wegen des **Einbruchdiebstahls in die anhaltische Landeshauptkasse** verurteilte die dritte Strafkammer des hiesigen Landgerichts den früheren Restaurateur Otto Wilke-Berlin zu 8 **Jahren Zuchthaus,** 10 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht, Frau Nischan-Berlin wegen Hehlerei zu 1½ **Jahren Gefängnis,** Frau Wilke-Berlin und Fräulein Kutz-Berlin wegen Hehlerei zu je 8 **Monaten Gefängnis.**

Im Streit erschossen.

München, 15. Oktober. (B. H.) In Neu-Oetting **erschoß der Bäckermeister Stummer im Streit seinen Schwiegervater,** den Kaufmann Steinhauser, der zu ihm zum Besuch gekommen **war.**

Im Nebel abgestürzt.

Ehingen, 15. Oktober. (B. H.) **Das Ehepaar Kaufmann Doll** in Munderkingen verirrte sich abends im Nebel und fiel bei Wartstein von einer Anhöhe einen steilen Abhang hinab. Der Mann kam morgens mit **gebrochenem Schulterblatt hierher,** ohne den Ort bezeichnen zu können, an dem sich seine Frau befand. Diese wurde **später tot an der Unglücksstelle gefunden.**

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Stadtverordneten-Versammlung.

15. Sitzung vom Donnerstag, den 15. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Michelet eröffnet die Sitzung um 5½ Uhr mit einem ehrenden Nachruf für den früheren Stadtv. Tutzauer (Soz.) und den Bürgerdeputierten Hanfland, die in den letzten Wochen verstorben sind.

In den Ausschuß zur Vorberatung der Anträge Stadthagen und Cassel betr. die Uebernahme von Zweigen der Polizeiverwaltung auf die Stadtgemeinde sind u. a. auch die Stadtvv. Dr. Bernstein, Hoffmann, Stadthagen (Soz.) gewählt worden.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehen nur Vorlagen von minderer Bedeutung.

Für das Gelände zu beiden Seiten der Koloniestraße soll der 1905 festgesetzte Fluchtlinienplan geändert werden, da der Minister der öffentlichen Arbeiten entgegen dem Magistrat dem Einspruch der Firma Albert Herz gegen die Verlängerung der Straße 80d von der Koloniestraße bis zur Straße 69b stattgegeben hat.

Die Versammlung stimmt der Aenderung zu.

Zu den Kosten der Pflasterung der Wittestraße in Wittenau (Dalldorf) soll an die Gemeinde Wittenau ein einmaliger Zuschuß von 10 000 M. geleistet werden, wogegen die Verpflichtung Berlins zur Unterhaltung eines über und neben dem in dieser Straße verlegten Gasdruckrohr liegenden 3 Meter breiten Straßenstreifens in Wegfall kommen soll.

Auch hier gibt die Versammlung ohne Debatte die Zustimmung.

Zur Fortschaffung der Abwässer aus den Radialsystemen III und VII der Berliner Kanalisation muß ein neues Druckrohr von der Pumpstation VII nach den südlichen Rieselfeldern verlegt werden. Zu diesem Zweck sollen mit den Gemeinden Schöneberg, Steglitz und Groß-Lichterfelde sowie mit dem Teltower Kreisausschuß Verträge abgeschlossen werden, um den von diesen Kommunalverbänden gestellten Bedingungen zu genügen. Aus dem gleichen Anlaß soll im Guts- und Dorfbezirk Großbeeren ein Parzellenaustausch stattfinden. Der Magistrat legt die betreffenden Vertragsentwürfe vor.

Die Vorlage wird ohne Diskussion angenommen.

Der zurzeit hier tagenden Internationalen Konferenz zur Revision der Berner Uebereinkunft über das Urheberrecht will die Stadt einen Empfang anbieten, wofür bis zu 3000 M. zur Verfügung gestellt werden.

Nachdem noch eine Vorlage wegen Ankaufs von Ländereien in der Gemarkung Schönow zu Rieselzwecken ohne ein Wort der Diskussion angenommen worden, sowie eine lange Reihe von Rechnungen dem Rechnungsausschusse überwiesen sind, schließt die öffentliche Sitzung nach etwas mehr als viertelstündiger Dauer gegen 6 Uhr. Auf der Tagesordnung der geheimen Sitzung steht im Schlusse die Beratung der Vorlage, welche einen Kredit von 20 000 M. heischt zur Ausschmückung der Feststraße aus Anlaß des Einzuges der Braut des Prinzen August Wilhelm von Preußen.

Sitzung der Interparlamentarischen Kommission.

Brüssel, 12. Oktober. (Eig. Ber.)

Der Konferenz des Internationalen Sozialistischen Bureaus folgte am Montag die Sitzung der Interparlamentarischen Kommission, die gleichfalls im „Maison du Peuple" tagte. Außer den Vertretern des Bureaus waren noch anwesend der deutsche Delegierte Ledebour, die belgischen Deputierten Furnemont, Pepin, Wauters und der Senator Lafontaine sowie der Sekretär des belgischen Generalrats, Genosse Maes.

Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte zur Beratung:

1. Die letzte parlamentarische Session.
2. Die Kolonialreformen.
3. Ueber die Tätigkeit der Sozialisten in der Interparlamentarischen Vereinigung zur Förderung des Friedens.

Den Vorsitz führt Genosse Furnemont, der in seiner Eröffnungsrede die neuen Mitglieder begrüßte und der Wahlsiege in Schweden und Preußen gedachte.

Vernerstorfer (Oesterreich) beantragt, den ersten Punkt abzusetzen und schriftliche Berichte über die Arbeit in den Parlamenten einzufordern.

Van Kol, Branting und andere Delegierte verweisen darauf, daß diese Berichte mit dokumentarischem Material alljährlich an die nationalen Kongresse der einzelnen Parteien vorgelegt werden.

Huysmans erwidert, daß die Berichte zu spät eingehen. Nachdem noch Nemec (Oesterreich) und Wauters (Belgien) über die Formulierung der Berichte gesprochen, wird der Antrag Vernerstorfers angenommen.

Van Kol, der Berichterstatter über die Kolonialfrage, befürwortet die Ernennung einer aus fünf Personen bestehenden Kommission zur Ausarbeitung eines Kolonialprogramms. Er erklärt es für verfehlt und in betreff mancher Fragen für lächerlich, ein Kolonialregime nach europäischen Ideen einzuführen; so in bezug auf das Wahlrecht, den Unterricht und anderes. Das Problem sei ein ungemein kompliziertes, um so mehr mangle ein klares Kolonialprogramm.

Molkenbuhr hält es für ausgeschlossen, ein auf alle Länder passendes Kolonialprogramm auszuarbeiten. Die Verhältnisse der einzelnen Kolonien seien grundverschieden. Molkenbuhr polemisiert dann gegen die Auffassung van Kols in der Frage der Auswanderung der Bevölkerung nach den Kolonien. So zögen es die Niederländer vor, statt nach ihren Kolonien, nach Deutschland zu gehen. In Wirklichkeit bedürften wir für jede Kolonie ein eigenes Programm.

Kautsky bestreitet van Kols Auffassung, daß unser Programm für die Kolonien nichts tauge. Ueberall, wo es Sozialisten gebe, müsse nach der Anwendung des sozialistischen Programms und dem allgemeinen Wahlrecht, der Grundlage unserer Doktrin, gestrebt werden. Welches politische Regime denn van Kol für die Kolonien vorschlage? Das Pluralvotum oder das Klassenwahlrecht oder den Despotismus, von dem man sagt, daß er allein für Asien tauge. — Es sei nicht möglich, daß eine Internationale Konferenz die Reformpläne aufstellen könne.

Für Vaillant, der abreisen mußte, verliest der Vorsitzende eine Erklärung, worin sich die französische Partei gegen die Kolonialpolitik ausspricht.

Van Kol ergreift nochmals zur Polemik gegen die Vorredner das Wort, um trotz der auch von ihm zugegebenen Verschiedenheiten, in denen sich die Kolonialfrage für die einzelnen Länder darstellt, für die Ausarbeitung eines allgemeinen Kolonialprogramms zu sprechen, an dem die Vertreter der verschiedenen Richtungen mitzuarbeiten hätten. Im übrigen bringt er einen Auszug seiner bekannten Auffassungen über die Kolonialfrage.

Wauters (Belgien) zeigt an der belgischen Kongofrage die Vielgestaltigkeit des Problems.

Ledebour berichtigt gegenüber van Kol, daß der Stuttgarter Kongreß niemand den Auftrag zur Ausarbeitung eines Kolonialprogramms gegeben habe, am wenigsten sei eine interparlamentarische Konferenz ohne Mandat dazu berufen. Das käme höchstens einem „Internationalen Kongreß" zu. Ledebour polemisiert noch in der Frage des Wahlrechts, der Nachtarbeit und der Zwangsarbeit gegen van Kol und betont zum Schluß den Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie in der Kolonialfrage, die gegen die räuberische Kolonial- und Eroberpolitik ist, jedoch auch positiv für die Rechte der Eingeborenen wirkt.

Im selben Sinne spricht auch Kautsky, der, sich ebenfalls gegen van Kol wendend, drastisch meint, er verlange nicht, daß die Papuas stimmen, um ihren Deputierten nach dem Haag zu schicken. Aber sie sollen die Möglichkeit haben, ihre Geschicke selbst zu entscheiden und nicht die politische und autokratische Unterdrückung Hollands erdulden müssen.

Kautsky ist gleichfalls gegen die Bildung einer Kommission — möge jede Nation das Problem bei sich zu Hause studieren, damit es auf dem nächsten Kongreß diskutiert werden könne. — Zwischen den früheren Rednern findet noch ein weiterer Austausch der Gesichtspunkte statt, worauf sich die Konferenz auf den Vorschlag Molkenbuhrs einigt, von einer Resolution abzusehen und die Dokumente dem Bureau zu übergeben.

Zum Punkt „Interparlamentarische Friedenskonferenz", wo über die Beteiligung der Sozialisten an derselben verhandelt werden sollte, proponiert Lafontaine (Belgien) die Vertagung, da die Konferenz erst 1911 stattfindet.

Vernerstorfer erachtet es für notwendig, schon jetzt gegen den Schwindel der Interparlamentarischen Vereinigung für den Frieden zu protestieren. Vor einigen Wochen hat der Führer der ungarischen Nation, Apponyi bei dem Friedenskongreß in Berlin eine wunderschöne Kulturrede über den hohen Wert der deutschen Sprache gehalten. Derselbe Apponyi unterdrückt in Ungarn als Unterrichtsminister die deutsche Sprache in der schamlosesten Weise. Wir österreichischen Sozialisten sind gegen die verlogenen, innerlich unwahren Friedenskonferenzen.

Auch Molkenbuhr erklärt, daß sich Deutschland nicht beteiligen werde, wogegen Branting sich gegen die Auffassung Vernerstorfers ausspricht. Die Schweden werden sich auch weiter an den Friedenskonferenzen beteiligen.

Nach der Erledigung einiger Anfragen durch das Bureau wird die Konferenz aufgehoben.

Rechtlosigkeit österreichisch-ungarischer Landarbeiter in Preußen.

Fünfzehn Landarbeiter aus Oesterreich-Ungarn (aus dem Orte Klein-Verzewicze in Oberungarn nahe bei Galizien) kamen als Ausgewiesene gestern abend auf dem hiesigen Schlesischen Bahnhof ohne einen Pfennig Geld und ohne die geringsten Zehrungsmittel unter Führung eines sogenannten Vorarbeiters eines gewissen Philipp an. Des Abends gab es infolge des Auftretens des Philipp einen Krakeel, bei dem die Polizei einschritt. Vergeblich suchten die Leute gestern bei dem Konsul ihres Landes um Rechtsbeistand nach. Er bedauerte, ohne Auftrag seiner Regierung nicht zu ihren Gunsten einschreiten zu können. Die Papiere, die Ausweispapiere und die Ausweisungsorders und Transportscheine für die Leute nach Myslowitz hatte der Transporteur Philipp in Händen.

Und weshalb sind die Leute — 8 Männer, 3 Burschen und 4 erwachsene Mädchen — ausgewiesen? Weil sie auf Einhaltung ihres Vertrages auf dem Gute Dalmin, das bekanntlich dem Landwirtschaftsminister a. D. v. Podbielski gehört, bestanden.

Die völlig des Lesens und Schreibens unkundigen Leute hatten in ihrer Heimat einen in deutscher Sprache abgefaßten Seelenverkaufsvertrag, der nach Maßgabe des seitens der Feldarbeiterzentrale gebräuchlichen Formulars abgefaßt war, abgeschlossen. Philipp, ein Vorarbeiter für das Gut Dalmin holte sie dann aus Myslowitz im Februar nach Dalmin. Den ganzen Frühling und Sommer hindurch rackerten sie sich für die Wirtschaft des Herrn v. Podbielski ab. Wöchentlich wurde ihnen vom Lohn je 3 M. abgezogen, bis eine Kaution von 40 M. pro Kopf in den Händen der Gutsverwaltung war. Solche „Kaution", richtiger Einhaltung von Lohn, ist, wie wir wiederholt dargelegt haben, mit der Vorschrift des § 394 B. G.-B. unvereinbar und wirkt in der Regel als Prämie für einen Vertragsbruch des Arbeitgebers. Nach dem Vertrag darf der Arbeitgeber aus allen möglichen Gründen — wir haben seinerzeit ein Vertragsformular veröffentlicht — den Vertrag aufheben. Falls der Arbeiter aber den Vertrag unberechtigt aufhebt, verfällt die Kaution — im vorliegenden Fall also 600 M. — dem Arbeitgeber.

Am Mittwoch nun kam es zwischen den Arbeitern und der Gutsverwaltung zum Streit. Die Arbeiter hatten ihrer Ansicht nach für die Kiepe Kartoffeln (etwa 70 bis 80 Pfund) 11 Pfennig, einen wahrlich erbärmlich niedrigen Lohn, zu beanspruchen. Der Inspektor Schneeberg wollte aber nur 6 — schreibe sechs — Pfennige zubilligen. Die Arbeiter erklärten sich in ihrer Friedensliebe bereit, nur 8 Pfennige pro Kiepe zu nehmen oder in Tagelohn zu arbeiten. Der Inspektor ging aber hierauf nicht ein, verlangte, sie sollten für 6 Pfennige die Kiepe voll buddeln. Als das die Arbeiter — mit vollem Recht scheint uns, selbst wenn ein so enorm niedriger Preis etwa vereinbart gewesen sein sollte, denn eine solche Vereinbarung über Hungerlöhne ist nach § 138 B. G.-B. ungültig — ablehnten, ließ der Inspektor einen Gendarm holen. Der teilte ihnen mit, sie würden ausgewiesen. Der Amtsvorsteher Butterhaus bestätigte die Ausweisung. Dann ging es mit Schub zunächst nach Berlin. Von

---

Kleines Feuilleton.

Die Heiducken einst und jetzt. Wie kürzlich erst Wadler in seinem Werke über die Kriminalität der Balkanländer nachgewiesen hat, steht die Kriminalität des Südostens Europas unter dem Zeichen der Brandstiftung und des Mordes, mit alleiniger Ausnahme von Bosnien und der Herzegowina. Denn hier haben die Oesterreicher nach der Okkupation energisch mit den Heiduckenbanden aufgeräumt.

Die Heiducken, jene gefürchteten und von dem Scheine der Romantik umwobenen Räuberbanden des Balkans, waren früher und sind auch heutigen Tages vielfach noch nicht eigentliche Räuber, sondern Vereinigungen von Leuten, die durch die Mißwirtschaft in den orientalischen Staaten veranlaßt wurden, ein Leben in den Bergen dem dort durchaus nicht ruhigen Leben eines friedlichen Staatsbürgers vorzuziehen. Deshalb haben sie durchweg auch die Sympathie der Bevölkerung, ohne die ihre Existenz unmöglich wäre. Selbstverständlich vereinten sich mit ihnen im Laufe der Zeit auch schwere Verbrecher, welche vor dem Richter in den Bergen Schutz suchten. Im allgemeinen aber entbehrt das Heiduckenwesen durchaus nicht einer gewissen sittlichen Grundlage, worüber sich v. Schweiger-Lerchenfeld, Strauß und andere Ethnographen des Balkans einig sind. Die Heiducken treten vielfach als Rächer der Bedrückten auf. Haben sie von einem Fall gehört, wo ein reicher und mächtiger Moslim seine Macht dazu benutzt hat, um Erpressungen zu begehen und sich sonst unrechtmäßig zu bereichern, so trachten sie danach, ihm seine Beute wieder abzunehmen und ihn womöglich auch um einen Teil seiner sonstigen Habe zu bringen. Von der Beute erhalten in erster Linie die Geschädigten ihren Schaden ersetzt, erst das dann etwa noch Verbleibende teilen sie unter sich. Raub gegen harmlose Bürger gilt durchaus als verpönt. Zuzeiten freilich ist das Heiduckenwesen in ein wirkliches Räuberwesen ausgeartet, so besonders in Bosnien zur Zeit der Okkupation durch Oesterreich. Die hierdurch entstandenen Wirren benutzten zahlreiche unlautere Elemente, um im trüben zu fischen, so daß die Heiducken zu einer wahren Landplage wurden, unter der Mohammedaner und Christen in gleicher Weise zu leiden hatten. Die Oesterreicher haben freilich gar bald damit aufgeräumt. Früher aber waren die Heiduckenbanden keineswegs gewöhnliche Räuberbanden, nur wenn sie aus Klugheitsrücksichten ihren gewohnten heimatlichen Standort, wo sie immer auf die Unterstützung der Bevölkerung rechnen konnten, verlassen mußten, konnten sie sich oft nicht anders durchbringen als durch kleinere oder größere Räubereien. In Bosnien haben die Heiducken Ende der siebziger Jahre fast nichts mehr von der strammen Organisation, die dereinst dem Türken zum Schrecken, dem Christen zum Heile gereichte. Durch Krieg und Hungersnot waren die Heiducken so verwildert, daß sie schließlich nahmen, wo sie etwas bekommen konnten. Anstatt beim Herdfeuer mit Begeisterung den Guslarenliedern, in denen die Taten berühmter Heiducken verherrlicht wurden, zu lauschen, ergriff jetzt einen jeden panische Furcht, wenn nur der Name Heiduck genannt wurde. So hatte sich das Heiduckentum allmählich aus einer gegen die Ungerechtigkeit gerichteten Organisation in ein gefürchtetes Räubertum verwandelt.

Theater.

Hebbel-Theater: „Ninon de l'Enclos", ein Spiel aus dem Barock von Friedrich Freksa. Ninon de l'Enclos, eine der geistreichsten und umworbensten Frauen in dem Paris Ludwigs des XIV., die ihren Stolz in ungebundene Liebesfreiheit setzte und deren unzerstörbare Reize noch im Greisenalter die Herzen junger Kavaliere entzündete, hat durch die Liebesbriefe, die unter ihrem Namen veröffentlicht wurden, weithin reichende Berühmtheit erlangt. Kein Wunder, wenn diese merkwürdige Persönlichkeit, hineingestellt in ein Milieu, das allen ihren Neigungen und Gaben die ästhetisch günstigsten Entwickelungsmöglichkeiten bot, den Wunsch erweckte, das typisch wesentliche ihrer Art in einem Bilde poetisch festzuhalten.

Der erste Akt des Dramas, der in wirkungsvollem Kontraste Ninons flatternde Genußsucht und das einfache, tief verankerte Gefühl eines ihrer früheren Verehrer, dem sie ein Kind geboren, einander gegenüber stellt, regte Hoffnungen auf, die sich indessen leider nicht erfüllten. An Stelle eines bedeutsamen Geschehens, das sich mit innerer Notwendigkeit entwickelt, tritt eine zufällige und peinliche Anekdote, die der Autor der Ueberlieferung entnahm. Ein Sohn Ninons, so heißt es, habe sich glühend in die eigene Mutter verliebt und sich in der Verzweiflung seiner Leidenschaft getötet. Das widerlich Unnatürliche eines solchen Vorganges ist derart abstoßend, daß es fraglich scheint, ob selbst die kunstvollste psychologische Gestaltung das Interesse würde fesseln können. Aber Herr Freksa nimmt auch nicht einmal einen psychologischen Ansatz. Was Ninon in dem Grunde ihrer Seele für den Jüngling fühlt, wie sich sexuelles und natürliches Empfinden bei ihr verschlingen, wie ihr ästhetisches Empfinden darauf reagiert, — von alledem weiß uns der Dichter nichts zu sagen. Die Zuschauer werden damit abgefunden, daß sie die Dame mit dem Sohn, der sie nicht kennt, in unverantwortlicher Weise kokettieren und dann vor seinem unverzeihlichen Geständnis wie vor etwas Unerwartetem erschrecken sehen. Vollends gleichgültig bleibt bei allem Aufwande von Liebesraserei der junge Mensch. Die ganze Affäre scheint überhaupt nur zu dem Zwecke ausgewählt, um in Ermangelung einer anderen Erfindung auf billige Weise zu einem Schein von Handlung und Bewegung zu gelangen. Daß trotz alledem Talent vorhanden, dem später vielleicht auch einmal ein ganzer Wurf beschieden sein mag, zeigte der Auftakt. Jene Szene zwischen Ninon und dem Vater Rolands hat echt dramatische Gedrungenheit und entrollt in raschem Fortschritte das Wesen beider Charaktere. Baron de Chérys, der seinen zwanzigjährigen Sprossen zum ersten Male nach Paris führt, erscheint vor der Geliebten, die sich all seinen Beschwörungen zum Trotz nach der Geburt des Knaben von ihm trennte, und verlangt von ihr das Versprechen, daß sie dem Sohne sich auch jetzt nicht als Mutter zu erkennen gebe. Chérys hatte damals seinen Bund zu einer Ehe machen wollen; nur in der Dauer, in der Betätigung der Pflichten, die die Dauer auferlegt, kann sich nach seiner Ueberzeugung das Liebesglück, dem Ninon im ewigen Wechsel nachjagt, entfalten. Roland soll nie erfahren, welch' eine Treulose ihm das Leben gab.

Auch in der Zeichnung des gesellschaftlichen Milieus war in dem ersten Teil des Stückes viel Gelungenes. Mit dem dritten Akt, in dem der Jüngling der unbekannten Mutter seine Liebesschwüre vorträgt, beginnt der Absturz, aus dem es kein Erheben mehr gibt. Die geschraubten Phrasen des Schlusses — Ninon philosophiert in Rolands Todesstunde darüber, daß ihr nie der Mann, durch den sie hätte Mutter werden wollen, begegnet sei — bringen nur die Verlegenheit, in der der Autor hier nachträglich nach einem Sinn der ganz belanglosen Geschichte sucht, zum Ausdruck.

Man hatte für eine glänzende Ausstattung gesorgt. Sehr fein und anziehend spielte Helene Fehdmer die Titelheldin; Katzler gab dem Baron de Chérys eine äußerst eindrucksvolle männliche Charaktermaske, Nissen glänzte in der Rolle eines alten amüsant-frivolen Abbé. In den Nebenfiguren fiel neben Tüchtigem manches Unzulängliche auf. Der junge Autor wurde mehrmals dem lebhaft applaudierenden Publikum präsentiert. dt.

Notizen.

— Theaterchronik. Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhause geht Sonnabend nachmittag 4 Uhr als Kindervorstellung das Zaubermärchen „Dornröschen" mit vollständig neuen Dekorationen und Kostümen in Szene.

— Neue Opern. In Kristiania wurde des verstorbenen Komponisten Grieg Opernfragment „Olav Trygvason", zu dem Björnson vor langen Jahren den Text geschrieben hat, zum ersten Male aufgeführt. In der nie vollendeten Oper wird der Kampf des Germanentums mit dem Christentum behandelt. Die Kritik zählt Griegs Musik, besonders zu den Opferszenen, zum besten, was er geschaffen. — Eine im Lappenleben spielende Oper „Lajla" von Ole Olsen, die gleichfalls zum ersten Male gegeben wurde, scheint musikalisch weniger bedeutsam.

— Vorträge. Ueber Walter Leistikow, sein Werk und seine Persönlichkeit spricht Fritz Stahl im ersten Berliner Rathausabend des „Vereins zur Förderung der Kunst" am Sonnabend, den 17. Oktober. — In der „Freien Hochschule Berlin" spricht Dr. Fr. Naumann am Montag, den 19. Oktober, über Kunst und Volk (in der Aula des Köllnischen Gymnasiums, Inselstraße).

hier aus sollte es gestern nach Myslowitz gehen, wie der Vorarbeiter Philipp meinte, der behauptete, er habe die Ausweisungspapiere in der Tasche und würde mit dem Polizeipräsidenten sprechen. Auf eine Frage, warum denn die Leute nichts zu essen bekämen, erklärte Herr Philipp: „Dafür habe er kein Geld!" Bis gestern Donnerstag abend kampierten die Arbeiter in dem Wartesaal 4. Klasse ohne Nahrung. Schrippen, die eine mitleidige Seele ihnen kaufte, verschlangen sie mit wahrem Heißhunger.

Nicht nur die Kaution in Höhe von 600 M., auch der letzte Wochenlohn (rund 200 M.) ist den Leuten vorenthalten.

Ein solches Verfahren ist unvereinbar mit den Gesetzen des Reiches, mit den Staatsverträgen, die das Reich auch zum Schutze ländlicher Arbeiter getroffen hat, und mit den Gesetzen des Anstandes und der Humanität. Wir dürfen wohl annehmen, daß dem Besitzer von Dalmin diese ungeheuerliche Mißhandlung der Rechte armer Landproletarier unbekannt ist. Gedenkt er Remedur zu schaffen und den Leuten außer den ihnen gebührenden 800 M. schleunigst ein Schmerzensgeld zu zahlen. Und gedenkt der Minister des Innern endlich gegen solche mit den Staatsverträgen unvereinbare Ausweisungen einzuschreiten?

Aus Industrie und Handel.

Die Lebensmittelpreise im Oktober.

Es zeigen sich auf dem Markte der Lebensmittel recht auffällige Veränderungen, die zusammengenommen von September auf Oktober dieses Jahres wieder eine leichte Verteuerung ergeben. Von September auf Oktober haben zunächst die Getreidepreise eine Erhöhung erfahren. Im vorigen Jahre war die scharfe Preissteigerung eine Folge der knappen Getreidewelternte, im laufenden Jahre ist ein solches preissteigerndes Motiv nicht vorhanden. Nach den Berliner Notierungen kostete gegen Mitte des Monats eine Tonne in Mark:

	September	Oktober
Weizen	199—201	202—205
Roggen	171—172	173—174
Hafer	160—182	165—184
Gerste	142—180	142—175

Die Viehpreise standen ja bisher zum Teil schon wieder über, zum Teil auch auf dem Niveau des Vorjahres. Der Oktober hat bis jetzt zum mindesten keine Aenderung des Preisverhältnisses zum Vorjahre gebracht. Der Preis für Kälber ist in letzter Zeit allgemein hinaufgegangen: in Berlin z. B. kosteten 50 Kilogramm Lebendgewicht Mitte September 21—62, Mitte Oktober aber 22 bis 65 M., im Vorjahr notierte Berlin 26—54. Gegenüber dem Vorjahr sind die Preise für die geringeren Qualitäten zurückgegangen. Umgekehrt vollzog sich die Preisbewegung für Rinder und Schweine: die Preise für beste Ware sind nicht so sehr gestiegen wie für die geringeren Qualitäten. Durchweg stehen aber die Preise über dem Niveau des Vorjahres. Die Fleischpreise haben von September auf Oktober an einzelnen Plätzen jedenfalls schon wieder eine Erhöhung aufzuweisen. Vor allem notiert Kalbfleisch höher. Bei Geflügel, Wild und Fischen sind die Preisveränderungen nicht so auffallend, um eine einheitliche Tendenz erkennen zu lassen. Recht gewichtig sind dagegen die da und dort gemeldeten Preisabschläge für Milch. Die Butterpreise ergeben nur geringe Aenderungen: die besten Sorten haben im Oktober im Preise angezogen, die anderen sind gegen September ziemlich gleichgeblieben. Eier haben sich etwas verteuert. Ganz eigenartig ist die Bewegung der Gemüsepreise. Es war zu erwarten, daß der Oktober noch eine Fortdauer der niedrigen Preise bringen würde. Aber diese Erwartung ist durchaus nicht überall in Erfüllung gegangen. Für die Bevölkerung in Mittel- und Kleinstädten ist sie eingetroffen, nicht aber für die gesamte großstädtische Bevölkerung. Die Versorgung der Großstädte mit frischem Gemüse bedingt eine so besondere Organisation, daß die Bewegung der Preise oft ungewöhnliche Schwankungen zeigt. Auf dem Berliner Markt ist die Steigerung der Gemüsepreise von September auf Oktober ziemlich scharf. Vornehmlich weisen die Kohlarten steigende Preise auf. Kohlrabi zum Beispiel ist von 0,30—0,80 auf 0,60—0,80 M. hinaufgegangen. Wirsingkohl notiert 4—10 gegen 3—6 M., Weißkohl 4—10 gegen 3—5 M. Dabei ist zu beachten, daß im Verkehr zwischen Detailhändler und Konsument die genannten Steigerungen noch verschärft werden.

Harpener Bergbau.

Der Geschäftsbericht der Gesellschaft enthält folgende Angaben:

		1906/07	1907/08
Kohlenförderung . .	Tonnen	6 959 512	7 405 532
Kokserzeugung . . .	„	1 652 543	1 708 717
Brikettproduktion . .	„	183 596	194 208
Gesamtzahl der Arbeiter . .		25 657	28 542
Gesamtlohnsumme . .	Mark	43 835 956	50 691 943
Gesamteinnahmen . . .	„	74 903 576	85 321 324
Ueberschuß	„	21 807 003	24 683 005
Reingewinn	„	9 449 550	8 685 607
Dividende	Prozent	13	11

Infolge erhöhter Abschreibungen ist der Reingewinn niedriger als im Vorjahre. Man spart für später! Wie sich infolge der Preistreiberei die Einnahmen verbessert haben, ergeben diese Angaben: der durchschnittliche Erlös pro Tonne stieg gegen das Vorjahr bei Kohlen von 10,59 M. auf **11,30** M., bei Koks von 15,46 M. auf **16,85** M. und bei Briketts von 12,51 M. auf **13,58** M. Und da behaupten die Unternehmer, Lohnsteigerungen hätten die Preisaufschläge absorbiert.

Gerichts-Zeitung.

Ein eigenartiges Sittenbild

rollte eine Verhandlung auf, welche gestern die erste Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Wegen schwerer Kuppelei war die 56jährige Frau Berta Ackermann angeklagt. Die Angeschuldigte lebt in sehr bescheidenen Verhältnissen, während ihre aus erster Ehe stammende 23jährige Tochter durch ihre Beziehungen zu einem sehr wohlhabenden Herrn aus dem Kaufmannsstande in die Lage versetzt ist, ein sehr üppiges Leben führen zu können. Da die Angeklagte, wie sie vor Gericht behauptete, immer noch der Ansicht war, daß jener Herr ihre Tochter später heiraten würde, hatte sie mit ihren beschränkten Anschauungen nichts dagegen, daß sich das Pärchen wiederholt in ihrer Wohnung ein Rendezvous gab. Diese zarten Beziehungen, die sich unter den Augen der Mutter abspielten, währten längere Zeit. Eines Tages entstanden zwischen Mutter und Tochter Differenzen, die zu einem völligen Zerwürfnis führten. In der Wut lief die Tochter zu der Polizei und erstattete gegen die eigene Mutter Anzeige wegen schwerer Kuppelei, so daß sich die bisher völlig unbestrafte Frau nunmehr vor dem Strafrichter zu verantworten hatte. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Das Gericht hielt die Angeklagte auf Grund der Bekundungen der Tochter und deren „Bräutigam" für überführt und erkannte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf **3 Monate Gefängnis.** Auf dem Korridor vor dem Sitzungssaale spielte sich bald nach der Urteilsfällung eine turbulente Szene ab. Die sehr aufgeregte Mutter stürzte plötzlich auf die Tochter zu und applizierte ihr einige Ohrfeigen. Bei dieser Gelegenheit machte der Bräutigam des Mädchens zugleich die unangenehme Entdeckung, daß der größte Teil des schönen brünetten Haarschmucks seiner Angebeteten „zum Abnehmen" eingerichtet war. Einige mitleidige Frauen sammelten die verlorenen weiblichen Reize der jungen Dame ein und stellten sie der wohl mehr über diesen eigenartigen Erfolg der Ohrfeigen heftig Weinenden wieder zu.

Betrügereien in der Spandauer Gewehrfabrik.

Wegen recht umfangreicher Betrügereien zuungunsten des Militärfiskus hatte sich der hochpatriotische Betriebsschreiber Heinrich Podrahki gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts III zu verantworten. Der Angeklagte war früher Hafarbeiter in der Gewehrfabrik zu Spandau. Seit 1906 wurde er als Betriebsschreiber verwendet. In dieser Eigenschaft mußte er die Arbeitskarten in der Gewehrfabrik aufstellen, indem er die Namen der einzelnen Arbeiter, die Arbeitsausführung und die gezahlten Löhne verzeichnete. Auf Grund dieser Aufstellung hatte er die Lohnbeträge auf der Karte zusammenzustellen und den Betrag auf die Karten zu schreiben. In Gemäßheit dieser Karten werden dann von der Verwaltung die Lohnlisten aufgestellt. Außerdem hatte der Angeklagte die Aufstellung der Lohnabschlagszahlungslisten aufzustellen. Die Lohnabrechnung geschieht monatlich, es werden den Arbeitern wöchentlich Vorschüsse gegeben in Höhe des verdienten Arbeitslohnes. Auf Grund der Lohnabschlagszahlungslisten werden die Lohnzettel von der Verwaltung aufgestellt und den Meistern zur Verteilung an die Arbeiter übergeben. Auf Grund der Lohnzettel werden die Löhne ausgezahlt. Der Angeklagte hat sich gleich nach Beginn seiner Tätigkeit als Betriebsschreiber nach dem Vorbilde, und verführt durch die Ueberredungskünste seines Vorgängers, des Betriebsschreibers Müller, eine ganze Reihe grober Fälschungen dieser Lohnlisten zuschulden kommen lassen. Dies geschah in folgender Weise: Er trug in die Arbeitskarten **Namen von Arbeitern ein, die nicht in dem betreffenden Gewerk gearbeitet hatten,** ebenso **Arbeiten,** die gar **nicht geleistet** waren, ein. Dies hatte den Erfolg, daß in den **Lohnlisten höhere Beträge,** als bereits verdient waren, erschienen, in weiterer Folge auch auf den Abschlagszahlungslisten und schließlich auf den Lohnzetteln. Letztere ließ sich dann der Angeklagte geben und hob die zuviel berechneten Beträge selbst oder durch Arbeiter an der Kasse ab. Der Angeklagte ist, wie gesagt, zu diesen Manipulationen durch seinen Vorgänger Müller verleitet worden, der auf diese Weise selbst sehr hohe Beträge veruntreut hat. Dieser hat den Angeklagten nicht mehr aus den Fingern gelassen, obwohl letzterer wiederholt Anstrengungen machte, von diesem Manne, der sein böser Geist geworden war, loszukommen. Er hat auch den Löwenanteil an den Beträgen gehabt, die der Angeklagte sich erschwindelt hat. Es handelt sich um **mehrere tausend Mark,** um die der Militärfiskus geschädigt worden ist. Als infolge der Anzeige eines Arbeiters die Untersuchung eingeleitet wurde, hat sich **Müller** durch **Selbstmord** der irdischen Gerechtigkeit entzogen. Den völlig geständigen Angeklagten **verurteilte das Gericht zu 1 Jahr Gefängnis** unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft.

Wegen fahrlässiger Tötung

war gestern der Müllkutscher Julius Zinke angeklagt. Am 28. März d. J. ging das kleine 2½jährige Söhnchen des Postbeamten Bohse durch die Ringbahnstraße in Wilmersdorf. Begleitet wurde der Kleine von einem älteren Jungen, der für seine Mutter Einkäufe erledigen sollte. Als die beiden Knaben an der Ecke der Wormser Straße anlangten und sie gerade im Begriff waren, den Straßendamm zu überschreiten, kam plötzlich von rechts her ein Mörtelwagen gefahren, dessen Kutscher nach der alten und schon viel gerügten Unsitte anstatt den großen Bogen um die Ecke, den sogenannten kleinen Bogen um die Ecke fuhr. Der Begleiter des kleinen Jungen bemerkte noch im letzten Augenblick die drohende Gefahr und sprang eiligst zurück. Der kleine Bohse wurde von dem Pferde des Mörtelwagens erfaßt und zu Boden gerissen. Das Hinterrad des viele Zentner schweren Wagens ging dem unglücklichen Kinde quer über den Arm, so daß das Fleisch bis zum Ellbogen der Länge nach aufgerissen wurde. Diese Verletzung hatte allerlei Komplikationen, die schließlich den Tod des Kindes herbeiführten. Gegen den unvorsichtigen Lenker des Wagens, dem jetzigen Angeklagten, wurde Anklage wegen fahrlässiger Tötung erhoben. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten. Das Gericht erkannte auf einen **Monat Gefängnis.**

Aus der Frauenbewegung.

Kinderausnutzung.

Daß die kapitalistische Profitgier sich durch die Spinnfäden des Kinderschutzgesetzes nicht gebunden fühlt, lehrt der Bericht der Gewerbeaufsichtsbeamtin für den Gewerbeaufsichtsbezirk Chemnitz.

Sie schreibt u. a.:

„Bezüglich der Beschäftigung fremder Kinder war vielfach zu beobachten, daß die Arbeitgeber die Kinderarbeit in der eigenen Werkstätte tunlichst einschränken und in Hausarbeit umwandeln, die an Kinder ausgegeben wird, eine Erscheinung, die durchaus nicht zu begrüßen ist. Denn wenn die Kinder in der Wohnung ihrer Eltern arbeiten, so dürfen sie nicht nur bedeutend länger beschäftigt werden, als beim Arbeitgeber, sondern es findet dadurch eine nicht erwünschte Vermehrung der Kinderarbeit statt, daß in der Regel die jüngeren Geschwister zur Beihilfe herangezogen werden."

Was die sozialdemokratischen Abgeordneten bei Beratung des Kinderschutzgesetzes voraussagten, hat sich leider in den schlimmsten Auswüchsen bewahrheitet. Was wurde damals geantwortet? Der Gesetzgeber müsse vor der Heiligkeit der Familie Halt machen, die Grundlagen der elterlichen Autorität dürfen nicht erschüttert werden.

Man kennt die Phrasen zur Genüge, die immer dann ins Feld geführt werden, wenn der Unternehmerprofit in Gefahr ist.

Gegen die Gesindeordnung.

Vom Schöffengericht Wilhelmshaven wurde kürzlich ein Dienstmädchen, das seinen Dienst vor Ablauf des Vertrages verlassen hatte, weil es heiraten wollte, zu 15 M. Geldstrafe verurteilt. Das Landgericht Aurich bestätigte das erstinstanzliche Urteil. Der Frauenbund Rüstringen-Wilhelmshaven hat jetzt, um die Ausschaltung der Gesindeordnung zu erreichen, Dienstverträge formuliert, die unentgeltlich abgegeben werden. Dieser zwischen dem Dienstgeber und dem Hausangestellten abzuschließende Vertrag sieht eine bestimmte monatliche Vergütung vor, ebenso eine vierwöchentliche Kündigungsfrist. Weiter dürfen nach dem Vertrag Geschenke, die bei besonderen Anlässen gegeben worden sind, weder auf den Barlohn angerechnet, noch zurückgefordert werden. Für das Dienstverhältnis sind nur die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs (§§ 611 bis 630) maßgebend und gelten die Vorschriften der Gesindeordnung für das Vertragsverhältnis nicht.

Die englischen Frauenrechtlerinnen. Durch List gelang es der früheren Sekretärin von Keir Hardie, am Dienstag in den Sitzungssaal des Parlaments einzudringen. Sie unterbrach die Verhandlungen und trat vor die Abgeordneten mit dem Rufe: „Das Stimmrecht den Frauen!" Ein Parlamentarier sprang auf, packte die Rednerin, trug sie hinaus und übergab sie der Polizei, die vor den Toren des Parlamentsgebäudes den Frauen den Eintritt verwehrte. Die Frauen jubelten, als sie hörten, daß zum ersten Male eine Frau im englischen Parlament gesprochen hat, entgegen dem Willen der Majorität.

Ein Schwangeren- und Mütterheim, das alle Hilfesuchenden aufnimmt, ohne Unterschied, wird in einigen Tagen vom Bund für Mutterschutz im Gartenhaus Trautenaustr. 20 eröffnet werden. Es soll eine Durchgangsstation sein für obdachlose Schwangere und für Mütter mit ihren Säuglingen, die die Leiterin der praktischen Arbeit des Bundes für Mutterschutz nicht sofort in einem anderen Heim unterbringen kann. Sehr häufig kommen die hilfesuchenden Frauen zu spät am Abend zum Bureau des Bundes. Die Asyle schließen durchschnittlich um 7 Uhr und noch häufiger sind alle Zufluchtsstätten für Schwangere und Mütter, die Berlin besitzt (nur sehr wenige kommen in Betracht), bis auf den letzten Platz besetzt. Die meisten Heime nehmen zudem nur erstgebärende Frauen oder stillende Mütter auf. Die Hilfesuchenden mehrten sich so sehr, daß sich der Bund für Mutterschutz entschloß, ein eigenes kleines Heim für Schwangere und Mütter einzurichten, wo diese Frauen bleiben können, bis sich eine andere dauernde Unterkunft für sie gefunden hat. Alle die helfen wollen, verlassenen Frauen ein Heim zu bereiten, werden gebeten, Gaben für das Schwangeren- und Mütterheim an das Bureau des Bundes für Mutterschutz, Trautenaustraße 20, zu schicken. Frauen- und Säuglingswäsche, Leinen und Bettzeug, Haushaltungsgegenstände jeder Art, alles ist willkommen. Geldspenden nimmt die Deutsche Bank, Depositenkasse Q, entgegen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 19. Oktober, in Lammers' Festsälen (Neues Klubhaus), Kommandantenstr. 72: Vortrag. Herr Friedr. Stampfer: „Die Weltanschauung Tolstois". Gäste willkommen.

Montag, den 2. November, 9 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses: Kunstabend für die Mitglieder. Herr Dr. Leopold Hirschberg wird sprechen über: „Die Ballade"; dazu Klavierbegleitung und Gesang. Zu dieser künstlerischen Veranstaltung sind besonders Jugendliche und deren Eltern freundlichst eingeladen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Briefstade und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

E. F., Reichenberger Straße. Wenden Sie sich an einen Arzt. — **P. B. 14/15.** Der Bericht ist in Nr. 128 und 129 enthalten. — **E. J. 32.** Nach der herrschenden Ansicht leider ja. — **G. B., Pappelallee.** Nein: Die Frau haftet überhaupt in der Regel nicht für die Schulden des Mannes. **A. D. 25.** Sie könnten abermals die Aufnahme beantragen. Freilich ist es fraglich, ob dem Antrage diesmal stattgegeben wird, da der Vater die frühere Genehmigung ausgeschlagen hatte. — **Schöneberg, Siegfried 18.** Die Kinder können schon jetzt auf Herausgabe des Nachlasses und auf Teilung klagen. — **22. Eichendorffstraße.** Sie können die Klage schriftlich einreichen. — **W. D. 99.** Sie können die Aussage ablehnen. Das Gericht kann hieraus auch einen für die Frau günstigen Rückschluß ziehen. — **Steglitz 11.** Unter Darlegung der Verhältnisse können Sie Herabsetzung beantragen. — **Schriftsetzer 50.** Wenden Sie sich direkt an den Verein der Buchdrucker und Schriftgießer, Gewerkschaftshaus, Engelufer 15. — **W. H. 58.** Ja. — **Z. 43.** 1. Ja. Sie können auch die Kinder sofort zu sich nehmen. 2. Eventuell können Sie die Hilfe der Polizei in Anspruch nehmen oder beim Gericht auf Herausgabe der Kinder klagen. — **N. W., Rixdorf 72.** Die Kosten der Klage haben nicht eventuell Sie zu tragen, sie fallen vielmehr dem Sohn zur Last. Das von Ihnen angeführte Zeugnis wäre von Erheblichkeit. — **W. H. 1000.** 1. Die dortige Fortbildungsschule. 2. Wenden Sie sich unter Darlegung Ihres Berufes und der Verhältnisse am besten mündlich an Genossen Simanowski, Engelufer 15. — **A. B.** Auch Sie selbst haben die Pflicht, sich abzumelden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 16. Oktober.

Anfang 7½ Uhr.

Königl. Opernhaus. Der Freischütz.
Königl. Schauspielhaus. Julius Cäsar.
Deutsches. Medea.
Kammerspiele. Claudigo. (Anfang 8 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. Faust. I. Teil.
Komische Oper. Manon Lescaut.
Anfang 8 Uhr.
Neues königl. Opern-Theater. Paragraphenschuster.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Wilhelm Tell.
Lessing. Der Biberpelz.
Berliner. Der Traum ein Leben.
Neues. Malia.
Kleines. 2 × 2 = 5.
Residenz. Geschlossen.
Hebbel. Der Liebhaber.
Westen. Ein Walzertraum.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Ein Teufelskerl.
Schiller Charlottenburg. Das Opferlamm.
Thalia. Das Mitternachtsmädchen.
Lustspielhaus. Die Tür ins Freie.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Trianon. Die Liebe wacht.
Bernhard Rose. Der Theaterteufel.
Luisen. Helga.
Bürgerl. Schauspielhaus. Der Militärstaat.
Apollo. Ein Sonntagmorgen in Rußland. Vera Violetta. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter — tadellos.
Gebrüder Herrnfeld. Die beiden Bindelbands.
Passage. Spezialitäten.
Kasino. Familie August Knoche. Spezialitäten.
Gustav Behrens. Feine Sache! Ausgezeichnet! Spezialitäten.
Folies-Caprice. Die Brautschau. Die lästige Witwe.
Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Der Montblanc. Hörsaal 8 Uhr: Direktor Dr. P. Schwahn: Die Sonne und die Planeten.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Theater des Westens. Allabendlich 8 Uhr: **Ein Walzertraum.** Sonntag nachm. 3¼ Uhr zu halben Preisen: **Die lustige Witwe.**

8 Uhr **Neues Theater** 8 Uhr
Gastspiel d. sizilianischen Tragödin
Mimi Aguglia.
Malia (Die Behexte).
Sonnabend und Sonntag: Malia (Die Behexte).
Montag: La Peccatrice (Die Sünderin).
Dienstag: Cavalleria rusticana (Bauernehre) und J. Carbunara.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Sonnabend: 2 mal 2 = 5.
Sonntag: 2 mal 2 = 5.
Montag: 2 mal 2 = 5.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.
Morgen: Erotik. Erinnerungsfest.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Freitag, den 16. Oktober, Anf. 8 Uhr:
Wilhelm Tell.
Sonnabend 4 Uhr: Dornröschen. (Kindervorstellung.)

Neues Operetten-Theater, Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Hebbel-Theater
Königgrätzer Str. 57/58. Anf. 8 Uhr:
Der Liebhaber.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Der Montblanc.
Invalidenstr. 57/62.
Direktor Dr. P. Schwahn: Die Sonne und die Planeten.

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Kabale und Liebe.
Wochentagspreise.
Sonnabend: Das Käthchen von Heilbronn. Nachm. 4 Uhr: Rotkäppchen.
Sonntag: Herr Paragraph.

XIV. Saison!

Zirkus Busch.

Freitag, den 16. Oktober 1908, abends präzise 7½ Uhr:

Gr. Gala-Vorstellung. Debut! Debut! Debut!

Die Uessems!

Nur noch kurze Zeit. Um 9 U. ca.:

Mr. Houdini

Herrn Ernst Schumanns Neudress. Um ca. 10 Uhr:

Barbarossa!!

Gr. Original-Ausstattungs-Pant. des Zirkus Busch in 6 Bildern.

Sonntag: **Zwei Gala-Vorst.**

Residenz-Theater.

— Direktion: **Richard Alexander.** —

Wegen Generalprobe geschlossen.

Sonnabend, 17. Okt. zum erstenmal:

„Kümmere Dich um Aurelie."

Schwank in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau.

Morgen u. folg. Tage: **Kümmere Dich um Aurelie.**

Sonntag 3 Uhr: **Haben Sie nichts zu verzollen?**

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:

Helga.

Sonnabend nachm. 4 Uhr: Max und Moritz. Abends: Freiheit.

Sonntag nachm. 3 Uhr: Flachsmann als Erzieher. Ab.: Freiheit.

Montag: Freiheit.

Metropol-Theater

Täglich 8 Uhr:

Donnerwetter—tadellos!

Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.

Gastspiel-Theater

früher Wolzogen

Köpenicker Straße 68.

Die Sizilianer Grasso.

Freitag, den 16. Oktober, 8 Uhr:

„Feudalismo" (Tiefland).

Volkstümliche Preise:

Orchestersauteuil M. 2.—, Parkettsauteuil 1.60, 1.30, 0.80, II. Rang 80, 60 Pf., Stehplatz 30 Pf.

Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20. Rosenth. Tor.

Abends 8 Uhr:

Das neue gr. Oktober-Progr.

Im Tunnel: **Regimentskapelle** 2c.

Theaterbesucher hab. freien Eintritt.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.

Auf vielfachen Wunsch:

In der Irre.

Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Sonnabend, 17. Oktober Premiere: **Der verlorene Sohn.**

Folies-Caprice

Durchschlagender Erfolg!

Die lästige Witwe.

Die Brautschau. — Bunter Teil.

Vorverkauf von 11—2 Uhr a. d. Theaterkasse. Anf. 8 Uhr.

Bürgerliches Schauspielhaus

Kastanien-Allee 7—9.

Zum 1. Male:

Der Militärstaat.

Lustspiel in 4 Akten von Moser.

Anfang 8 Uhr.

Sonntag nachm.: **Der Hüttenbesitzer.** Abends neu einstudiert: **Die Räuber.**

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bhf. Börse.

Größtes Spezialitäten-Theater Berlins

3000 Personen fassend! 3000!

Direktion: P. Milan u. E. Ritter.

Antonie Gates.

Ycotha & Kapt. Grade

Ling Ling Comp.

und **12 Attraktionen.**

Angenehmster und amüsanter Aufenthalt für Familienpublikum.

Entree 2, 1,50, 1 M., 75, 50 Pf.

Vorzugskarten, halbe Preise, überall gratis.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72.

Täglich: Gr. Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Um 8 Uhr: Novität: **Mausi sei süß, Schwank v. Otto Richter.** Franz Sobanski, Cilly Jiling, Nanto Pohlmann, Eva Wagner, Anita und Stefan Komaromy, Operndueltisten, D'Alettas, Jongleur-Akt. Um 10 Uhr: **Liebesleid und Freud,** Volksstück mit Gesang in 2 Bildern.

Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater.)

Freitag, abends 8 Uhr: **Ein Teufelskerl.** Historische Komödie in 3 Akten von Bernard Shaw.

Sonnabend, abends 8 Uhr: **Der Familientag.**

Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Der rote Leutnant.**

Sonntag, abends 8 Uhr: **Der Familientag.**

Schiller-Theater Charlottenburg.

Freitag, abends 8 Uhr: **Das Opferlamm.** Schwank in 3 Aufzügen von Oskar Walther und Leo Stein.

Sonnabend, abends 8 Uhr: **Julius Cäsar.**

Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Götz von Berlichingen.**

Sonntag, abends 8 Uhr: **Julius Cäsar.**

Zirkus Schumann.

Heute Freitag, den 16. Oktober, abends präz. 7½ Uhr: Vorwiegend humoristisches Programm.

Hodgini, der beste Jongleur und Equilibrist der Jetztzeit zu Pferde.

36 Sie Hassan Ben Alis Original-Marokkaner. **36**

9 fliegende Menschen 9 Roeders-Reinerts Luft-Voltigeure! **Rowlands-Truppe,** 8 Personen. Dir. **Albert Schumann** mit seinen **16 Rekruten. Das boxende Känguruh.**

Sonntag: **2 Gala-Vorstellungen.** Nachm. **ein Kind frei.**

Brauerei-Ausstellung

der Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei in Berlin

10. bis 18. Oktober

Institut für Gärungsgewerbe N., Seestr.

Brauerei-Maschinen-Ausstellung

Internationale Gersten- u. Hopfen-Ausstellung

Wissenschaftliche Ausstellung

Geöffnet 9-5 Uhr — Eintritt 3 Mark

Strassenbahnlinien: № 22.24.25.26.28.29.31.39.42.68.

Grand-Hotel-Festsäle

Am Alexanderplatz. — 8. Jahrlich.

Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:

Wilh. Wolffs Hamburger Sänger.

Anfang Sonntags 7 Uhr, wochentags 8 Uhr. Eintritt 30 Pfennig.

Vorzugskarten haben wochentags Gültigkeit. 2161b*

Berliner Eis-Palast

Lutherstraße 22/24. — **Ständige Eisbahn.**

Täglich bis 1. Mai 1909 von morgens 10 Uhr bis nachts 12 Uhr geöffnet. — Täglich: **Großes Konzert.** Abends 9 und 10 Uhr: **Auftreten erster Kunstläufer und läuferinnen,** u. a. 9½: Nadja Franck.

Winter-Garten

Neues Programm

Anne Dancrey

Schwestern Merkel, Kontorsionist. **Tortola Valencia,** spanische Tänzerin. **De Onzo Brothers,** Flaschenspringer. **Die zwölf Tiller Girls,** engl. Gesangs- und Tanzgruppe. **Phillipart,** Diabolospieler. **Die drei Merrills,** komische Radfahrer. **Agoust Familie,** Jongleure. **Cliffo Borzac,** komischer Dressurakt. **Emma Francis,** Exzentrik-Tänzerin mit ihren zwei Arabern. **Fuller's Serpentintänzerin.**

Biograph.

Apollo Theater

Ab 8 Uhr: **Das große Programm.** Unter anderem:

Ein Sonntag-Morgen in Rußland. Russisches Ballett.

Solotänzer! Solotänzerinnen!

In Vorbereitung: **Eine lustige Spreewaldfahrt.**

Brunnen-Theater

Badstraße 58. Direktion: Willy Voigt.

Freitag, den 16. Oktober 1908:

Der Widerspänstigen Zähmung.

Lustspiel in 5 Akten nach W. Shakespeare von Johann Ludwig Deinhardstein.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:

Lene Land

Paul Schneider-Duncker

und das großartige Oktober-Programm

14 neue Variété-Spezialitäten.

Parodie-Theater

Dresdener Straße 97.

Heute:

Cavalleria-Rusticana und die urkomische Burleske **„Berlin steht Kopp".**

Anfang Somt. 8, wochent. 8½ Uhr.

Passage-Panoptikum.

Der Mann mit dem eisernen Schlund!

Lahovary,

der Fürst der Fesselsprenger.

Ohne Extra-Entree.

Eintritt 50 Pf. Kinder, Soldaten 25 Pf.

Reichshallen-Theater

Täglich: Stettiner Sänger

Meysel, Britton, Seidel, Horst, Schröter, Ebersberger, Bühligen, Otto Schrader u. R. Schrader. Anf. wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Reichshallen-Garten und Restaurant: Militär-Konzert.

Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 48.

Größter und vornehmster Theatersaal Moabits.

Sonntag, den 18. Oktober 1908:

Lorbeerbaum und Bettelstab.

Volksstück in 5 Akten.

Anf. d. Vorst. 7, Kassenöffnung 6 Uhr. Konzert 6½ Uhr.

Vorverkauf v. 10—1 Uhr i. Theater-Restaurant.

Nach der Vorstellung: **Ball.**

Montag, 19. Oktober: Soiree der Lustigen Sänger.

Sanssouci,

Kottbuser Straße 6.

Direktion Wilhelm Reimer.

Heute Freitag:

Gastspiel der Berliner Volks-Oper:

Die lustigen Weiber von Windsor.

Romant. Oper v. Nicolai. Anfang 8¼ Uhr.

Jed. Sonntag, Montag u. Donnerstag:

Hoffmanns Nordd. Sänger

SANSSOUCI

Dr. med. Karl Reinhardts spezialärztliches Institute für Haut-, Harnleiden, Potsdamer Str. 117 (½12—2 und ½8—9 abends) Neanderstr. 12 (nahe Jannowitzbrücke (½10—11 und ½5—½8 Uhr). Vollkommenstes kombiniertes Heilverfahren bei frischen und veralteten Fällen. Ausführl. Broschüre über den Wert sämtl. übl. Heilmethoden in verschlossen. Kuvert gratis u. postfrei.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.

Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.

57 Kommandantenstr. 57

Die beiden Bindelbands!!!

Komödie in 2 Akten von Anton und Donat Herrnfeld.

Vorher:

Künstlerteil. u. a.:

Madame D'Ormays Ballettsoubrette. Sextett. Reisers Original-Bauern-Ensemble. Saratoff, Russen-Trio. Lona Hansen, Vortrags-Meisterin.

Gustav **Behrens-Theater,** Goltzstr. 9.

Die kleinen Mädchen von Berlin.

Große Ausstattungsoperette.

Arletto und **Esra,** die stärkste Dame und ihr Partner.

Jean Nega, Charaktergemälde.

Klara Wegner, Soubrette.

Duskes Vitograph.

10 Spezialitäten 10.

Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr

14 Tage auf Probe

versende a. meine Gefahrlieferallhin **ff. Harzer Kanarien-Vögel** sowie **Vogelfutter u. Einsatz-Bauer.** Verlangen Sie Preisliste kostenfrei von

L. G. Müller, Vogelzüchterei, **Nordhausen 10 a. Hz.**

46 eigene Dampfer.

D.D.Ges. „Nordsee"

Von frischen Fängen empfehlen wir:

		p. Pfund
ff. Kabeljau	im Anschnitt	32 Pf.
„ Seelachs	im Anschnitt	30 „
„ Schellfisch	i. Anschnitt	40 „
„ do. Helg. mittl.		30 „
„ Bratschellfisch		20 „
„ Schollen	ca. ein- pfdg.	25 „
„ Bratflundern		20 „
„ Knurrhahn		20 „
„ Goldbarsch		25 „
„ gr. Rotzungen		40 „

Für die feine Tafel

Heilbutt, Steinbutt, Zander

Deutsche Dampffischerei-Gesellsch.

„Nordsee"

Hauptfiliale BERLIN C., Bahnhof Börse. — Tel. III, 8804.

Verkaufsstellen:

Prinzenstraße 94.
Schlesisch. Bahnhof. Bog. 8/9.
Invalidenstraße 131.
Große Frankfurter Str. 65.
Potsdamer Str. 112a.
Wilsnacker Str. 57.
Spandau, Breitestr. 54.

Eigene Eisenb.-Kühlwaggons.

Casino-Theater

Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.

Das Oktober-Programm.

Glänzender Erfolg! Jubelnder Beifall!

Familie August Knoche.

August Knoche: Dir. Hans Berg. Sonntag 4 Uhr: **Roezengasse 8a.**

Rixdorfer Theater

Bergstr. 147

Sonntag, den 18. Oktober 1908:

Die Räuber.

Trauerspiel in 5 Akten von Schiller.

Anfang 7½ Uhr.

HB

Spezial-Ausschank Berlin

Potsdamerstr. 127–128

Ecke Eichhornstraße, nahe Potsdamer Platz

KÖNIGL. HOFBRÄU

München—Vorzügl. Küche z. klein. Preis.—Diners 1 M.—Vereinszimm.

Sehenswürdigkeit ersten Ranges!

NEU!

Sonnabend, den 17. Oktober 1908, 3 Uhr nachmittags: **Eröffnung des** (2197b*

Vitascope-Theaters

Rixdorf, Rollkrug, Berliner Straße 1.

Vornehmstes Theater Deutschlands. 500 bequeme, eleg. Sitze, Logen u. Galerie.

Hochinteressante Vorführung.

Am Eröffnungstage erhält jeder Besucher ein Präsent im Werte von **Drei Mark.** **Bioscope-Theater-Gesellschaft** m. b. H.

Bolero

ist nach dem

Urteil aller Sachverständigen

die

feinste 2 Pf.-Zigarette.

Garantiert Handarbeit!

Gaskronen

Elektrische Kronen · Fabrikpreise

R. Zechlin

Berlin C. Alexanderstr. 99. (Alexanderplatz.)

Arbeiter-

Bekleidung — Berufskleidung.

Größtes Spezialgeschäft.

Kohnen & Jöring, Hauptgeschäft **Alexanderstr. 12.**

Filialen: **Landsberger Allee 148.**

Neu eröffnet! **Rixdorf:** **Bergstraße 66** am Ringbahnhof.

Begründet 1873 — **Hut-Salinger** — Begründet 1873

Engros Spezialhaus für Neuheiten Export

in **Filzhüten,** weich und steif, Zylinderhüten, Chap. claques usw.

Einzelverkauf zu sehr billigen u. streng festen Preisen.

Neue Königstr. 48, 1 Treppe, am Alexanderplatz.

Reparaturen werden sauber und billig ausgeführt.

Achtung! Zigarrenhändler! Achtung!

Die bestsortierte und billigste **Einkaufsquelle**

in **Zigaretten, Zigarren** und **Tabaken**

sämtlicher eingeführter Fabrikate ist

Max Ziegenhals, BERLIN NO. 18, Keibelstr. 20, ::: dicht am ::: Alexanderplatz.

Telefon: Amt VII, 4730.

Unserem Genossen
Albert Grundmann
nebst seiner **Frau**
senden wir heute zur Silberhochzeit die herzl. Glückwünsche.
Die Genossen des 194. Bezirks.

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis.
Stralauer Viertel.
Bezirk Nr. 333.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Zementarbeiter

August Garzinski

Müncheberger Straße 30 gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. Oktober, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Andreas-Kirchhof in Wilhelmsberg statt. 222/1

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zahlstelle Adlershof.

Am 14. Oktober verstarb unser Mitglied

Wilhelm Baschin jun.

im Alter von 20 Jahren an Lungenleiden. 139/16

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Friedhofshalle der hiesigen Gemeinde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Die Verbandsleitung.

Zentral-Verband der Steinsetzer (Pflasterer)
und Berufsgenossen Deutschlands.
Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Steinsetzer

Otto Janecke

am 13. Oktober gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 17. Oktober, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des neuen Pauls-Kirchhofes in Pätzensee aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
175/19 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf!

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Hobler

Hermann Fiedler

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
123/12 **Die Ortsverwaltung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Tischlers 4678

Paul Hellmund

sage ich allen meinen herzlichsten Dank.

Die trauernde Gattin.

Zentral-Verband d. Schiffszimmerer Deutschl.
Zahlstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Tischler

Otto Neubecker

plötzlich verstorben ist.

Die Beerdigung findet heute nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle in Gosen bei Erkner aus statt.

Der Vorstand.

Danksagung.

Für die zahlreiche Beteiligung und die herrlichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres Sohnes, Bruders und Schwagers 2210b

Hermann Fiedler

sagen wir allen, insbesondere seinen Kollegen vom Werk Wildau, dem Wahlverein und den Arbeiter-Radfahrervereinen von Wusterhausen und Wildau unseren herzlichsten Dank.

Im Namen der Angehörigen:
Otto Langer als Schwager.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Mittwochmittag meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter

Berta Berger
geb. **Zierott**

infolge Herzschlages plötzlich verstorben ist.

In tiefster Betrübnis
Otto Berger und **Töchter.**

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 17. d. M., nachmittags 4¼ Uhr, von der Leichenhalle des neuen Schöneberger Friedhofes, Blanke Hölle, aus statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes, Bruders und Schwagers **August Wagner** sagen wir allen unseren herzlichsten Dank. 2208b

Die trauernden Hinterbliebenen.

Charlottenburg.
Solide Uhren, moderne Ketten, **Reparaturen** an Uhren u. Goldwaren preiswert u. gut.
Friedrich Stahenow, Lützower Str. 16 (am Rathaus).

Öffentliche politische Versammlungen.

6. Wahlkreis

Sonntag, den 18. Oktober 1908:

Zwei Volksversammlungen

I.: Moabit

im großen Saal der Prachtsäle „Nord-West", Wiclefstr. 24.

Tages-Ordnung:

1. **Auf was wir stolz sind!** Referent: Landtagsabgeordn. **Adolf Hoffmann.** 2. Diskussion.

Nach der Versammlung:
Gemütliches Beisammensein mit Tanz. — Garderobe 10 Pf.

Der Einberufer: Max Vieth, Wiclefstr. 23.

II.: 6., 9. u. 10. Abteilung

bei Bernhard Raabe, Kolberger Straße 23.

Vortrag des Genossen **Max Grunwald** über: **Heinrich Heine.**

Nach der Versammlung:
Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein
230/3* **Der Einberufer:** E. Ernst, Wöhlertstr. 9.

Zentralverband der Lederarbeiter.

Filiale I Berlin.

Sonntag, 18. Oktober, vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn Schmidt, Prinzen-Allee Nr. 33:

Extra-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Wahlen. 2. Bericht des Kollegen Heidelberg über den bisherigen Verlauf der Tarifverhandlungen. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 144/15

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**

Wann haben Sie wieder Waschtag?

Probieren Sie dann ohne Kaufzwang meine Dampf-Schnell-Waschmaschine **„Meteor".** Prospekt No. 43 grat. u. franko. Tel. VI 7650.

Fritz Knoch, Berlin SW. 48, Puttkamerstraße 19.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

:: :: Sektion der Gips- und Zementbranche :: ::

Achtung! Rabitzputzer, Spanner, Träger, Zementierer, Achtung!
Einschaler und Hilfsarbeiter!

Laut Beschluß des Einigungsamtes des Berliner Gewerbegerichts in der Sitzung vom 12. Oktober und der Tarifkommissionen für das Gips- und Betonbaugewerbe ist der am 16. Oktober ablaufende alte Tarifvertrag bis zum **23. Oktober 1908** verlängert.

Die Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages für beide Gewerbe sind noch nicht beendigt, und haben die bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen bis zum 23. Oktober Geltung.

Vom **16. Oktober ab** beträgt für das gesamte Gewerbe die Arbeitszeit **8 Stunden.** Wir ersuchen die Kollegenschaft um strikte Einhaltung der verkürzten Arbeitszeit.

139/18 **Der Sektionsvorstand.** J. A.: **Otto Haese.**

Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 18. Oktober 1908, vormittags 10 Uhr,
Lange Straße 65:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 3. Quartal 1908. 2. Wie stellen sich die Mitglieder zum Extrabeitrag? 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. 37/6

NB. Arbeiter jeden Berufs, welche das 16. Jahr erreicht und das 50. Jahr nicht überschritten haben, werden, wenn sie als Mitglieder beitreten wollen, in der Versammlung vom Rendanten Paul Schulz aufgenommen.

Der Vorstand.

„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein"
Mitglied des Arbeiter Radfahrer-Bundes „Solidarität".

Touren

zum Sonntag, den 18. Oktober:

1. Abt. 1 Uhr: Saalwinkel. Start: Bülowstr. 58.
2. Abt. 7 Uhr: Ketzin (Klemm). 1 Uhr: Bergholz (Rehbrück). Start: Fontane-Promenade 15.
4. Abt. 1½ Uhr: Wilhelmsruh Pötzsch). Start: Rüstriner Platz.
5. Abt. 1 Uhr: Pichelswerder. Start: Elysium. 13/12
6. Abt. 6 Uhr: Beelitz. 1 Uhr: Wannsee (Fürstenhof). Start: Oderberger Straße 28.
7. Abt. Vorm. 10 Uhr: Oranienburg (Braun). 1 Uhr: Birkenwerder. Start: Grenzstr. 21.
8. Abt. 2 Uhr: Wilmersdorf (Luisenpark). Start: Waldstr. 8.
9. Abt. 1 Uhr: Saalwinkel. Start: Schillingstr. 15/16.

Agitationstour
für sämtliche Abteilungen
früh 6 Uhr nach Lychen. (86 Kilomtr.)
Start: Bahnhof Schönhauser Allee.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt 3, 1239. | Verwaltungsstelle Berlin. Charitéstraße 3. | Hauptbureau: Hof III. Amt 3, 1937.

Sonntag, den 18. Oktober, vormittags 10 Uhr, in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m:

Branchen-Versammlung der Werkzeugmacher

(Schnitt-, Stanzen-, Leeren-, Vorrichtungs-, Modell- und Gewindezeugschlosser, Einrichter, Scharfschleifer sowie aller im Druckerei-Maschinenbau beschäft. Arbeiter).

Tages-Ordnung:

1. „Aus der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung". Referent: Genosse **Karl Legien,** Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. 2. Ersatzwahlen zur Agitationskommission und Neuwahl eines Kollegen aus der Schnellpressengruppe. 3. Aussprache über unseren Beschluß betr. die Annahme von Vorarbeiterposten.

Kollegen! Agitiert für guten Besuch dieser wichtigen Versammlung.

Sonntag, den 18. Oktober, vormittags 9½ Uhr, im „Englischen Garten", Alexanderstr. 27c:

Branchen-Versammlung

aller in der Metall- und Eisenindustrie beschäftigten Maschinenarbeiter und -Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Max Grunwald** über: „Die Krisis und die Gewerkschaften". 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

☞ Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimiert!

Sonntag, den 18. Oktober, vormittags 9 Uhr, im Lokal von **Karl Lehmann, Köpenick, Bahnhofstr. 34:**

Bezirks-Versammlung

für **Köpenick** und **Friedrichshagen.**

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **E. Heilmann** über: „Tarifverträge und die rechtliche Seite derselben". 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Achtung! Vertrauensleute in Tegel.

Die für Sonnabend, den 17. d. M., angesetzte Konferenz fällt aus. Ueber den neuen Termin der stattfindenden Konferenz erhalten die Kollegen noch Mitteilung.

123/11 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Hafenarbeiter und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.
Mitgliedschaft Berlin.

Sonntag, den 18. Oktober, vormittags 10½ Uhr, im „Königstadt-Kasino", Holzmarktstraße 72:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom III. Quartal 1908. 2. Vortrag des Gauleiters **Schüning** aus **Magdeburg** über: „Die Auswüchse der kapitalistischen Produktion". 3. Verbandsangelegenheiten, Berichterstattung von der Gaukonferenz und Verschiedenes. 19/8

Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Kaufhaus Wedding

Müller-Straße 182–183 | **Müller-Straße 182–183**

Große Gelegenheitskäufe in Damen- und Kinderkonfektion, Damenwäsche und Schürzen.

Ein Posten angeschmutzte weiße **Damenhemden** mit oleg. Stickerei-passe, sonst 2,50-3, **jetzt 1,95** | Ein Posten **Reformhänger u. Blusenschürzen,** sonst 1,95-2,65 **jetzt 1,25** | Ein Posten **Prima Reformhänger** Halbreform u. Blusenschürzen, sonst 2,95—3,50, **jetzt 1,95**

Jeder Käufer erhält ein Geschenk! ☞ Trotz der billigen Preise auf alle Artikel 5 Proz. Rabatt oder Nordenmarken. ☜ Jeder Käufer erhält ein Geschenk!

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

An die Parteigenossen Groß-Berlins!

Am Dienstag, den 20. Oktober, von 7 Uhr abends an, wird von den bekannten Lokalen aus eine

Agitationsnummer des „Vorwärts"

verbreitet, worin zum Abonnement auf unser Parteiblatt und Beitritt in den Wahlverein aufgefordert wird.

Wohl sind unsere politischen Organisationen in Berlin in letzter Zeit stark gewachsen, das Abonnement auf den „Vorwärts" hat aber leider hiermit nicht gleichen Schritt gehalten. Es gilt also die Schäden, welche durch die wirtschaftliche Not dem Abonnentenstande unseres Parteiorgans zugefügt sind, wieder wett zu machen und durch gewohnte selbstlose Agitation neue Leser für den „Vorwärts", neue Mitglieder für die politische Organisation zu gewinnen.

Am gleichen Abend 8½ Uhr finden in den Lokalen:

Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstr. 24,
Germania-Säle, Chausseestr. 110,
Ballschmieders Salon, Badstr. 16,
Brauerei Friedrichshain (Lipps), Am Königstor,
Gewerkschaftshaus, Engelufer 15,
Bockbrauerei, Tempelhofer Berg,

öffentliche Versammlungen statt, in welchen die Landtagsabgeordneten

Borgmann, Heimann, Hirsch, Hoffmann, Leinert und Ströbel

referieren.

Treten alle Genossen Groß-Berlins möglichst frühzeitig zur Verbreitung der Agitationsnummer an, schließt sich niemand von dieser freiwilligen Ehrenpflicht aus, so wird die Arbeit in sehr kurzer Frist erledigt sein und es bleibt für jeden hinreichende Zeit, auch die Versammlungen zu besuchen. Im Laufe der Woche, speziell am Sonntag, den 25., sollen dann die Empfänger der Agitationsnummer durch die Genossen aufgesucht und bewogen werden, unseren Leserstand zu vermehren, in unsere Reihen einzurücken.

Wir appellieren an die Tatkraft und den Eifer unserer Anhänger und erwarten, daß sie sich allesamt zu der nötigen Werbearbeit gern und freudig einfinden und hernach in die Versammlungen eilen.

Der Aktionsausschuß.

Der Achtuhr-Ladenschluß für Berlin

tritt am 1. November dieses Jahres endlich in Kraft. Der Polizeipräsident veröffentlicht im Inseratenteil der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" folgende Bekanntmachung:

Landespolizeiliche Anordnung betreffend Achtuhrladenschluß.

Auf Grund des § 139 f der Reichsgewerbeordnung ordne ich nach Anhörung der beteiligten Gemeindebehörden und nach Abschluß des in Gemäßheit der Bundesratsvorschriften vom 25. Januar 1902 (R.-G.-Bl. S 38) durchgeführten Abstimmungsverfahrens hierdurch folgendes an:

1. Vom Zeitpunkte des Inkrafttretens dieser Anordnung ab müssen in den Stadtkreisen Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf und Rixdorf **sämtliche offenen Verkaufsstellen** (einschließlich der Waren-Verkaufsautomaten) an den Werktagen, mit Ausnahme des Sonnabends, schon **von 8 Uhr abends an für den geschäftlichen Verkehr geschlossen** sein. Die beim Ladenschluß im Laden schon anwesenden Kunden dürfen noch bedient werden.

2. Die Anordnung des Achtuhrladenschlusses gilt jedoch nicht für diejenigen Ausnahmewerktage, für welche gemäß § 139e Nr. 2 der Reichsgewerbeordnung das Offenhalten der Geschäfte bis 10 Uhr abends ortspolizeilicherseits zugelassen ist oder wird.

3. Während der Zeit, wo die offenen Verkaufsstellen für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein müssen, ist gemäß § 139f Absatz 4 der Reichsgewerbeordnung auch das Feilbieten der Waren auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten (z. B. Schankwirtschaften usw.) oder ohne vorgängige Bestellung von Haus zu Haus sowohl im stehenden Gewerbebetriebe (ambulanten Gewerbebetriebe am Wohnorte, § 42b Absatz 1, Ziffer 1 Reichsgewerbeordnung) wie im Gewerbebetriebe im Umherziehen (§ 55 Absatz 1, Ziffer 1 Reichsgewerbeordnung) verboten.

Soweit Ausnahmen hiervon seitens der Ortspolizeibehörden gemäß dem vorletzten Satze des § 139f Reichsgewerbeordnung zugelassen werden oder bisher (nach 9 Uhr abends) zugelassen worden sind, hat es dabei bis auf anderweite ortspolizeiliche Regelung künftig für die Zeit von 8 Uhr abends ab sein Bewenden. (Vergl. für Berlin: Bekanntmachung vom 20. Januar 1901, Gen. 5 IIb. D. 01; für Charlottenburg: Bekanntmachung vom 23. Februar 1901; für Rixdorf: Bekanntmachung vom 6. November 1900.)

4. Die gegenwärtige landespolizeiliche Anordnung gilt auch für Leder- und Nähmaschinengeschäfte. Die bezüglich des Achtuhrladenschlusses dieser Geschäfte ergangene landespolizeiliche Anordnung vom 29. November 1904 wird hierdurch aufgehoben.

5. Die Vorschriften über die den Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in offenen Verkaufsstellen usw. zu gewährenden Mindestruhezeiten und Mittagspausen und die hiervon zugelassenen Ausnahmen (§§ 139c, 139d Reichsgewerbeordnung), sowie die Vorschriften über die Sonntagsruhe und Sonntagsheiligung bleiben unberührt.

6. Zuwiderhandlungen gegen die obigen Vorschriften (I, III, IV) werden nach § 146a der Reichsgewerbeordnung mit Geldstrafe bis zu 600 Mk., im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

7. Diese landespolizeiliche Anordnung tritt mit dem 1. November 1908 in Kraft.

Berlin, den 10. Oktober 1908. (C. J. IIb. D. 204/205. 08.)

Der Polizeipräsident.
von Stubenrauch.

Mit dieser Anordnung des Polizeipräsidenten von Berlin wird endlich auch für den Landespolizeibezirk Berlin ein Zustand geschaffen, wie er in vielen deutschen Städten schon längst besteht. Erfreulich ist, daß der Polizeipräsident den Achtuhrladenschluß, ohne Ausnahmen für besondere Geschäfte zuzulassen, angeordnet hat. Solche Ausnahmen, die von einer kleinen Gruppe Interessenten im Verein mit dem rückständigen Berliner Magistrat verlangt wurden, wären die größte Ungerechtigkeit gegen die übrigen Geschäftsinhaber gewesen und hätten die größte Mißstimmung allerseits hervorgerufen. Wie man sich allgemein an den Neunuhrladenschluß gewöhnt hat, werden sich Publikum und Geschäftsleute auch an den Achtuhrladenschluß gewöhnen. Wir sind überzeugt, daß sich alle Beteiligten dabei wohl befinden werden, nicht zuletzt werden die Zehntausende von Lohnsklaven und -sklavinnen die Einführung des Achtuhrladenschlusses mit Freuden begrüßen. Einen nicht geringen Anteil an diesem kulturellen Fortschritt hat die Berliner Arbeiterschaft. Partei und Gewerkschaften haben sich seit Jahren abgemüht, dieses Resultat herbeizuführen, und wie Figura zeigt, ist ihr Streben auch nicht ohne greifbares Resultat geblieben.

Partei-Angelegenheiten.

Nieder-Schönhausen. Am Sonntag, den 18. Oktober, findet von den Bezirkslokalen aus eine Handzettelverbreitung statt. Die Wahlvereinsmitglieder werden ersucht, pünktlich um 8 Uhr morgens zu erscheinen! Der Vorstand.

Waidmannslust. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet Sonntag, den 18. d. M., in Hermsdorf bei Heidenreich, Auguste-Viktoria-Straße (Forsthaus), nachmittags 3½ Uhr, statt. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag. Referent: Genosse Düwell. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes.

Mühlenbeck. (Bezirk Nieder-Schönhausen.) Sonntag, den 18. Oktober, nachmittags 4 Uhr, findet im „Gasthof zur Sonne" (Inhaber A. Bärsch) eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: „Kulturaufgaben der modernen Arbeiterbewegung". Referentin: Genossin Jeetze-Rixdorf. Diskussion. Verschiedenes.

Abmarsch der Nieder-Schönhausener Genossen um 2 Uhr von Bratvogel, Nordend, aus.

Falkenhagen-Seegefeld und Staaken. Die gemeinsame Versammlung der Wahlvereine findet am Sonntag, den 18. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Gasthof zum braunen Hirsch in Staaken statt. Genosse Leidner referiert über den Nürnberger Parteitag. Um zahlreiches Erscheinen bitten. Die Vorstände.

Berliner Nachrichten.

Freisinnsstolz vor Prinzenkutschen.

Die Stadtverordneten waren gestern zu einer Sitzung zusammenberufen worden, deren Grund und Zweck dem harmlosen Stadtbürger nicht ohne weiteres eingeleuchtet haben dürfte. Für den öffentlich zu verhandelnden Teil standen auf der Tagesordnung ein paar ziemlich gleichgültige Sachen, die gut und gerne noch acht Tage hätten warten können. Sie wirkten denn auch so wenig aufregend, daß die Versammlung sie im Handumdrehen ohne Debatte genehmigte. Dafür enthielt aber die Tagesordnung des geheim zu verhandelnden Teiles der Sitzung als letzten Punkt eine Vorlage, die für den neuesten Prinzessinnenempfang wieder mal aus dem Stadtsäckel das nötige Kleingeld forderte. Ein Sohn des Kaisers — der wievielte? — ist nächstens dran, Hochzeit zu machen. Seine Braut soll in üblicher Weise „eingeholt" werden, da muß natürlich auch die Stadtgemeinde sich beteiligen, nicht nur mit einer aus Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten zusammengesetzten Begrüßungs-Deputation, die vor dem Kutschenschlag Bücklinge zu machen hat, sondern auch mit den Steuergroschen, die für die Ausschmückung der Straßen hingegeben werden sollen. 20 000 Mark forderte der Magistrat, soviel soll diesmal das längst nicht mehr ungewöhnliche Vergnügen kosten. Diese Angelegenheit, die wirklich keinen Aufschub duldete, weil der Empfang schon in nächster Woche fällig ist, war der eigentliche Anlaß, aus dem die Stadtverordneten für gestern zusammengetrommelt worden waren. Den Sozialdemokraten hatte die freisinnige Mehrheit es zu verdanken, daß sie nicht auch hier debattelos zustimmen durfte, sondern eine einstündige Verhandlung mit in den Kauf nehmen mußte.

In neuerer Zeit ist im Berliner Stadtparlament für solche Prinzessinnenempfänge und ähnliche heikle Sachen die Flucht aus der Oeffentlichkeit üblich geworden. Wir hören, daß gestern diese feige Heimlichtuerei des Stadtfreisinns von sozialdemokratischer Seite scharf gegeißelt worden ist. Aus der sozialdemokratischen Fraktion kam der Antrag, über die Angelegenheit im vollen Lichte der Oeffentlichkeit zu verhandeln. Gerade denjenigen Persönlichkeiten, denen diese Huldigung zugedacht sei, müsse die Möglichkeit geboten werden, zu erfahren, wie die Mehrheit der Bevölkerung Berlins darüber denkt und durch die von ihr gewählten Vertreter ihre Meinung kundgibt. Ein freisinniger Stadtverordneter bekämpfte den Antrag mit dem erheiternden Einwand, da könne doch leicht einer in den Stricken des Majestätsbeleidigungsparagraphen hängen bleiben, schon aus diesem Grunde müsse man geheim verhandeln. Ein Freisinniger, der in der Aera der Blockpolitik im geheimen eine Majestätsbeleidigung begehen zu dürfen wünscht!? Die Mehrheit beschloß dann, daß es bei der Heimlichtuerei verbleibe, aber eine Majestätsbeleidigung soll keinem der Freisinnigen entschlüpft sein. Dazu hatten sie ja auch gar keine Gelegenheit, weil sie in bekannter Hurrastimmung alles bewilligten. Die Kritik blieb der sozialdemokratischen Fraktion überlassen, deren Redner ausführte, man solle nicht solche Familienfeste zu öffentlichen Ereignissen stempeln, nicht Mittel aus dem Stadtsäckel hinwerfen zu dem Zweck, Verkehrsstörungen herbeizuführen, durch die die erwerbstätige Bevölkerung nur belästigt werde, nicht die Vertreter der Stadt dabei eine Rolle spielen lassen, die unvereinbar ist mit dem Gedanken der Selbstverwaltung und den Tiefstand der politischen Wertschätzung der Gemeindeorgane kennzeichnet. Ein Wortführer der freisinnigen Mehrheit gestand, daß er nicht einzusehen vermöge, wie durch solche Huldigungen der Selbstverwaltungsgedanke verletzt werden solle. Ihm selber verschlägt es nicht das geringste, am Brandenburger Tor vor Prinzenkutschen Bücklinge zu machen. Er bedauerte nur, daß ihm dabei — je nachdem — die Sonne auf den Schädel brennen oder der Regen auf ihn niederprasseln darf. Darum wünschte er, daß man möglichst ein Zelt aufstellt, zur Wahrung der Würde unserer Stadt. Auch der Herr Oberbürgermeister fand, daß es ihn nicht entwürdige, die überkommenen Huldigungsgebräuche zu üben. Er erzählte bei dieser Gelegenheit, wie beliebt er „oben" sei und wie man bei Hoffestlichkeiten geradezu nach ihm suche. Bei einer der früheren Prinzenhochzeiten habe man förmlich die Hofchargen nach ihm ausschwärmen lassen, weil er sich unter den vielen Uniformen verkrümelt hatte. „Na, wenn das kein Beweis von Wertschätzung des Freisinns ist —!" sagte sich die freisinnige Mehrheit. Und freudig bewilligte sie die

Aus dem Berliner Polizeisumpf.

Das Mistbeet der Spitzelpflanzen am Alexanderplatz wird immer noch mit alter Liebe gepflegt. An „Haupt und Gliedern" sollte vor Jahr und Tag die politische Polizei reformiert werden — Du lieber Gott! Polizeipräsidenten und Polizeiminister wechseln wie die Blumen auf dem Felde; kaum aufgeblüht, sind sie auch schon wieder verwelkt, aber wie so ein alter Sumpfweidenstamm treibt die politische Polizei immer wieder Schößlinge unter jedem Kurs, weil sie zu jeder Kursänderung mit Bismarck sagen kann: „Dor lach' ick öwer!"

Das vom Blockfreisinn als große „liberale" Errungenschaft gepriesene neue Vereinsgesetz sollte den deutschen Reichsbürger auf dem Gebiete des Vereinswesens von der kleinlich-niederträchtigen polizeilichen Ueberwachung einigermaßen befreien. Soweit nun nicht wie in Breslau die Gerichte die feierlichen Erklärungen der Regierung Lügen strafen und den alten Polizeischikanen Tür und Tür öffnen, hat die Polizei das Gesetz selber blockgemäß korrigiert: statt der überwachenden Beamten sendet sie nunmehr ein Heer von spitzelnden Beamten in die Wahlvereine und führt die Ueberwachung nunmehr in dieser Form aus.

Bei den Wahlrechtsdemonstrationen sehen wir die

Polizeibeamten Kassube, Dräger und Hartwig

in so lebendiger Aktivität, daß ihre Tätigkeit der Rolle von Lockspitzeln verteufelt ähnlich sah. Kurz zuvor konnten wir unseren Genossen den

Kriminalschutzmann Paul Dietrich,
Lochhannstraße 15,

in der Maske des „Hausdieners Ernst Philipp" vorführen, nachdem vorher der

Kriminalschutzmann Gustav Neumann

unserer höflichen Einladung auf Abholung des Judaslohnes von 200 M. trotz wiederholter öffentlicher Aufforderung nicht nachgekommen war. Auch der regenschirmbewaffnete

Kriminalschutzmann Ludwig Hemker
Arndtstraße 29,

der so hübsche Polizeiromane aus Brüssel an „seinen Herrn Hauptmann" v. Arnim zu schreiben wußte, wurde vorige Woche anläßlich der Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus in Brüssel sehnlich, aber vergebens erwartet. Und dieser Tage ist auch der vor 20 Jahren aus der Schweiz ausgewiesene alte Spitzel

Karl Haupt aus Genf

in Berlin aufgetaucht, nachdem in Buenos-Aires der Segen Gottes sichtlich auf seiner ehrlichen Arbeit geruht, denn er ist als reicher Mann heimgekehrt, um als Ehrenmann unter dem Schutze der Polizei sein Alter sorgenlos zu genießen — oder sonst was!

Heute können wir unseren Lesern einen neuen Spitzel vorführen: den

Kriminalschutzmann August Paduck,
Rathenower Straße 30, II.

Jahrelang war er dem Polizeirevier in der Kronenstraße zugeteilt, sein Stand war hauptsächlich am Leipziger Platz; die Händler und Droschkenkutscher jener Gegend betrauerten lebhaft seinen Weggang, aber sein Ehrgeiz hatte ihn getrieben, sich bei der politischen Polizei zu melden und nach bestandener Prüfung wurde er auch am 1. Januar 1908 von ihr übernommen. Das erste, was Paduck tat, war, daß er sich eine blaue Brille kaufte. Nun kannte ihn keiner mehr, sogar die Straßenbahnschaffner nicht mal, die ihn gleichfalls in ihr Herz geschlossen. Mit dem Feuereifer des Lehrlings trat er seine Funktion an, und wie ein Bericht vom 9. August an seine vorgesetzte Behörde beweist, hatte er sich rasch in sein Amt eingefunden. Kein Wunder, sein Lehrmeister war ja der bekannte Kriminalschutzmann Neumann, der ihn mit der ganzen Selbstlosigkeit des Freundes darüber unterrichtete, wie man sich nicht zwischen lasse.

Unter dem Namen

August Puhlmann, von Beruf Maurer,

ließ er sich am 27. Februar 1908 als Mitglied des Transportarbeiter-Verbandes aufnehmen und am 11. März 1908 trat er dem Sozialdemokratischen Wahlverein des 3. Reichstagswahlkreises als Mitglied bei.

In beiden Organisationen spielte er sich als eifriges Mitglied auf. Er feierte den 1. Mai und klebte in sein Gewerkschaftsbuch (Hauptnummer 64 515 und Ortsnummer 14 515) die Maimarke des Glaser-Verbandes; er zahlte natürlich auch regelmäßig seine 42 Wochenbeiträge. In der politischen Organisation war er besonders rührig. Drei Tätigkeitsmarken zieren als besondere Auszeichnung sein Wahlvereinsbuch. An den Wahlrechtsdemonstrationen am 18. März nahm er aktiv teil; bei den Agitationsarbeiten zur Landtagswahl konnte er den Mitgliedern als Vorbild fleißiger und gewissenhafter Mitarbeit vorgeführt werden, die von ihm abgelieferten Listen zählen zu den besten und sauberstgeführten. Es war daher nur erklärlich, daß nach so aufreibender Tätigkeit er vom 15. bis 28. August in die Ferien ging. Nach Thüringen, zu seiner todkranken Mutter, wie er bewegten Herzens zu einigen Genossen sagte; in Wirklichkeit ging er nach Habeduppen in Ostpreußen und war unvorsichtig genug eine Karte zu senden, aber er hatte vergessen, auf dem dortigen Postamte anzugeben, daß Briefe an Puhlmann ihm, dem Kriminalbeamten Paduck, auszuhändigen seien. Deshalb kamen diese an den Absender zurück.

Mit frisch gestärkten Kräften nahm er nach seiner Rückkehr aus den Ferien seine Parteitätigkeit wieder auf. An jeder Versammlung nahm er teil; Flugblätter trug er aus, auf Sammellisten ließ er flott Beiträge zeichnen und noch am Sonnabend, den 10. Oktober lieferte er die letzte Liste ab. Sein Eifer für die Partei kannte in der Tat keine Grenze. Sogar die Liebe opferte er der Partei, denn eines Tages zeigte er einem Genossen folgenden Brief seiner Braut:

Lieber August!

Da Du Dir um mir immer so wenig kümmerst, keine Zeit für mich übrig hast und immer nur Deine sozialistischen Ideen nachgehst, ich also von Dir so wenig habe, ist es wohl das beste, wir lösen unser Verhältnis.

Mit herzlichem Gruß

Deine Berta.

Kriminalschutzmann August Paduck, alias Maurer August Puhlmann, muß sich aber über den Verlust dieser anspruchsvollen Berta rasch getröstet haben, denn kurze Zeit nachher mußte er seine Wohnung Michaelkirchstraße 26 bei Bautz aufgeben, obgleich er ein angenehmer Mieter war, der so und so viele Nächte überhaupt nicht nach Hause kam, also Möbel und Betten arg schonte. Er brachte nämlich eines Abends ein Mädchen mit aufs Zimmer, was sich die Wirtin entschieden verbat; wenn sie auch arm sei, dazu gebe sie sich nicht her, das gehe bei ihr nicht. Aber die brave Frau Bautz wußte eben nicht, daß der angebliche Maurer August Puhlmann in Wirklichkeit der verheiratete Kriminalschutzmann August Paduck war und daß ein Beamter der politischen Polizei, die ja nach Meinung Bismarcks und der „Kreuz-Zeitung" mit der Sittenpolizei in enger Verbindung steht, unmöglich ehe-

20 000 Mark, wie sich's im voraus verstanden hatte. Beschlossen wurde außerdem die Einsetzung einer gemischten Kommission, die noch genauer bestimmen soll, wie der Freisinnsstolz vor Prinzenkutschen sich zu betätigen hat. Die Kommission wurde sofort gewählt. Das amüsante dabei ist, daß die freisinnige Mehrheit sogar den Sozialdemokraten nach Maßgabe der Stärke ihrer Fraktion zwei Sitze anbieten mußte.

Die Kirchenaustrittsbewegung

liegt unseren Frommen sehr im Magen und es besteht die Absicht, die am 17. d. M. zusammentretende Brandenburgische Provinzialsynode damit zu befassen. Was diese soll, ist nicht klar, aufhalten wird sie die „sogenannte Bewegung", wie man sich in jenen Kreisen auszudrücken beliebt, sicherlich nicht. In einer in der „Deutschen Tageszeitung" enthaltenen Notiz über den Kirchenaustritt lesen wir:

„Die von den Superintendenten der sechs Berliner Diözesen erstatteten Berichte weisen auf die zum Teil immerhin recht stark gewachsenen Austrittsziffern hin, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß an diesen Ziffern auch die Sekten einen nicht unerheblichen Anteil haben, der ebenfalls in letzter Zeit stark gewachsen ist; namentlich die „Neuapostolischen" entfalten eine fanatische Propaganda. Statistische Unterlagen zur Beurteilung der ganzen Frage gewähren die vom Deutschen evangelischen Kirchen-Ausschuß gemachten Mitteilungen, die seit 1881 regelmäßig zusammengestellt werden. Danach beträgt für Berlin in den 25 Jahren von 1881 bis 1905 die Summe der Uebertritte zur Landeskirche 9731, die Summe der Austritte aus der Landeskirche 6894. Im Jahre 1906 haben sich die Austritte aber mit einem großen Ruck sehr vermehrt, und dieser Umstand verschiebt das Verhältnis der genannten beiden Zahlen bereits derart, daß bis 1906 die Summe der Austritte (10 660), die der Uebertritte (10 340) bereits um 320 übersteigt. Im Jahre 1906 werden nämlich 609 Uebertritte verzeichnet (127 von Juden, 435 von Katholiken, 47 aus sonstigen Gemeinschaften). Denen stehen gegenüber 3766 Austritte (22 zum Judentum, 10 zum Katholizismus, 3734 zu sonstigen Gemeinschaften, d. h. Sekten und Sozialdemokraten). Für 1907 sind die Ziffern noch nicht abgeschlossen. Jedenfalls verdienen sie ernste Aufmerksamkeit."

Soweit wir unterrichtet sind, werden gerade in nächster Zeit die Kirchenaustritte sich sehr häufen. Zahlreiche Personen, die seit Jahr und Tag innerlich mit der Kirche gebrochen haben, werden im Hinblick auf die starke Anziehung der Steuerschraube auch seitens der Kirche veranlaßt, nun auch formell aus einer Gemeinschaft zu scheiden, mit der sie schon längst nichts mehr zu tun haben.

Von den drei vermißten Ballons „Busley", „Hergesell" und „Plauen" ist jetzt der letzte Teilnehmer an der Gordon-Bennett-Fahrt „Busley" glücklich mit seinem Führer Dr. Niemeyer und dessen Begleiter, Fabrikbesitzer Hiedemann, gerettet worden. Der Ballon ist Dienstag vormittag von einem nach Schottland gehenden Kohlendampfer aufgefischt worden. Dr. Niemeyer und Hiedemann wurden nach Edinburg gebracht, von wo sie über London nach Deutschland zurückkehren. Nachstehender Drahtbericht gibt Aufschluß über die Fahrt und die sehr schwierige Bergung des Ballons, der sämtliches Inventar verloren hat.

Edinbourgh, 15. Oktober, früh 3 Uhr 24 Minuten. Dienstag nacht um 1 Uhr verließen wir mit dem Ballon „Busley" zirka 8 Kilometer westlich von Kuxhaven die Küste mit 17 Sack Ballast bei scharf auf das mittlere England zugehendem Wind von zirka 50 Kilometer Geschwindigkeit. Auf hoher See drehte der Wind plötzlich nach Norden um. Wir schienen verloren. Morgens um 5 Uhr nordwestlich von Helgoland gelang Verständigung mit einem nach Edinbourgh gehenden Kohlendampfer. Der durch Ventilzug aufs Wasser gebrachte Ballon wurde durch starken Wind von dem Schiff weggetrieben, so daß Reißbahnzug nötig wurde zu gefahrvollem Rettungswerk. Durch Kapitän Schacht fast entkleidet aufgefischt. Bordbuch mit anderer Habe verloren. Der Ballon ist geborgen. Dr. Niemeyer, Hiedemann.

Wie nachträglich bekannt wird, ist übrigens Dr. Niemeyer für eine Fahrt über See in keiner Weise ausgerüstet gewesen. Er wie seine Begleiter hatten weder Schwimmwesten bei sich noch Korkschutz für ihre Gondel, waren auch für eine längere Zeit ungenügend proviantiert. Die Fahrt in die Nordsee ist also ein großes Wagnis gewesen. Es findet aber darin seine Erklärung, daß Dr. Niemeyer der Annahme war, der östliche Wind, der bei der Ueberschreitung der Küste mit 18 Meter-Geschwindigkeit in der Sekunde wehte, in Richtung und Stärke anhalten werde, eine Annahme, die bei den herrschenden Wetterverhältnissen durchaus berechtigt war.

Als Sieger für den Gordon-Bennett-Preis oder auch nur Preisträger kommen weder „Busley" noch der spanische Ballon „Castilla" in Betracht, da beide Ballons nicht auf dem Lande niedergekommen sind. Nach den Bestimmungen für das Gordon-Bennett-Rennen gilt ein Ballon, der auf dem Meere heruntergeht, als disqualifiziert und kommt damit außer Wettbewerb. Sieger ist somit, wenn die Nachricht des Führers des Schweizer Ballons „Helvetia" Oberst Schaeck, daß er tatsächlich gelandet und nicht, wie die Nachricht der norwegischen Schiffer lautet, ebenfalls aufgefischt ist, sich bestätigt, der Führer des Schweizer Ballons „Helvetia" Oberst Schaeck vor dem englischen Ballon „Banshee". Ist die „Helvetia" nicht auf dem festen Lande niedergekommen, so hat England mit „Banshee" den Gordon-Bennett-Preis gewonnen.

Ueber die beiden noch ausstehenden Teilnehmer an der Dauerfahrt „Hergesell" und „Plauen" fehlen leider immer noch irgendwelche Nachrichten.

Ein weiteres Telegramm meldet: London, 15. Oktober. „Daily Telegraph" meldet aus dem Haag, ein Luftballon, in welchem sich anscheinend eine Dame und zwei Herren befanden, sei gestern abend über der Provinz Groningen gesichtet worden, man vermutet, daß er zu den in Berlin aufgestiegenen gehörte.

Von der Straßenbahn totgefahren. Ein tödlicher Straßenbahnunfall ereignete sich gestern nachmittag in der Fennstraße. Als dort der 2½jährige Sohn Fritz des Schleifers Lehmann aus der Fennstr. 14 über den Straßendamm lief, wurde er von einem Straßenbahnwagen der Linie 5 erfaßt und zu Boden geschleudert. Der Kleine fiel so unglücklich, daß er unter den Schutzrahmen der Elektrischen geriet. Nachdem der Wagen mit Winden hochgehoben war, wurde das Kind als Leiche hervorgezogen.

Eine gemütsmenschliche Ehescheidungsannonce stellt der „Berliner Lokal-Anzeiger" auffällig an die Spitze seiner Rubrik „Vermischtes". Sie lautete wörtlich folgendermaßen:

„Ehehindernisse beseitigt Direktor von Wedelstädt, Lutherstraße 2, billig, diskret."

Es ist längst ein offenes Geheimnis, daß gewisse findige Leute, die in Ermangelung einer anderen Erwerbsquelle das Talent zum Detektiv in sich entdecken, sich mit ganz besonderer Vorliebe in Eheaffären betätigen und hierbei in der Wahl ihrer Mittel nichts weniger als skrupulös sind. Mehrfach ist gerichtlich festgestellt worden, daß Vertreter solcher Detektivinstitute ihre Ermittelungen nicht darauf beschränken, eine verdächtige Ehefrau beim Ehebruch zu ertappen, sondern daß sie selbst sich als „corpus delicti" hergaben, also die betreffende Frau, die der Mann gern los sein wollte, mit allen Finessen auf den Weg des Ehebruchs führten. Eine Bestrafung des Mitschuldigen oder richtiger des am meisten Schuldigen konnte natürlich niemals erfolgen, da solche nur auf Antrag des geschädigten Ehegatten zulässig ist und hier der Ehemann alle Ursache hat, sich über das mit Heimtücke erzielte Ergebnis zu freuen. Es fehlt auch vorläufig leider an einer gesetzlichen Handhabe, um solchen traurigen Gesellen, die um Geldes willen mit Frauenehre und Familienglück spielen, das schmutzige Handwerk zu legen.

Wir hoffen, daß Herr Direktor von Wedelstädt, der sicher ein schneidiger, weltgewandter Herr und selbstverständlich Offizier a. D. ist, sich durch den recht eigenartigen Wortlaut seiner Annonce nicht mit jenen gewissenlosen Detektivs identifizieren möchte. Der Ausdruck „Ehehindernisse beseitigen" ist ganz dazu angetan, eine Geschäftspraxis zu vermuten, wie sie dem Institut hoffentlich fernliegt.

Das achtzehnte Opfer des Hochbahnunglücks, die verstorbene 20 Jahre alte Stenographistin Elise Nill aus der Lindenstraße 122, ist gestern, Donnerstag, nachmittag 5 Uhr, auf dem Dreifaltigkeitskirchhof in Mariendorf beerdigt worden. Die Verunglückte, die vierzehn Tage im Krankenhaus Am Urban auf dem Schmerzenslager gelegen hat, war die Tochter einer Tapeziererswitwe, die sich durch Aufwartearbeiten ernährt, und seit zwei Jahren im Kaufhaus des Westens angestellt ist.

Warnung vor Schwindlern.

Eine Million Prospekte hat der Continentale Bankverein in Amsterdam über Deutschland ausgeschüttet, um speziell kleine Leute zur Zeichnung auf Shares der Dayle Consolidated Mines Co. in Colorado zu veranlassen. Um den Empfängern die Sache recht rosig erscheinen zu lassen, wird in marktschreierischer Weise darauf hingewiesen, daß die Gesellschaft mit einem Kapital von zehn Millionen Dollars begründet ist. Daß es besonders auf die Spargroschen der kleinen Leute abgesehen ist, geht daraus hervor, daß der Preis der Aktie auf 5 Mk. gestellt ist; doch werden unter 25 Aktien nicht abgegeben. Die „coulante" Gesellschaft gestattet dagegen gern Abzahlung. Nach den bisherigen Erkundigungen handelt es sich hier um ein Unternehmen, das weder in Bank- noch Börsenkreisen bekannt ist, und das anscheinend überhaupt nicht existiert. Der famose Vertreter des Bankvereins in Amsterdam für Deutschland, ein Herr Liebreich in Hamburg, lehnt jede Verantwortung ab, behauptet, näheres über die Firma auch nicht zu wissen und nur den Auftrag zu haben, Zeichnungen auf Anteilscheine und Geldsendungen in Empfang zu nehmen. Wie hoch er sowie die Amsterdamer Firma einzuschätzen sind, ersieht man daraus, daß sowohl gegen Liebreich wie auch gegen seine Auftraggeberin viele Anzeigen wegen Losschwindels erstattet sind. Den Vertrieb von Losen scheinen beide jetzt aufgegeben zu haben, nachdem die Polizei ihnen scharf auf die Finger gesehen und die Presse den Leuten, die nicht alle werden, die Augen geöffnet hat. — Selbst amerikanische Blätter wissen nichts von der Firma mit dem pompösen Namen, auch nicht Blätter, die in Colorado-Springs erscheinen. Mit der Förderung der „Schätze" soll noch gar nicht begonnen sein. Ist es da ein Wunder, wenn man annimmt, das Bergwerk liegt auf dem Monde? —

Der Tod im Polizeigewahrsam. Es wird berichtet: In einer Zelle ist gestern der 25 Jahre alte Telegraphenarbeiter Gustav Weimann aus der Stralsunder Straße 58 vom Tode überrascht worden. W. war wegen Trunkenheit auf der Straße aufgegriffen und nach dem 7. Polizeirevier transportiert worden, wo er in einer Zelle seinen Rausch ausschlafen sollte. Als später ein Beamter nach ihm sehen wollte, fand er ihn tot auf. Die Todesursache wird erst durch die Obduktion im Schauhaus festgestellt werden können."

Es wäre wünschenswert, zu erfahren, was die wirkliche Todesursache war.

Bei einem aufregenden Bootsunfall, der sich auf der Oberspree zugetragen hat, schwebten zwei Personen in größter Lebensgefahr. In der Nähe der Grünauer Fähre stieß ein Uebersetz-Motorboot mit einem Kahne zusammen, in dem sich ein Herr und eine Dame aus Berlin befanden. Das Fahrzeug schlug um und die beiden Insassen wurden in die Spree geworfen. Sie verschwanden in den Fluten, kamen aber bald wieder an die Oberfläche. Den Mannschaften des Motorbootes gelang es schließlich, die beiden Gefährdeten, die bereits erstarrt waren, zu retten.

Das Opfer eines schweren Unfalles mit tödlichem Ausgange ist anscheinend der 55 Jahre alte Arbeiter Hugo Scholz geworden. Sch. wurde gestern im Friedrichshain in besinnungslosem Zustande aufgefunden und nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht, wo er aber bald nach seiner Einlieferung starb. Es wird angenommen, daß er sich bei einem Sturz innere Zerreißungen zugezogen hat, an deren Folgen er sterben sollte. Die Leiche ist polizeilich beschlagnahmt worden.

Der Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend hielt am Sonntag in der Brauerei Friedrichshain seine Ausschußsitzung ab. Der Vorsitzende Meyer gab den Bericht über die Verhandlungen zwecks Verschmelzung der in Lichtenberg domizilierenden Gesangvereine. Es existieren dort sechs Vereine. Wiederholt sind hier zwischen dem Bundesvorstand und den Vereinen Verhandlungen gepflogen worden, die jedoch zu dem gewünschten Resultat nicht führten. Während die beiden größeren Chöre „Freie Sänger" mit 25 und „Vorwärts" mit 35 Mitgliedern für eine Gesamtverschmelzung waren, verhielten sich die anderen vier Vereine, deren Gesamtmitgliederzahl kaum 50 beträgt, ablehnend. So war es nur möglich, die beiden erstgenannten Vereine zu einem Chor zu vereinigen. Die Delegierten waren einstimmig der Meinung, daß die im Januar stattfindende Generalversammlung durch Fassung geeigneter Beschlüsse hier helfend eingreifen müsse. Ausgeschlossen aus dem Bund wurden „Freies Lied", Berlin, und „Bruderbund", Lichtenberg. Das Stiftungsfest des Bundes findet am Sonnabend, den 12. Dezember in den Gesamtfesträumen der Brauerei Friedrichshain statt.

Feuerwehrbericht. Zum zweiten Male innerhalb weniger Stunden wurde gestern die Feuerwehr infolge groben Unfugs nach der Soldiner Straße auf dem Gesundbrunnen gerufen. Der Täter ist leider wiederum nicht ermittelt. Gleichzeitig erfolgte ein Alarm nach der Gitschiner Straße 88, wo Möbel, Betten, Kleider u. a. in einer Wohnung brannten. Etwas später brannten Gardinen in der Potsdamer Straße 140 und ein Klosett in der Bergmannstr. 15. Der 1. Zug mußte in der Landsberger Straße 120 einen Brand löschen, der in einer Leimküche ausgekommen war und an Hobelspänen schnell reiche Nahrung gefunden hatte. Ferner wurde die Wehr nach der Zionskirchstraße 9 alarmiert, wo in einer Waschküche eine Tür u. a. brannte. Weitere Alarme liefen dann noch aus der Thurmstraße 27, Grünthaler Straße 52 u. a. Stellen ein.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Stadtverordnetenversammlung. Die ungewöhnlich reichhaltige Tagesordnung hatte zur Folge, daß die letzte Sitzung sich fast bis gegen Mitternacht hinzog.

Nachdem zunächst einige unbedeutende Vorlagen ihre Erledigung gefunden hatten, befaßte sich die Versammlung mit der Magistratsmitteilung betreffend die Anträge der Großen Berliner und der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn auf Ergänzung der kleinbahngesetzlichen Zustimmung gegen die Stadt Charlottenburg. Der Berichterstatter Dr. Frentzel erklärte sein volles Einverständnis mit der Haltung des Magistrats, der, wie bereits mitgeteilt, beim Oberpräsidenten beantragt hat, die Anträge der Straßenbahngesellschaften auf Ausdehnung der erteilten Benutzungserlaubnis und auf Abänderung vertraglich festgesetzter Fahrpreisbeschränkungen abzulehnen. Die Vertreter aller Fraktionen der Versammlung hatten sich auf folgenden Antrag geeinigt: „Die Stadtverordnetenversammlung erklärt sich mit der Stellungnahme des Magistrats zu den Anträgen der Großen Berliner Straßenbahn und der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn auf Ergänzung der kleinbahngesetzlichen Zustimmung einverstanden und spricht die Erwartung aus, daß die zuständige Instanz durch Zurückweisung der Anträge den Wünschen der städtischen Behörden Rechnung tragen wird." Der Antrag wurde von dem Stadtverordnetenvorsteher unter Hinweis auf das bedrohte Selbstverwaltungsrecht der Städte begründet. Genosse Hirsch erklärte, daß die Sozialdemokraten in dem Kampfe um das Selbstverwaltungsrecht stets voranmarschieren würden, und sprach im

---

brecherische Extravaganzen treiben könne; Paduck freilich sagte kein Wort, daß dieses vermeintliche Mädchen jedenfalls seine Frau war, die ihrem Manne die Einsamkeit seines pflichteifrigen Junggesellenlebens zeitweilig erheitern wollte. Paduck war eben kein Freund des Zankes; schweigend nahm er den Schein der Unkeuschheit auf sich und zog nach der Oranienstr. 109 II bei Witwe Lauer. Aber im dortigen Bezirke gefiel ihm das Parteileben nicht. Dort waren ihm die Zahlabende zu langweilig, die Genossen zu solide; sie erledigten ihre Parteigeschäfte und gingen dann nach Hause; er aber liebte es, nach den Sitzungen mit den Parteigenossen noch zusammenzubleiben, zu plaudern und ab und zu ein Spielchen zu machen; es kam ihm auch auf ein paar „Lagen" nicht an. Darum bat er, im alten Bezirk weiter tätig sein zu dürfen, und die Genossen hatten Grund, diese Bitte zu erfüllen.

Der Maurer August Puhlmann war seiner Sache ganz sicher; inzwischen war es ihm, wie er erzählte, durch seinen Cousin gelungen, bei dem Rechtsanwalt Wangemann, Friedrichstr. 90, als eine Art Faktotum anzukommen, so daß er auch finanziell etwas besser gestellt war; zum Beweise dessen nahm er wiederholt Gelegenheit, einigen Genossen, denen er besonders vertraute, zu zeigen, daß er auch blaue Lappen im Besitze habe; ebenso habe er jetzt mehr freie Zeit und könne so auch für die Partei in erhöhtem Maße tätig sein. Nebenbei frug er auch, ob er denn nicht Bezirksführer werden könne, um an deren Sitzungen teilzunehmen. Er zeigt eben glühenden Eifer für die Partei; früher — meinte er — sei er auch dumm und blind und patriotisch gewesen; als er aber aus Ostpreußen (seine Heimat ist Dannenberg bei Ragnit) nach Berlin kam, da seien ihm die Augen aufgegangen, und er sehe jetzt ein, daß die Sozialdemokratie notwendig sei.

Diesen Wunsch konnten ihm die Genossen nicht erfüllen; aber einen so eifrigen Genossen zieht man schließlich doch mehr ins Vertrauen. Und er war auf allen Gebieten eifrig. An den Versammlungen, denen ein gemütliches Beisammensein folgte, war er einer der eifrigsten Tänzer und gegen Damen besonders galant; wenn schließlich der Spielmann müde war, so nahm er ihm das Bandonium ab und zeigte sich als Virtuos auf diesem Instrument, die lustigsten Tanzweisen und die sehnsüchtigsten Walzer mit Gefühl vortragend. Und so sagte denn eines Abends Genosse Gn. zu einem anderen vertraulich, aber doch so laut, daß Puhlmann-Paduck es noch hören konnte: „Du willst doch auch einen von den Revolvern haben; wir haben 500 bestellt!" O, wie da der eifrige Genosse Puhlmann seinen Hals reckte, daß die Ohren fast zu wackeln anfingen! Aber „er ließ sich nichts merken". Ein paar Abende später sagte Genosse Gn. zu ihm selber: „Du, August, hör' mal, wir haben 10 000 Revolver bestellt, willst Du auch einen?" Ob er einen wollte!

Am nächsten Sonnabend war in der Restauration von Jordy Michaelkirchstr. 28, Geburtstagsfeier eines Mitgliedes des „Sparvereins Adamsfonds"; auch diesem Verein war er beigetreten und hier übertrug man ihm vertrauensvoll das Amt des Kassierers, das er auch gewissenhaft verwaltete, wenngleich er heute noch einige Mitgliederbeiträge im Besitz hat. Aber er wird zweifellos diese noch abführen, denn im Laufe des heutigen Tages hat er auch an den Restaurateur Jordy 50 Pf. zur Begleichung seiner letzten Zeche, die er zu bezahlen keine Zeit mehr fand, durch einen Dienstmann gesandt. Er ging nun zu dem Genossen Gn., um ihn abzuholen; dieser erklärte sich bereit mitzukommen. Da winkte ihm seine Frau vieldeutig zu: „Du weißt doch, Du sollst doch noch nach der Seydelstraße." „Richtig!" entgegnete Gn., „nun, August, geh' Du man voraus, ich komme dann nach." Und als er später mit Puhlmann-Paduck bei Jordy zusammentraf, erzählte er ihm lachend, wie er seiner Frau eine Nase gedreht habe; angeblich sei er ihres Hundes wegen nach der Seydelstraße gegangen, in der Tat aber handle es sich um die 10 000 Revolver, die sollen nächsten Sonnabend verteilt werden; da soll jeder Genosse zum Zahlabend noch zwei „patente" Genossen mitbringen.

Das war Sonnabend, den 3. Oktober. Schon am 5. Oktober war ein Schutzmann in der Wohnung des Gn. und frug in der bekannten schlauen Weise, wo Gn. sei; ob er nicht in letzter Zeit einmal verreist gewesen sei; vielleicht bloß 1—2 Tage usw.

Ein anderer Genosse des dritten Wahlkreises verreiste am 4. d. M. Schon am Bahnhof bemerkte er die bekannte Figur; er löste seine Fahrkarte nach Kottbus; der bekannte Unbekannte ditto. In Lübben stieg unser Genosse aus und in Kottbus spähte sein Schutzengel vergebens nach ihm aus.

10 000 Revolver waren also bestellt. Selbstverständlich wurden sie wieder in der Pankstraße bei Kersin verwahrt; deshalb stellten sich bei Kersin und Warschowski die bekannten Begleiter ein und sie gingen genial dabei zu Werke. Als K. u. W. sich längere Zeit in einem Laden aufhielten, kam kurz nach ihrem Weggang ein Herr, der den Laden mieten wollte. Der Schlauberger suchte aber die Ecken so auffällig ab: „ob sie nicht feucht seien," daß schließlich sogar ein Beamter der politischen Polizei Verdacht hätte schöpfen müssen.

Natürlich war der Rest der Revolver, der nicht in der Pankstraße untergebracht werden konnte — 10 000 ist ein schöner Haufen — in der „Vorwärts"-Buchdruckerei in der Lindenstraße versteckt. Aber schwierig war das Hinausbringen! Die Lindenstraße hatte nämlich wieder einmal die Ueberwachung jener Gentlemen erhalten, die wie Schafleder ausreißen, wenn man ihnen nur in die Augen sehen will.

Nun hielten die Genossen eine Steigerung nicht mehr für notwendig, sondern beschlossen, den Puhlmann abzuschieben. Zur besonderen Genugtuung Puhlmann-Paducks wurde für den Mittwoch-Zahlabend ein Vortrag des Genossen Gehrmann „Ueber die Sozialdemokratie und ihre innere Organisation" angekündigt. „Da kann man was lernen!" hatte er ahnungsvoll zu Genosse G. gesagt. Und er lernte wirklich was. In seinem Vortrage fragte der Redner, da man über die innere Organisation doch nur im vertrautesten Kreise reden könne, die anwesenden Genossen nach ihrem Namen, und als er zu Puhlmann meinte: „Und Sie sind Genosse Puhlmann?", da erhob sich Puhlmann-Paduck stolz und sagte: „Ja wohl, Genosse Puhlmann." Im gleichen Moment trat aber Genosse Eugen Ernst zur Türe herein und herrschte ihn an: „Ach nein, Sie sind der Kriminalschutzmann Paduck, Rathenower Straße 30 wohnhaft." Bleich und stockend versuchte Paduck zweimal sich zu verleugnen, aber umsonst! Und plötzlich machte er Anstalten zu verduften, aber spöttisch meinte Gen. Ernst, er brauche sich nicht zu beeilen: „Ihre Photographie haben wir schon!" Selbst diese wollte Paduck nicht anerkennen, umsomehr identifizierten ihn die Genossen. Endlich stürzte er, fassungslos und schlotternd, zum Lokal hinaus, begleitet von dem Hohngelächter und den gebührenden Hochachtungsbezeugungen der Genossen. Genosse Eugen Ernst hatte ihm auch noch einige Ermahnungen auf den Weg gegeben, die Paduck hoffentlich seinen Auftraggebern, an die sie gerichtet waren, bestellt haben wird. Bei seinem unfreiwilligen Abgange glich der Kriminalschutzmann Paduck ganz seinem Freunde Neumann, als dieser nach seinem Reinfall fassungslos abschob; und doch hatte er ihn so liebevoll instruiert, wie man es machen müsse, daß man nicht erwischt werde!

* * *

Um nun unseren Genossen die Gelegenheit zu geben, die Visage des

Kriminalschutzmannes August Paduck

sich vor Augen zu führen, falls er sich in einem anderen Wahlkreise zur Aufnahme melden sollte, sind Photographien angefertigt und eine davon im Schaufenster unserer Expedition ausgehängt worden.

übrigen seine Genugtuung über die Haltung des Magistrats aus. Die Begründung der Anträge des Magistrats an den Oberpräsidenten bedeute ein wertvolles Zugeständnis an die Idee des Munizipalsozialismus, gleichzeitig aber auch eine Anerkennung der Tätigkeit der Sozialdemokraten im Berliner Rathause, die schon vor Jahrzehnten die Notwendigkeit der Uebernahme des Verkehrs in die Verwaltung der Gemeinden betont hätten. Das berechtige zu der Hoffnung, daß die sozialistischen Anschauungen auch auf anderen Gebieten der kommunalen Sozialpolitik sich durchsetzen werden. — Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Versammlung trat sodann in die nochmalige Beratung der Vorlage betreffend Fuhrleistungen für die Straßenreinigung und Feuerwehr. Die Vorlage war an den Ausschuß zurückverwiesen. Im Ausschuß zog der Magistrat die Ziffer 1 (Von der Uebernahme der Fuhrleistungen in eigene Regie vom 1. April 1910 ab wird zurzeit Abstand genommen) zurück. Die übrigen Punkte, wonach die Fuhrleistungen auf drei Jahre vergeben werden, und zwar so, daß der Unternehmer nur Pferde und Kutscher zu stellen, die Stadt aber die erforderlichen Stallungen zu errichten hat, hat der Ausschuß angenommen. Ebenso hatte der Ausschuß einer von sozialdemokratischer Seite eingebrachten Resolution zugestimmt, die den Magistrat um die zeitige Unterbreitung einer Vorlage ersucht, auf Grund welcher die Fuhrleistungen am 1. April 1913 in städtische Regie zu übernehmen sind. In der sehr ausgedehnten Debatte übte Genosse Zietsch abfällige Kritik an der widerspruchsvollen und schwankenden Haltung des Magistrats, der heute auf dem entgegengesetzten Standpunkt steht wie im Vorjahre, wo er sich ausdrücklich für die eigene Regie ausgesprochen hatte. Redner schilderte sodann, ebenso wie nach ihm Genosse Gebert, eingehend die Vorzüge der eigenen Regie. Die Vorlage des Magistrats, erklärte er, würden seine Freunde ablehnen, da sie es nicht verantworten könnten, 600 000 M. in Baulichkeiten hineinzustecken, die nachher eventuell ganz wertlos sind. Die Stadt habe keine Veranlassung, Stallungen für Privatunternehmer zu bauen.

Nach längerer Debatte, an der sich unter anderem Oberbürgermeister Schustehrus beteiligte, wurde in namentlicher Abstimmung mit 28 gegen 18 Stimmen zunächst die Resolution betreffend Einführung der Regie am 1. April 1913 und sodann fast einstimmig die Magistratsvorlage abgelehnt, an der weder die Freunde noch die Gegner der eigenen Regie Gefallen finden konnten. Die Versammlung beschloß statt dessen, an den Magistrat das Ersuchen zu richten, alsbald eine Ausschreibung der Fuhrleistungen vorzunehmen, und zwar a) auf der bisherigen Grundlage, b) unter Beschaffung der Stallungen seitens der Stadt.

Ohne Debatte genehmigte die Versammlung die Vorlagen betreffend Nachbewilligungen im Gasanstaltsetat, betreffend Beschaffung einer Koksverlade-Einrichtung auf Gasanstalt II, betreffend Beschaffung eines Drehstrom-Gleichstrom-Umformers auf Gasanstalt II, betreffend Nachtragsvertrag über Aufschließung von Südwestend und eine Reihe kleinerer Vorlagen.

Die Mitteilung des Magistrats, betreffend Mehrbedürfnisse an Sicherheitsmannschaften, die der Polizeipräsident auf Grund des neuen Polizeikostengesetzes zum Staatshaushaltsetat für 1909 angemeldet hat, gab unserem Genossen Zietsch Veranlassung, auf die Verwendung von Polizeimannschaften zur Belästigung von Streikposten und zur Ueberwachung öffentlicher sozialdemokratischer Versammlungen hinzuweisen. Der sozialdemokratische Redner betonte, daß eine Vermehrung der Polizeimannschaften nicht erforderlich sei, sofern man sich nur dazu entschließen könnte, die Beamten sämtlich für den Sicherheitsdienst zu verwenden.

Der nächste Punkt der Tagesordnung war die Besprechung der schon vor längerer Zeit eingebrachten sozialdemokratischen Interpellation über den Hauseinsturz am Königsweg. Genosse Gebert, der die Interpellation begründete, schilderte anschaulich die leichtfertige Art und Weise, wie bisweilen in Charlottenburg gebaut wird, sowie die Schäden der Akkordarbeit, und forderte erneut die Anstellung von Arbeitern als Baukontrolleure. Bürgermeister Matting erklärte, daß der Magistrat keine Maßnahmen in Aussicht stellen könne, die geeignet sind, ähnliche Unfälle für die Zukunft zu verhüten. Genosse Zietsch vermißte Angaben über die wirklichen Ursachen des Unfalls und betonte, daß es den Interpellanten nur darauf ankomme, durch eine zufriedenstellende Erklärung des Magistrats beruhigend auf die Bevölkerung zu wirken. Genosse Vogel regt die Uebernahme der Baupolizei auf die Stadt an. Damit hatte die Besprechung der Interpellation ihre Ende erreicht.

Hierauf erstattete Genosse Hirsch ein halbstündiges Referat über die Vorlage betreffend Abänderung der Bestimmungen über Gewährung von Ruhe-, Witwen- und Waisengeld für städtische Bedienstete ohne Beamteneigenschaft einschließlich der Arbeiter. Redner tadelte die Halbheit des Magistrats, der, anstatt endlich ganze Arbeit zu machen, sich mit einigen wenigen Vorschlägen begnügt. Die Entschuldigungsgründe des Magistrats ließ er nicht gelten, er zerpflückte sie der Reihe nach und beantragte Ausschußberatung. Der Antrag wurde angenommen. Dem Ausschuß gehören von unserer Seite Gebert, Hirsch und Zietsch an.

Endlich stimmte die Versammlung noch debattelos einem schleunigen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Veranstaltung von Arbeitslosenzählungen mit Berlin zu. — Eine sozialdemokratische Interpellation über die Revision der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Wilmersdorf.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Die gar nicht seltene Erscheinung, daß in sozialistenfreien Kommunalkörperschaften das Verhältnis zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung durchaus nicht das freundschaftlichste ist, trifft auch für Wilmersdorf zu. Hier muß das Mißtrauen auf beiden Seiten nicht erst von gestern datieren, denn die Liebenswürdigkeiten, mit denen man sich in der Stadtverordnetensitzung am Mittwoch gegenseitig traktierte, lassen auf einen seit langem angesammelten Groll schließen. Fragen von tiefer Bedeutung waren es allerdings nicht, an denen sich das Pulver entzündete. Es kam vorab die relativ gleichgültige Vorlage über die Festsetzung der Fluchtlinien für die Strelitzische Straße in Betracht, an der später, den Wilmersdorfer See und seine Ausläufer umschließend, der Stadtpark errichtet werden soll. Ein Stadtverordneter bemängelte, daß kein umfassender Regulierungsplan vorliege, und dieser Tadel veranlaßte den Beigeordneten Peters zu der in sehr gereiztem Ton herausgepreßten Entgegnung, daß der Magistrat seinen Vorlagen die Begründung geben werde, die er für angebracht halte; man könne nicht von ihm verlangen, jeder Bemängelung, mit der irgendein Stadtverordneter etwa kommen könne, von vornherein zu begegnen. Lebhafte Ausbrüche des Unmuts waren die Folge dieser gereizten Entgegnung, die nunmehr anderen Stadtverordneten den Anstoß zu neuen, gewiß nicht angenehm empfundenen Nadelstichen gab. So machte sich insbesondere der frühere Wortführer des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Prof. Dr. Leidig, das Vergnügen, bei einer dringlichen Vorlage seine Galle an dem armen Magistrat auszulassen. Es handelte sich um einen Vertrag mit dem Roten Kreuz, worin dieses sich — gegen Entschädigung — beim Ausbruch einer Epidemie zur Aufstellung von Cholerabaracken verpflichtet. Eine deutungsfähige Bestimmung in dem Vertrag veranlaßte Herrn Dr. Leidig u. a. zu der geistvollen Frage, ob der Magistrat etwa gar sich verpflichtet habe, im Streitfalle ihn den Professor, an das Rote Kreuz als Geisel auszuliefern. Wie der vorhin erwähnten Vorlage, so stimmte die Stadtverordnetenversammlung schließlich auch dem Vertrag mit dem Roten Kreuz zu, jedoch nicht ohne daß der Magistrat noch zum Opfer verschiedener anderer Ausfälle auserkoren wurde, in denen zum Teil die Aufstellung der Etatspositionen, zum Teil die Stellvertretung für den bei einem Feuer zu Schaden gekommenen Brandinspektor Spohn eine mehr oder weniger giftige Bemängelung fand. Zur Hilfe kam die Stadtverordnetenversammlung jedoch dem Magistrat bei einem auf Gewährung einer Teuerungszulage abzielenden Antrag der Magistratsboten. Eine Beratung dieses Antrages lehnte man von vornherein einstimmig ab, weil die Magistratsboten hierbei vom Instanzenwege abgewichen waren. Ordnung muß sein, vor allem, wenn Unterbeamte begehrlich werden.

Friedenau.

Der Gesangverein Morgenrot III feiert am Sonnabend, den 17. d. M. im „Rheinschloß", Rheinstraße 60, sein Stiftungsfest. Da der Verein der Arbeiterschaft bei allen Veranstaltungen zur Verfügung steht, ersuchen wir die Genossen, dieses Fest zu unterstützen.

Röntgenthal (bei Zepernick).

Bei der Wahl zur Gemeindevertretung am 18. März wurde der von unseren Genossen aufgestellte Maurer Franz Schultz sen. gewählt. Von mehreren Gemeindevertretern wurde Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl erhoben, da aus der Stimmenabgabe nicht zweifelsfrei hervorgehe, welcher Franz Schultz von den im Orte wohnhaften gemeint sei, ob Franz Schultz sen. oder jun. Die Gemeindevertretung machte sich den Einspruch zu eigen und erklärte die Wahl für ungültig. Genosse Franz Schultz sen. strengte gegen die Gemeinde bei dem Kreisausschuß Klage an. Am Mittwoch kam die Klage zur Verhandlung. Der Einspruch der Gemeinde wurde abgewiesen und der Gemeinde die Kosten auferlegt. Aus einem anderen Grunde aber kam der Kreisausschuß zu einer Ungültigkeitserklärung der Wahl. Es ist in den amtlichen Veröffentlichungen anläßlich der Wahl nicht bekannt gegeben, wieviel Eingesessene und Nichteingesessene zu wählen sind.

Bei der demnächst stattfindenden Neuwahl werden unsere Genossen hoffentlich alles daran setzen, daß das Mandat in unseren Händen bleibt.

Wilhelmsruh.

Am Sonnabend, den 17. Oktober, begeht der Arbeitergesangverein „Waldesrauschen" (M. d. A.-S.-B.) im Lokal zur „Wartburg", Kopenhagener Straße (am Bahnhof Reinickendorf-Rosenthal), sein 6. Stiftungsfest. Es steht ein angenehmer und unterhaltender Abend in Aussicht. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, sich zahlreich an diesem Vergnügen zu beteiligen, da auch von seiten des Gesangvereins die Festlichkeiten des Wahlvereins stets durch Gesangsvorträge unterstützt wurden.

Vermischtes.

Der Grubenbrand in Königshütte.

Nach amtlicher Meldung ist der Brandherd auf der „Königshütte" nunmehr völlig abgedämmt, der Betrieb geht wieder in vollem Umfange vor sich. 16 Pferde sind bei dem Unfall erstickt.

Ueberschwemmungen in China.

Wie aus Hongkong telegraphiert wird, sind die Distrikte Hsinhsing und Kaining überschwemmt. Verschiedene Städte stehen unter Wasser. Hunderte sind obdachlos. Von Kanton und Hongkong wurde Hilfe entsandt.

Ueberfallene Post.

Auf dem Wege zur Bahnstation Miaß (Rußland) wurde gestern eine Post überfallen; 40 000 Rubel wurden geraubt.

Sehr nobel.

Die Direktion des Dortmunder Steinkohlenbergwerks „Louise Tiefbau" sendet uns auf Grund des Preßgesetzes zu der von uns am 4. Oktober unter obiger Spitzmarke veröffentlichten Notiz nachstehende Berichtigung:

„Es ist unwahr, daß die Verwaltung der Zeche „Louise Tiefbau" sich geweigert hat, den am 27. August auf Zeche „Louise Tiefbau" eingeschlossen gewesenen Bergleuten für diesen Tag den Lohn zu zahlen. Tatsache ist, daß den betreffenden Leuten sämtlich für den 27. August der volle Schichtlohn bei der nächsten Lohnzahlung gezahlt worden ist."

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 3. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Die Balkankrise. — Nationalpsychologie oder Klassenstandpunkt? Von N. Trotzky. — Die Präsidentenwahl und die Parteien in den Vereinigten Staaten. Von Algernon Lee. — Die zweite Denkschrift über die Versicherung der Privatangestellten und die Arbeiter. Von Paul Lange (Hamburg). — Ein Arbeiter über die Arbeiterbildung. Von Franz Förster. — Leipziger Wohnungsfragen. Von A. Lüttich (Leipzig). — Literarische Rundschau: Niceforo, Alfredo, Lo studio scientifico delle classi povere. Von O. L. Ludwig Gurlitt, Die Schule. Von Akademikus. Statistisches Jahrbuch für Elsaß-Lothringen. Von ad. br. — Notizen: Staatliche Förderung des Arbeitsnachweises in der Schweiz. Von F. Lorenz. — Zeitschriftenschau.

Das Ergänzungsheft, Nr. 4, welches dieser Nummer beigegeben ist, enthält: Eine Geschichte der Kriegskunst. Von F. Mehring.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von **3,25 M.** pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet **25 Pf.**

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 1 des 19. Jahrganges zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Einladung zum Abonnement. — Aufruf an die Genossinnen Deutschlands. — Rückblick auf die Nürnberger Frauenkonferenz. — Die Frau im 18. Jahrhundert. Von Hermann Wendel. — Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz. Von g. h. — Von der Tätigkeit der sozialdemokratischen Frauen in Finnland. Von Hilja Parssinen-Lilnamaa. — Zur Lage der Naturblumenbinderinnen. Von Otto Albrecht. — Sozialistische Internationalität in Oesterreich. Von a. p. — Resolutionen und Beschlüsse des Parteitags zu Nürnberg. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Aus dem 11. sächsischen Reichstagswahlkreis. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Fürsorge für Mutter und Kind.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Das Stammeln und Lispeln bei Kindern. Von Otto Rühle. I. — Eisenhaltige Nahrungsmittel. Von Dr. Max Grumbach. — Feuilleton: Aus Weitlings Werken. — Der Hossel-Lossel. Von Ludwig Anzengruber. — In Duft und Reif. Von Gottfried Keller. (Gedicht.)

Für unsere Kinder: Herbst. Von Theodor Storm. (Gedicht.) — Vor dem Messerladen. Von H. Scharrelmann. — Spruch. Von Friedrich Schiller. — Erlkönigs Tochter. Dänische Ballade. Aus Herders „Stimmen der Völker in Liedern". (Gedicht.) — Die Feuersbrunst auf dem Meere. Aus dem Russischen des Iwan Turgenjew. — Der Ochse auf der Löwenhochzeit. Von Theodor Etzel. (Gedicht.) — Die sieben Schwaben. Von Grimm. — Schneckenlied. Von Viktor Blüthgen. (Gedicht.)

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage:** Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft schleppend, Preise für Schweinefleisch nachgebend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr knapp, Geschäft rege, Preise fast unverändert. Geflügel: Zufuhr in Gänsen sehr reichlich, sonst mäßig, Geschäft schleppend, Preise in Gänsen gedrückt, sonst gut. Fische: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhiger, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr reichlich, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 15. Oktober 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	767	NNO	1	Nebel	11	Haparanda	769	Still		wolkig	1
Hamburg	767	SSO	2	Nebel	8	Petersburg	764	WNW	1	bedeckt	8
Berlin	766	SO	1	wolkenl.	10	Scilly	761	O	3	Nebel	14
Frankf. a. M.	767	N	1	Nebel	10	Aberdeen	765	WNW	1	wolkig	10
München	766	SW	2	wolkig	10	Paris	764	ONO	2	wolkenl.	9
Wien	767	Still		bedeckt	7						

Wetterprognose für Freitag, den 16. Oktober 1908.

Vielfach neblig, sonst ziemlich heiter, trocken und sehr mild bei schwachen Winden aus westlicher Richtung.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 14.10. cm	seit 13.10. cm¹)	Wasserstand	am 14.10. cm	seit 13.10. cm¹)
Memel, Tilsit	137	−2	Saale, Grochlitz	70	+5
Pregel, Insterburg	−21	+1	Havel, Spandau²)	35	−1
Weichsel, Thorn	70	−2	„ Rathenow²)	21	−1
Oder, Ratibor	94	−2	Spree, Spremberg²)	70	+2
„ Krossen	83	0	„ Beeskow	68	+1
„ Frankfurt	90	−5	Weser, Münden	−106	−2
Warthe, Schrimm	24	−1	„ Minden	−30	−2
„ Landsberg	13	+1	Rhein, Maximiliansan	370	−2
Netze, Nordamm	−5	0	„ Kaub	158	−2
Elbe, Leitmeritz	−63	—	„ Köln	141	−5
„ Dresden	−181	0	Neckar, Heilbronn	33	−6
„ Barby	38	−2	Main, Wertheim	107	0
„ Magdeburg	58	−6	Mosel, Trier	24	−5

¹) + bedeutet Wuchs, — Fall, — ²) Unterpegel.

Feste Preise

Nur noch kurze Zeit!

Grosser Ausverkauf

wegen baulicher Aenderung auf Verfügung der Feuerpolizei.

Deutsche u. Perser Teppiche, Portieren, Tüllbettdecken, Gardinen, Steppdecken, Stores, Diwandecken, Läuferstoffe, Tischdecken, Felle, Kissen, Vorlagen, chinesische Paravents u. Matten

Sämtliche Waren sind fast bis zur Hälfte des Preises herabgesetzt.

Die Ausverkaufs-Preise sind neben den früheren deutlich vermerkt.

Teppich-Haus B. Hurwitz Rotes Schloss vis-à-vis dem National-Denkmal.

Gegründet 1894

Gegründet 1894

Parterre und 1. Etage.

Herbst-Neuheiten!

Paletots :: Ulster

in anerkannt guten Qualitäten
und modernsten Fassons.

Paletots aus Cheviot
M. 14.– 19.– 25.–

Paletots aus Eskimo
M. 32.– 37.50 45.–

Paletots dunkel gemustert
M. 17.– 27.50 42.–

Ulster Neuheiten
M. 21.– 30.– 39.–

Ulster modern gemustert
M. 25.– 34.– 42.–

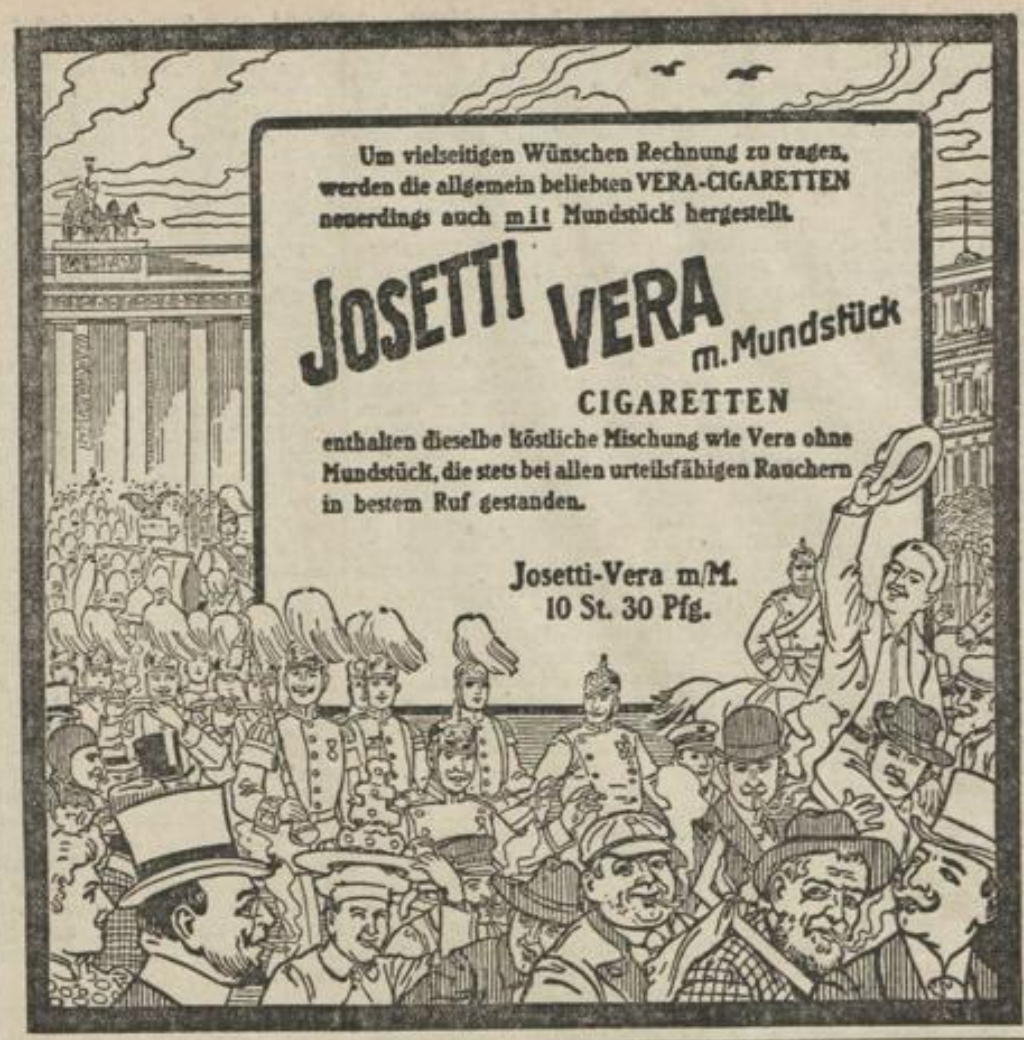
Ulster Original englisch
M. 47.– 56.– 65.–

Spezial-Abteilung
Anfertigung nach Maß unter Leitung erstklassiger Zuschneider.

Julius Lindenbaum

Große Frankfurter Straße 141, Ecke Fruchtstr.

Größtes u. leistungsfähigstes Spezialhaus des Ostens, Nordostens u. Südostens für feine Herren- u. Knabenmoden!



Nauen.

Zur gefälligen Beachtung!

Den geehrten Gewerkschaften und Vereinen von **Nauen und Umgegend** zur gefälligen Kenntnisnahme, daß mein Lokal seit dem 1. Oktober d. J. nicht mehr „Schützenhaus", sondern

„Volksgarten"

heißt. — Indem ich mich in empfehlende Erinnerung bringe, zeichne hochachtungsvoll

Oskar Kumke,
Chausseestr. 55.

Hühner, Enten, Tauben,
jg. Gänse empfiehlt reell und billigst **Wegner.** Berlin SO., Mariannenstr. 34.

Billigste Bezugsquelle für
Hygienische Bedarfs-Artikel
Drogerie Zaremba,
Berlin N., Weinbergsweg 1.
Ein Versuch
führt zu dauernder Kundschaft.

Goldblondes Haar
erhält jede Dame mit

25 Pfg. **Haarblondin** 25 Pfg.
6 Pakete — 1,40 M.
MARKE FEUERKRANZ
Fritz Kratz Drogenhaus, Reinickendorferstraße 119.

Haarblondin
entwickelt beim Waschen
Sauerstoff,
d. i. die Lebenskraft aller Organismen, also auch der Haare.
Haarblondin entfernt jede Spur von Schweißablonderung, Schuppen und Schinnen, öffnet die Poren, erweicht die Kopfhaut und befördert das Wachstum der Haare. Soll Haarblondin die Haare reinigen, die Farbe aber nicht verändern, so wasche man nur 5 bis 10 Minuten. Wünscht man dagegen seinen Haaren einen helleren Farbton zu geben, so wasche man dieselben mindestens ¼ Stunde lang und wiederhole eventl., bis der gewünschte Farbton erreicht ist.
Haarblondin macht die Haare glänzend und seidenweich; es verhindert das Spalten und Brechen der Haare und ist
garantiert unschädlich.
Zu haben in Parfüm. u. Drogerien.
Falls dort nicht zu haben, wenden Sie sich an den Fabrikanten:
Berlin N., Fernsprecher II, 2681.
Reinickendorferstraße 119.

„Flora" Spandau, Pichelsdorfer Str. 39.
Sonntags Anfang 3 Uhr: **Gr. Ball.**
Familien können Kaffee kochen!
Tel.: Spandau 53. E. Koepnick.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Steppdecken spottbillig. Fabrik Große Frankfurterstr. 50/51. 2993R*

Monatsgarderobenhaus Andreasstraße 54. Elegante Monatsanzüge, Winterpaletots, einzelne Beinkleider, wenig getragen, für jede Figur passend, sowie elegante neue Herren- und Knabengarderobe zu sehr billigen Preisen. Bitte beachten: nur Andreasstraße 54, zweites Haus von der Markthalle. 1212R*

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Louis Böttcher (selbst): Borhagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247.*

Warenverkauf! Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Großberlins Einkaufsvorteil! Staunendbilligste Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Riesenauswahl Winterpaletots! Sommerpaletots! Herrenhosen! Enormbilliger Bettenverkauf! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Wäscheverkauf! Brautgeschenke! Taschenuhren! Kettenauswahl! Ringeauswahl! Wanduhren! Steppdecken! Plüschtischdecken! Nähmaschinen! „Anerkannt allererste Billigkeit"! Hermannplatz 6. Sonntags geöffnet. †105

„Vorwärts"-Leser erhalten auf meine bekannt billigen Preise fünf Prozent Extrarabatt. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 1251R*

Steppdecken, seidenglänzend, volle Größe 5 Mark, Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 1252R*

Gardinen, Stores, Reisemuster, für halben Wert. Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 1253R*

Nähmaschinen. Vergüte bis 20,00, wer kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte. Brauers Nähmaschinen-Geschäft, Frankfurter Allee 101. 2155b*

Hobelbank, Handwagen, Werkzeug. Oldenburgerstraße 21, Ueckert. †61

Pfandleihhaus Schönhauser Allee 110. Spottbilliger Verkauf verfallener Pfänder, Herrengarderobe, Gardinen, Aussteuerwäsche, Schmucksachen, Betten, Teppiche, Uhren. *

Monatsanzüge und Binerpaletots, Joppen von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Naß, Mulackstraße 14.

Teppiche (Farbenfehler), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tüllbettdecken, Uebergardinen, Sofakissenreste spottbillig Fabrikniederlage Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, parterre. 2157b*

Riesenposten Teppiche, Sofa- und Salongröße, 4,35, 6,75, 10, 800 Mark. Eine Partie mit kleinen Webefehlern spottbillig. Teppichhaus Emil Lesöhre, Oranienstraße 158. 1155R*

Drehrollen, Hausmangeln, Waschmaschinen, Wringmaschinen, Berliner Drehrollen-Fabrik, Waßmannstraße neunundzwanzig. 1268R*

Wie wird die Staatsangehörigkeit erworben? Ein Führer durch das Recht der Staats- und Reichsangehörigkeit, von H. Beims. Preis 25 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

Wasch- und Wringmaschinen, billigste Preise, prima Qualität. Bei Abzahlung größtes Entgegenkommen. Bellmann, Gollnowstraße 26. *

Nähmaschinen. Zahle hohe Vergütung. Alle Frister-Roßmann-Systeme; kleinste Abzahlung. Hruda, Rosenthalerstraße 19. Postkarte genügt. †112*

Damenhemden mit gestickter Passe 1,25, Herrenhemden 1,30, Bettbezug nebst zwei Kopfkissen 4,25, Bettlaken 1,20. Normalwäsche, Arbeiterhemden und elegante Reisemuster spottbillig. Wäschefabrik Salomonsky, Dircksenstraße 21, Alexanderplatz. 186/10

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brümm, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Spezialkarte von Eberswalde, 75 Pf. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Geschäftsverkäufe.

Wer sein Geschäft oder Grundstück schnell diskret an zahlungsfähigen Käufer verkaufen will, verlange unseren kostenlosen Besuch. Gornikiewicz u. Co., Oranienstraße 149. Fernsprecher 4, 11 611. 1290R*

Schlosserei. Viel Gas- und Wasserarbeit, zu verkaufen. Offerten unter K. 64, Postamt 68. 2207b

Parteilokal mit Vereinszimmer ist zu verkaufen Köpenickerstr. 150/151.

Destillation umständehalber spottbillig zu verkaufen. Näheres Wienerstraße 55, Eisenladen. †19

Restauration verkauft, Fabrik im Hause, Fruchtstraße 31. †46

Möbel.

Billige Möbel aus Versteigerungen Auflösungen, Schränke, Vertikos, Taschensofas 45,—, Büfetts, Schreibtische 35,—, Bücherschränke 58,—, Vierzugtische 68,—, Lederstühle 12,—, Trumeaus 30,—, Bettstellen, Tische, Garnituren, bunte Küchen 55,—, enorm große Auswahl kompletter Wirtschaften jeder Stilart, billiger als überall. Alles Gelegenheitskäufe. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55. 1270R*

Auf Teilzahlung. Möbeleinrichtung, Stube und Küche, Anzahlung 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. „Berolina", Kastanienallee 49. 2075b*

Kastanien-Allee 100. Möbelkeller. Selten günstige Gelegenheitskäufe. Nußbaum Kleiderschrank 30,00. Muschelbettstelle mit gutem Federboden 45,00. Trumeauspiegel 40,00. Taschensofa 35,00. Bunte Küchen 54,00. Komplette Einrichtungen für Brautleute spottbillig. Besichtigung lohnend. Kein Kaufzwang. 1255R*

Sieben Zimmer, Nußbaum, Mahagoni und eichene Möbel, einzeln sofort zu verkaufen Potsdamerstraße 74, I vorn. 2206b

Für Möbelkäufer sehr wichtig! Bitte alles lesen! Hauptsächlich für Verlobte! Fast kein Möbelhändler oder Fabrikant ist imstande, diesen Monat billiger zu verkaufen als ich! Warum? Ich bin gezwungen dazu, weil ich mehrere Lagerräume räumen muß! Jetzt ist noch Zeit, eine Einrichtung oder einzelnes Möbelstück sehr preiswert zu erwerben! Zum Beispiel: Komplette Wohnungs-Einrichtung mit moderner Küche, früher 370, jetzt 250 Mark! Bessere 325, 400, 460, 500, 530, 620 bis 1500 Mark! Speisezimmer mit Lederstühlen 530, bessere 600, 675 bis 1200. Herrenzimmer, Salons, Schlafzimmer, Anrichteschränke, Säulentrumeaus, Bettstellen, Büfette, Schreibtische, Umbaue, tiefe Kleiderschränke, Vertikos, Garnituren, Plüschsofas! Moderne Küchen 68 bis 150 Mark! Geöffnet 8—½9 Uhr. Sonntags 8—2. Freier Transport, auch weite Vororte. Aufbewahrung frei. Hasemanns Speicher-reien, Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor. Reellen Leuten, welche pünktlich zahlen, gewähre auch Zahlungs-Erleichterung. Nur monatliche oder vierteljährliche Zahlungen! Keine Wochenraten. 2165b*

Möbel, große Auswahl, Gelegenheitskäufe: Kleiderschränke 19,00, Waschtoiletten 11,00, Küchenschränke 18,00, Stubeneinrichtung 61,50, Mahagonimöbel stets am Lager, Büfetts, Schreibtische 32,00, Wohnungseinrichtung 158,00. Kastanien-Allee 56, Möbelspeicher. 1211R*

Brautleuten bietet sich Gelegenheit, zu noch nie dagewesenen Preisen ganze Wohnungs-Einrichtungen zu kaufen. Darunter verliehen gewesene Einrichtungen zirka 40 Prozent unterm Wert. Einzelne Möbel enorm billig. Taschensofas, früher 80 Mark, jetzt 43 Mark, Kleiderschrank, früher 50, jetzt 24 Mark, Vertiko 27, Tische 10, Säulentrumeau, geschliffen, früher 45, jetzt 28, Bettstellen mit Matratze 19, Waschtoilette 20, Spiegel-Anrichteschränke, früher 120, jetzt 75 M., englische Bettstellen 39, Büfette staunend billig, Herrenschreibtisch 28, Paneelsofa 60, moderne Küchen von 40 an. Lagerung, Transport frei. Stargards Möbelspeicher, Dresdenerstr. 107/108. Sonntags geöffnet. 186/12

Fahrräder.

Fahrräder, Grammophone, Teilzahlungen, ohne Aufschlag, Lothringerstraße 40. 674R*

Verschiedenes.

Patentanwalt Beffel, Gitschinerstraße 94a. 2553R*

Kunststopferei von Frau Kokoska, Schlachtersee, Kurstraße 8, III.

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts". [*

Teilnehmer an einem englischen Zirkel (monatlich 4 Mark) werden gesucht. Privatstunden für Anfänger und Fortgeschrittene werden erteilt. G. Swienty, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. 1003R*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Kupfer, Messing, kauft höchstzahlend Rob. Riedel, Blumenstr. 51.

„Leihhaus Merkur", Große Frankfurterstraße 116, kauft, beleiht Herren-Garderobe, Goldwaren, Silbersachen, Uhren, Wäsche, Pelzwaren, Stoffe, Zigarren, Fahrräder sowie jeden Wertgegenstand. 1300R*

Aufpolsterung. Bettmatratze 4,00. Sofa 5,00, auch außerm Hause, Hofmann, Neue Königstraße 30.

Waschanstalt Kobelt, Köpenick, Elsenickerstraße 21. Bettwäsche, Leibwäsche; 3 Handtücher, 4 Taschentücher 0,10. Abholung, Lieferung, Montags. 1335R

Platina, Gold, Silber, Gebisse, Kehrgold, sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände kauft Goldschmelze Köpenickerstr. 29. Telephon IV, 6958.

Ausbesserin empfiehlt sich; auch werden Blusen billig angefertigt. Eggers, Ritterstraße 40, Hof IV.

Vermietungen.

Oberwohnung, 2 kleine Stuben, Küche, Gartenbenutzung, 21 Mark, sofort, Villa Karlshorst, Stühlingerstraße 4.

Zimmer.

Schönes möbliertes Zimmer nach vorn bei Parteigenossen. Zu erfragen Kommandantenstraße 51, Hof erster Aufgang IV links bei Goliasch. *

Mietsgesuche.

Einfach möbliertes Zimmer, separat, ohne Bis-a-vis, im Südosten zum 1. November gesucht, inklusive 24,00 Mark. Offerten an die Expedition dieses Blattes unter „A. 3" erbeten. 1333R*

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Barockvergolder und Barockvergolderinnen verlangt Max Leonhard, Weißensee, Lehderstraße 86. †129

Nagler und Stanzer, eingeübt auf Holzrahmenspiegel, findet dauernde und lohnende Beschäftigung bei Gangloff & Taenzer, Spiegelfabrik, Kastanien-Allee 79. †76

Verkäuferinnen für unsere Abteilung Spielwaren zum eventuellen sofortigen Antritt bei sehr hohem Gehalt gesucht. — Nur branchekundige Damen wollen sich melden schriftlich mit genauen Angaben oder persönlich 1—2 mittags oder 8—9 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. 1334R

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.